Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin
Ausgabe Februar 2008

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Dokumentation des IMI Kongresses 2007
Die Transformation der Bundeswehr und Perspektiven des Widestandes

Tobias Pflüger
Transformation der Bundeswehr 3
Dimensionen des Paradigmenwechsels
von der Verteidigung zur Intervention

Claudia Haydt
Milliarden für den Krieg: 8
Die Rüstungsprojekte der Bundeswehr

Frank Brendle
Vernetzte Sicherheit? 11
Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Jürgen Wagner
Deutschlands Kampf um die letzten Tropfen… 17
Militärische Rohstoffsicherung und die kommenden Kriege

Mit der Bundeswehr um die Welt: 26
Podium zu den Hintergründen aktueller Kriegseinsätzen
der Bundeswehr

Claudia Haydt
Kommando Spezialkräfte: „Mit der Lizenz zum Töten“ 29

Hannelore Tölke
Perspektiven des Widerstands – der Kampf gegen 34
Militärstandorte in Deutschland

Jonna Schürkes
Die Armen in den Krieg? Sozialabbau als 36
Rekrutierungshilfe der Bundeswehr

Editorial:

In der Demokratischen Republik Congo wurde ein hoffnungsvolles Friedensabkommen unterzeichnet. Eine ESVP-Mission in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik ist ins Stocken geraten, nachdem Rebellen erneut die Hauptstadt des Tschad, die als Logistikdrehscheibe des Einsatzes vorgesehen war, angegriffen haben. Aus dem Büro des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU wird laut über den Einsatz von Atomwaffen nachgedacht und die ersten Mitgliedsstaaten haben den verkappten Verfassungsvertrag, welcher die EU weiter militarisieren wird, bereits ratifiziert. Im Zentrum des öffentlichen Interesses steht gegenwärtig Afghanistan und ob der Krieg dort jetzt eigentlich erst richtig beginnt. Über all dies finden sich Texte auf unserer Homepage und während wir diesen AUSDRUCK fertig stellen, rüstet sich München erneut für seinen alljährlichen Ausnahmezustand, durch den die Proteste gegen die NATO-Sicherheitskonferenz eingeschüchtert werden sollen. Eine erste Auswertung der Konferenz von uns werden Sie jetzt, da Sie den AUSDRUCK in den Händen halten, bereits im Netz finden.

Wir haben diesem AUSDRUCK außerdem ein Flugblatt beigelegt, das Teil einer Kampagne gegen den EU-Reformvertrag ist, die wir in den nächsten Wochen mit viel Kraft anstoßen wollen. Diese Flugblätter dürfen gerne auch in größerer Stückzahl bei uns bestellt und verteilt werden. Auch über Anstöße zur Kampagne freuen wir uns jederzeit.

Ansonsten ist diese Ausgabe sehr fokussiert auf die Transformation der Bundeswehr, denn diese war Thema unseres Kongresses im letzten November, den wir im Folgenden dokumentieren. Bei all den globalen Kriegswirren hielten wir es für nötig, einmal innezuhalten und ganz genau zu schauen, was sich vor unserer Haustüre abspielt. Wir fanden: eine Armee im Einsatz!

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.
Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka (verantwortlich), Michael Haid, Andreas Seifert (Layout).
Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.
Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.
Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.
Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Δ Der Vortrag von Frank Brendle, Vernetzte Sicherheit, ist redaktionell bearbeitet in zwei Teilen in der jungen welt, 24./25.1.2008 erschienen.

Bildnachweise: S. 8, 12, 24, 32, 35, Wikipedia; S. 22, NATO; S. 5, 28, IMI; S. 4, 30, Haydt; S.6, US Verteidigungsministerium S. 34 , www.G8andWar.de alle anderen wie angegeben.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:
Tobias Pflüger, Claudia Haydt und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder.
Jonna Schürkes ist Mitarbeiterin bei IMI.
Frank Brendle ist aktiv beim Büro für antimilitaristische Maßnahmen in Berlin.
Hannelore Tölke ist im Netzwerk gegen Militäranlagen und ihre Auswirkungen engagiert.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Die Transformation der Bundeswehr

Dimensionen des Paradigmenwechsels von der Verteidigung zur Intervention

von Tobias Pflüger

Bis heute steht die Aufstellung des Kommando Spezialkräfte (KSK) im Jahr 1996 symbolhaft für die neue offensive Ausrichtung der Bundeswehr. Dies bezieht sich nicht allein auf die konkreten Einsätze und darauf, dass die Öffentlichkeit hierüber völlig im Dunkeln gelassen wird (siehe den Beitrag von Claudia Haydt); die eigentliche Bedeutung des KSK liegt darin, dass es die Speerspitze der generellen Entwicklung der Bundeswehr von einer – zumindest formal und primär – auf die Landesverteidigung im engeren Sinne ausgerichteten Armee, hin zu einer global agierenden Interventionstruppe war und ist. Da dem KSK somit strukturbildender Vorbildcharakter gegenüber anderen Truppenteilen zukommt, ist es die Verkörperung all dessen, für was der Begriff der Transformation der Bundeswehr steht, nämlich, wie es Detlef Bald, der ehemalige wissenschaftliche Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SoWi) formulierte, für den grundlegenden „Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention."[1]

Dieser Artikel beginnt mit einer Definition, was genau unter dem Begriff der Transformation zu verstehen ist (Kapitel 1). Anschließend wird beschrieben, wie sich diese Transformation bislang auf Strategie und Struktur der Bundeswehr (Kapitel 2) und auf die einzelnen Teilstreitkräfte (Kapitel 3) ausgewirkt hat. Daraufhin wird beleuchtet, welche Interessen hinter dieser auf globale Kriegsführungsfähigkeit abzielenden Umstrukturierung stecken (Kapitel 4). Ausgehend von dieser Bestandsaufnahme soll beschrieben werden, wohin sich die Transformation der Bundeswehr zukünftig aller Wahrscheinlichkeit nach entwickeln wird; nämlich in Richtung von Besatzungsmissionen im Rahmen des neuen Leitbilds der „Vernetzten Sicherheit" (Kapitel 5) und die eng damit verbundenen künftigen Operationsschwerpunkte Aufstandsbekämpfung (Kapitel 6) und Häuserkampf (Kapitel 7). Abschließend soll noch auf die zunehmende Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inland eingegangen werden, die gewissermaßen die innenpolitische Entsprechung der vernetzten Sicherheit darstellt und der Gesamtprozess einer Kritik unterzogen werden.

1. Transformation: Militärsprech für Kriegsausrichtung

Nach langer Zeit wurde im Oktober 2006 von der Bundesregierung wieder ein neues Weißbuch vorgelegt[2], in dem der Transformation der Bundeswehr eine zentrale Rolle eingeräumt wird – sie gibt gewissermaßen die Zielperspektive vor, der alle anderen Maßnahmen folgen.

Vor diesem Hintergrund lohnt zunächst der Blick darauf, was denn überhaupt unter diesem Begriff im militärischen Kontext verstanden wird. Dabei lässt sich folgende Definition finden: „Im Militärwesen versteht man unter einer Transformation die Fortentwicklung und den Einsatz von Methoden, die militärischen Einheiten einen revolutionären Vorteil verschaffen. Sie kommen in einigen Fällen sogar ohne die Entwicklung moderner Waffensysteme und deren Beschaffung aus und umfassen daher vor allem doktrinale und strategische Weiterentwicklungen. Die Transformation von Streitkräften ist mehrdimensional zu erfassen."[3] Konzeptionell federführend ist dabei das Zentrum für Transformation der Bundeswehr. Der Abteilungsleiter Transformation in diesem Zentrum, Rainer Wäldle, benannte in erschreckender, aber nichtsdestotrotz unmissverständlicher Deutlichkeit, um was es bei diesem Prozess tatsächlich geht: „Transformation ist die zentrale Herausforderung für eine erfolgreiche Anpassung der Streitkräfte [...], um die Durchsetzung nationaler Interessen mit militärischen Mitteln immer und überall dort zu unterstützen, wo es politisch gewollt ist."[4]

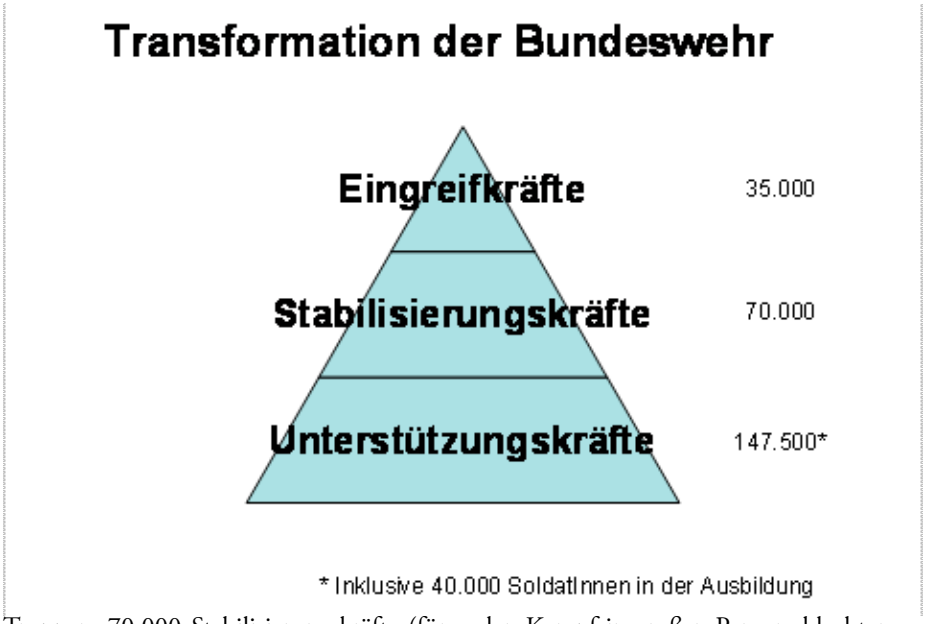
2. Die Entwicklung zur „Armee im Einsatz"

Die Grundidee für die Transformation der Bundeswehr stammt aus den USA: „Die wichtigste Entwicklung nach dem Kalten Krieg ging von strategischen Überlegungen des US-Militärs aus, die versuchten, mit der sich anbahnenden Ausbreitung von niedrigschwelligen kriegerischen Auseinandersetzungen Schritt zu halten, da die Massenheere des 20. Jahrhunderts nicht mehr zu der aktuellen Entwicklung passten. Wichtige Einzelmaßnahmen wurden hierbei die Konzentration auf kleine und flexible Einheiten, die über das Network Centric Warfare-System miteinander vernetzt sind. Mit der Transformation des amerikanischen Heeres gingen auch Strukturmaßnahmen einher. Den Überlegungen der USA folgten vor allem die Verbündeten innerhalb der NATO."[5]

Aber nicht nur in der NATO[6], sondern auch in Deutschland wurden spätestens mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) im Jahr 1992 früh die Weichen in Richtung offensive Kriegsführung gestellt. Nachdem die Bundeswehr nach Kambodscha (1992) und Somalia (1993) ausgerückt war, entschied das Bundesverfassungsgericht am 12. Juli 1994, dass eine deutsche Beteiligung an solchen Einsätzen im Rahmen „kollektiver Sicherheitssysteme" mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Als kollektive Sicherheitssysteme wurden bis dahin die UNO und die OSZE verstanden, mit dem Urteil wurde jedoch plötzlich das Militärbündnis NATO in dieselbe Kategorie verortet.

Unmittelbar nach dem Urteil legte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe die „Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr" vor, in der mit 50.000 (kurze Zeit später 53.600) Soldaten erstmals eine konkrete Zahl für auf Auslandseinsätze ausgerichtete Krisenreaktionskräfte benannt wurde. Vor diesem Hintergrund sank der Umfang der Bundeswehr während Rühes Amtszeit aus Kostengründen zwar von 370.000 auf 338.000 Soldaten, gleichzeitig wurden aber die zur Kriegsführung im Ausland befähigten Truppenteile massiv ausgebaut. Das war quantitative Abrüstung, aber qualitative Aufrüstung.[7] Nicht zuletzt aufgrund der Bundeswehreinsätze in Bosnien und im Kosovo setzte sich schließlich die Position durch, dass erheblich mehr Kräfte für die Durchführung von Kriegseinsätzen zur Verfügung stehen müssten.

Da die Bundeswehr zudem nicht nur immer häufiger in Militäreinsätze geschickt wurde, sondern vermehrt quasi-koloniale Besatzungsaufgaben gerade auf dem Balkan wahrnahm - auch hier urteilte das Bundesverfassungsgericht Mitte 2007, dass derlei Besatzungen mit dem Grundgesetz vereinbar seien[8] -, wurde dieser Entwicklung durch eine neuerliche Re-Strukturierung Rechnung getragen. Dies geschah mit dem noch unter der rot-grünen Regierung entwickelten Planziel, die Bundeswehr bis 2010 einerseits weiter zu verkleinern, gleichzeitig aber die interventionsfähigen Truppenteile abermals massiv zu erhöhen: Folglich gliedert sich die Bundeswehr spätestens ab 2010 in 35.000 Eingreifkräfte, sozusagen die Speerspitze der kämpfenden



Truppen, 70.000 Stabilisierungskräfte (für Besatzungsaufgaben wie auf dem Balkan oder in Afghanistan) und 147.500 Unterstützungskräfte, deren Aufgabe die Logistik der Auslandseinsätze darstellt. Die Tragweite dieser Entwicklung lässt sich kaum überschätzen. In Militärkreisen heißt es hierzu: „Nach Abschluss des Umbaus der Bundeswehr von einer reinen Territorialarmee zur Landesverteidigung zu einer weltweit dislozierbaren Einsatzarmee in multinationalen Operationen wird der größte Paradigmenwechsel für die deutschen Streitkräfte abgeschlossen sein.“[9] Diese Zielvorgabe, in der die Landesverteidigung offensichtlich keiner Rolle mehr spielt, wurde zuletzt vom „Weißbuch der Bundeswehr“ im Oktober 2006 bestätigt, in dem es heißt: „Die Struktur der Bundeswehr wird konsequent auf Einsätze ausgerichtet.“ (S. 6) Kurzum, in den Worten von Verteidigungsminister Franz-Josef Jung: „Auslandseinsätze werden immer mehr zu einer Kernaufgabe der Bundeswehr.“[5]

3. Die Transformation der Teilstreitkräfte

Die Transformation der Bundeswehr soll auf die einzelnen Teileinheiten, also Heer, Marine und Luftwaffe (plus Sanitätsdienst und Streitkräftebasis, s.u.) übertragen werden. Das Ziel des Ganzen lässt sich auf eine einfache Formel bringen: „Es geht dabei stets um die Sicherstellung eines bundeswehrgemeinsamen Ansatzes zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit.“[10]

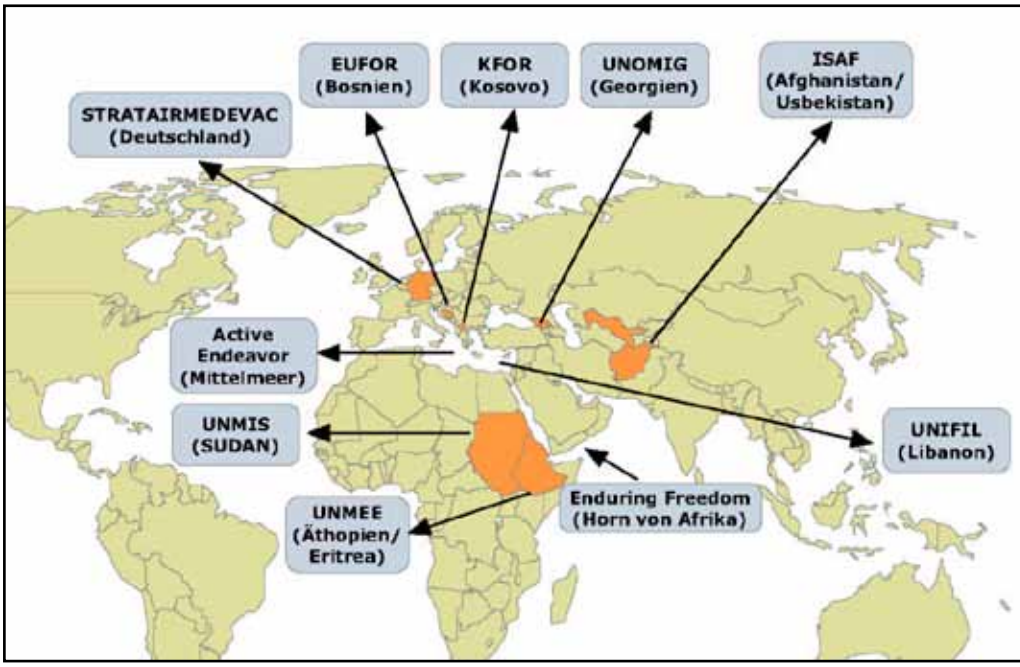
Im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften steht das Heer vor der besonderen Situation, Hauptträger der aktuellen Einsätze zu sein und damit schon jetzt die Erfordernisse einer „Armee im Einsatz“ erfüllen zu müssen. Um diesem Ziel gerecht zu werden, verschieben sich die Prioritäten in der Rüstungsplanung. Anstatt für den Kampf in großen Panzerschlachten zu rüsten, was bis in die 90er Jahre Grundlage der Ausstattung war, treten Mobilität und erhöhte Kampfkraft kleinerer Truppenverbände in den Mittelpunkt. Bei den Fahrzeugen verschiebt sich daher der Schwerpunkt von großen Kampfpanzern wie dem Leopard 2 hin zu kleineren Fahrzeugen, die u.a. per Flugzeug ins Einsatzgebiet transportiert werden können. Neben dem geschützten Transportfahrzeug Dingo 2, das zurzeit mit großer Eile für die Truppen in Afghanistan beschafft wird, fallen der Schützenpanzer Puma, der Transportpanzer Boxer sowie der Schützenpanzer Fennek in diese Kategorie. Die drei Projekte sollen insgesamt € 4,8 Mrd. kosten.[11] Für die einzelnen Soldaten werden die Systeme „Infanterist der Zukunft“ (IdZ) für unmittelbare Kampftruppen und „Soldat im Einsatz“ (SiE) für Unterstützungskräfte beschafft. Insgesamt sollen dadurch kleine Einheiten in die Lage versetzt werden möglichst unabhängig und flexibel agieren zu können, um der Unvorhersehbarkeit, die die asymmetrische Kriegsführung etwa in Afghanistan kennzeichnet, Rechnung zu tragen.[12]

Für die Marine bedeutet dies, in den Worten von, Vizeadmiral Wolfgang Nolting, den Truppenteil in eine „Expeditionary Navy“ weiterzuentwickeln. Da sich etwa 80 Prozent der möglichen Einsatzgebiete in Küstennähe befinden[13], plädiert Nolting dafür, „die Weltmeere jedoch auch als größtes militärisches Aufmarsch- und Operationsgebiet begreifen.“[14] Die gegenwärtigen Beschaffungsprojekte orientieren sich an diesem Bedarf. Neben den hochseegängigen Korvetten K130 sind hier insbesondere die extrem teuren Fregatten F125 zu nennen (vgl. auch den Beitrag von Claudia Haydt): „Die F125 wird für mehrjährige Stabilisierungseinsätze optimiert sein. Eine Stärke liegt in der Fähigkeit, Operationen in einem Einsatzland mit Waffenwirkung von See zu unterstützen.“[15]

Auch in der Luftwaffe spielt sich derselbe Prozess ab, der in einem eigens der Transformation gewidmeten Faltblatt folgendermaßen beschrieben wird: „Die Luftwaffe ist der Kompetenzträger für Luftmacht in der Bundeswehr. [...] In der nächsten Dekade wird sich ein vollständiger Wandel bei der Ausstattung unserer Verbände mit zukunftsfähigen Waffensystemen neuester Generation vollziehen. Die Luftwaffe gewinnt somit in allen Bereichen an Wirksamkeit, an Durchhaltefähigkeit und operativer Flexibilität. Der Einstieg in die Transformation ist uns gelungen.“ Mit der Transformation wolle man den „weltweiten Einsatz ermöglichen“ sowie die „Fähigkeit zu kurzen Einsätzen hoher Intensität sowie mehrjährigen Einsätzen niedriger und mittlerer Intensität erlangen.“[16] Auch hier schlägt sich diese Zielvorgabe auch in den jeweiligen Beschaffungsprojekten nieder: „Die künftige Struktur der Luftwaffe konzentriert sich auf den Einsatzauftrag. Sie ist ein wichtiges Element der Transformation und soll bis 2010 umgesetzt werden. [...] Aufgebaut wird eine verlegbare Luftraumüberwachungskapazität. Die Fähigkeiten im strategischen Lufttransport sollen 60 Maschinen des Typs A-400M deutlich verbessern. Für weitere Transportaufgaben werden 42 Hubschrauber vom Typ NH-90 zur Verfügung stehen.“[17]

Ein letzter wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist noch die so genannte „vernetzte Operationsführung“, die sich auf alle Teilstreitkräfte bezieht und auf die Verbesserung der Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den einzelnen Einheiten abzielt: „Die Transformation der Bundeswehr umfasst ein ganzes Bündel von Maßnahmen, mit denen die deutschen Streitkräfte auf ihre neuen Aufgaben ausgerichtet werden. [Dabei] steht die Befähigung zur Vernetzten Operationsführung im Mittelpunkt. Mit diesem Konzept werden die Möglichkeiten des Informationszeitalters in den Streitkräften umgesetzt. Die Führung und der Einsatz von Streitkräften werden auf die Grundlage eines umfassenden Informations- und Kommunikationsverbundes gestellt. Allumfassend bedeutet das, dass alle netzwerkfähigen Streitkräfte, Führungsebenen und Operationen miteinander vernetzt werden können. Man spricht hierbei von Interoperabiliät. [...] Dadurch werden auf Informationsüberlegenheit aufbauende, flexiblere und effektivere militärische Einsatzkonzepte und Operationen möglich.“[18]

Insgesamt geht es bei dem ganzen Transformationsprozess, wie die Bundeswehr



Militäreinsätze mit Beteiligung der Bundeswehr (Gesamt ca. 7100)

ISAF	**3310**
EUFOR	**130**
UNMIS	**42**
UNIFIL	**635**
ACTIVE ENDAVOUR	**185**
UNOMIG	**11**
UNMEE	**2**
OEF	**260**
KFOR	**2470**

Quelle. www.bundeswehr.de (Stand: 6. Februar 2008)

unmissverständlich betont, um eine „Konzentration auf die wahrscheinlichsten Einsätze."[19] Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung drängt sich natürlich automatisch die Frage auf, was denn künftig die „wahrscheinlichsten Einsätze" sein und welche Interessen mit ihnen verfolgt werden.

4. Militärische Interessensdurchsetzung

Eine klare Interessensdefinition, was mit einem Bundeswehreinsatz konkret bezweckt werden soll, wurde auch von Bundespräsident Horst Köhler angemahnt: „Diese Debatte [über Außen- bzw. Militärpolitik] braucht klare Analysen, welche deutschen Interessen es zu schützen und zu fördern gilt, vor welchen Herausforderungen und Bedrohungen wir dabei stehen, auf welche Ressourcen wir zählen können, wie wir vorgehen und welche Rolle die Bundeswehr dabei übernimmt."[20]

Nachdem das Weißbuch der Bundeswehr explizit mit dem Anspruch angetreten war, eben jene von Köhler angemahnte „klare Analyse deutscher Interessen" zu präsentieren, lohnt sich ein genauer Blick, was dort über diesen Bereich zu finden ist. Das Dokument lässt dabei nichts an Deutlichkeit vermissen. Dort wird die Kontrolle von Rohstoffvorkommen und ihren Transportwegen (vgl. den Beitrag von Jürgen Wagner) ebenso als ins Aufgabenspektrum der Bundeswehr gerückt, wie das Interesse, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern."[21]

Als weiteres zentrales Ziel benennt das Weißbuch die „Stabilisierung" so genannter gescheiter Staaten und die wachsende Bedeutung des „Stabilitätsexports".[22] Dies ist nur folgerichtig, hat doch der „freie und ungehinderte Welthandel" zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung geführt, weshalb das ungerechte Weltwirtschaftssystem zunehmend militärisch abgesichert werden muss. Ein Beitrag in der Zeitschrift griephan global security, die gegenwärtig versucht, sich als Zentralorgan an der Schnittstelle zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaft zu etablieren, bringt diesen Gedanken überdeutlich auf den Punkt: „Zur Zeit ist eines der größten Risiken, dass die gegenwärtig Ausgeschlossenen irgendwann Gehör finden und ihren Einfluss dann auf nationaler Ebene wieder geltend machen. Daraus entsteht sowohl für globale Unternehmen als auch für Investoren eine Herausforderung: Wie schützt man globale Unternehmensstrukturen in einer Zeit, wo sich das ‚Länderrisiko' im weitesten Sinne verschärft? Unternehmen müssen [sich] gegen politische und soziale Unruhen in den Nationalstaaten sichern."[23] Sollte es also dazu kommen, dass die Interessen deutscher Konzerne von Konflikten oder Widerstandsbewegungen in Ländern der Dritten Welt „bedroht" werden, steht das Militär zur „Stabilisierung" der Lage bereit. Nicht zuletzt hierfür hat die Bundeswehr mit der „Vernetzten Sicherheit" ein neues Leitbild eingeführt.

5. Leitbild „Vernetzte Sicherheit"

Weil für die anvisierten Stabilisierungsoperationen grundlegend neue Kapazitäten erforderlich sind, orientiert sich die Bundeswehr bei solchen Einsätzen zunehmend am Konzept der „Vernetzten Sicherheit". Denn es genügt nicht mehr, einen Krieg zu gewinnen, auch die anschließende Besatzung muss funktionieren. Hierzu setzt man immer stärker auf eine enge Zivil-militärische Zusammenarbeit (CIMIC), den Kern der vernetzten Sicherheit. Denn eine Effektivierung der Besatzungen erfordert laut Weißbuch (S. 7) die „noch engere Integration politischer, militärischer, entwicklungspolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer, polizeilicher und nachrichtendienstlicher Instrumente der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung."

Kerngedanke des Konzepts ist es also, sämtliche zivilen Kapazitäten für eine militärische Besatzung nutzbar zu machen und dem Militär zu unterstellen. Mit CIMIC findet somit eine Paramilitarisierung der Außenpolitik statt, da besonders humanitäre Helfer ihre Neutralität verlieren, wenn sie vor Ort Hand in Hand mit dem Militär agieren. Sie werden für die Bevölkerung somit zu einem integralen Bestandteil eines Besatzungsregimes und damit zu Gegnern. Weil aber die Bevölkerung in vielen Ländern, in denen derartige Besatzungen ablaufen, die westlichen Truppen lieber heute als morgen aus dem Land jagen würde, geht das Militär davon aus, dass sich guerillakriegsartige Situationen künftig häufen werden.

6. „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung"

Auch in diesem Bereich scheinen die USA - speziell ihre Kriegführung im Irak - derzeit Vorbildcharakter zu haben, wie sich beispielhaft an Afghanistan zeigen lässt. Ausgerechnet eine Analyse eines regierungsnahen Think Tanks, der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), plädiert dafür, die Bundeswehr müsse das von den USA im Irak angewandte Aufstandsbekämpfungskonzept für Afghanistan übernehmen.

Man müsse sich, so die Autoren der Studie, Timo Noetzel und Benjamin Schreer, an der US-Strategie im Irak orientieren: „Wie

Häuserkampf in Falludscha - Vorbild für die Bundeswehr

„Die Stadt Falludscha liegt ca. 50 Kilometer westlich von Bagdad. Sie war aus Sicht der US-Geheimdienste und Militärs seit langem eine ausgesprochene Hochburg des Widerstands. Am Montag, den 8. November 2004, begannen alliierte Streitkräfte im Rahmen der Operation *Phantom Fury*, die Stadt von Widerstandskämpfern zurückzuerobern. [...] Das offensive Vorgehen gegen die Widerstandsnester sollte einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der für Januar 2005 vorgesehenen Wahlen leisten.

Als vorbereitende Maßnahme waren im Verlauf des Oktobers wiederholt begrenzte Luftangriffe durch Flugzeuge, Hubschrauber und unbemannte Luftfahrzeuge durchgeführt worden. Die eigentliche Bodenoperation begann am 8. November. Verschiedene Truppenkontingente, wie Kräfte der irakischen Armee, des US-Heeres und der US-Marineinfanterie (Marines) tasteten sich an die Stadt heran. Zu diesem Zeitpunkt schätzten die US-Militärs, dass sich ‚nur' noch 30.000-90.000 Zivilisten vor Ort befanden.

Insgesamt waren ungefähr 12.000 Soldaten aufmarschiert. Am 9. November drangen die Bodentruppen in die Stadt vor und führten 10 Tage lang einen intensiven Häuserkampf gegen ihre Widersacher. [...] Die schweren Probleme, denen sich die US-Streitkräfte in Falludscha gegenüber sahen, untermauern die Dringlichkeit einer intensiveren Berücksichtigung des Gefechtsraums *Stadt*."

Quelle: Sascha Lange: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionpapier, Januar 2005, S. 3.

Falludscha nach dem Angriff der US-Streitkräfte

im Irak bestehen auch dort [in Afghanistan] klassische Herausforderungen durch Aufständische, die möglichst wirksam bekämpft werden müssen. [Deshalb ist] die militärische Präsenz der Koalitionstruppen in der Fläche und die Durchführung gezielter offensiver Operationen gegen radikale Aufständische notwendig." Mit der angekündigten Übernahme der Quick Reaction Force in Nordafghanistan hat die Bundesregierung einen großen Schritt in die von Noetzel und Schreer geforderte Richtung gemacht, nämlich den „Operationsschwerpunkt Aufstandsbekämpfung" in den Mittelpunkt der Planungen zu rücken.[24]

7. Blick in die Kristallkugel: Vorbild Falludscha

Eine weitere SWP-Studie fordert ebenfalls, die Lehren aus dem blutigen US-Krieg im Irak zu ziehen. Unter dem bezeichnenden Titel „Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft?", fordert der Autor, Sascha Lange, die „intensivere Berücksichtigung des Gefechtsraums Stadt." Denn, so die Begründung, es „droht auch der Bundeswehr ein verstärkter Einsatz in dieser an Bedeutung weiter zunehmenden Konflikumgebung."[25]

Das zynische an der ganzen Angelegenheit ist, dass Falludscha im Wesentlichen nichts anderes als die großangelegte Bombardierung der Zivilbevölkerung war und die Opferzahl sich noch zusätzlich dadurch massiv erhöhte, dass beim „Durchkämmen" der Häuser unzählige Zivilisten über den Haufen geschossen wurden. Dass die SWP-Studie dabei die Opferzahl mit 1200 Menschen viel zu niedrig ansetzt, passt hier ins Bild. Tatsächlich wurden im Rahmen des Ende 2004 erfolgten Einsatzes 36.000 Häuser, 9.000 Läden, 65 Moscheen, 60 Schulen, die historische Bibliothek der Stadt, alle Regierungsgebäude und praktisch die gesamte Infrastruktur, inklusive aller Kraftwerke, Kommunikationssysteme, Wasserwerke und Kläranlagen zerstört. Bei dem US-Einsatz kamen mindestens 6.000 Zivilpersonen ums Leben - alles in allem also eine erschreckende Bilanz für einen Einsatz, dem hier nichtsdestotrotz Vorbildcharakter für künftige Bundeswehroperationen zugesprochen wird.[26]

Zufrieden äußert sich die SWP-Studie darüber, dass die Bundeswehr bereits strukturell dieser Schwerpunktverschiebung in Ansätzen Rechnung getragen habe. Erwähnt werden dabei u.a. die Ausbildung von Scharfschützen und das Häuserkampftraining, das bereits heute insbesondere im Gefechtsübungszentrum Magdeburg stattfindet. Allerdings wird gleichzeitig angemahnt, dass diese Ausbildungskapazitäten aufgrund der wachsenden Bedeutung der Kriegführung im urbanen Umfeld ausgeweitet werden müssten: „[I]n Anbetracht der wahrscheinlichen Konfliktszenarien und Gefahren der Zukunft müssen sich Operationen im urbanen Umfeld wesentlich stärker in Ausrüstung, Truppenstruktur und Einsatztaktik der Streitkräfte widerspiegeln."[27] Worum es hierbei geht, ist nichts anderes als die Forderung, die Bundeswehr künftig noch stärker auf die Bekämpfung der armen und dramatisch wachsenden weltweiten Slumbevölkerung auszurichten - zum „Rüsten für den Globalen Bürgerkrieg."[28] Auch hier greifen deutsche Strategen erneut auf Überlegungen zurück, die in den USA angestellt wurden. Beispielhaft hierfür ist ein Beitrag in Parameters, der Zeitschrift des amerikanischen Heeres: „Die Zukunft der Kriegsführung liegt in den Straßen, Abwasserkanälen, Hochhäusern und dem Häusermeer, aus denen die zerstörten Städte der Welt bestehen. [...] Unsere jüngste Militärgeschichte ist gespickt mit Städtenamen wie Tuzla, Mogadischu, Los Angeles, Beirut, Panama City, Hué, Saigon, Santo Domingo - aber diese Zusammenstöße sind nur der Prolog des eigentlichen Dramas, das uns noch bevorsteht."[29]

8. ZMZ: Die innenpolitische Komponente der Vernetzten Sicherheit

Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr erfolgte auch eine Neustrukturierung der so genannten Streitkräftebasis. Hier kommt nun ein neuer Teil hinzu, die so genannte Territoriale Wehrverwaltung**,** die einerseits den gesamten Verwaltungsbereich umfasst, gleichzeitig aber auch ein umfangreiches „einfließen" militärischer in zivile Strukturen beinhaltet und damit eine der wesentlichsten innenpolitischen Entsprechungen der vernetzten Sicherheit darstellt (neben der Paramilitarisierung der Polizei).

Im Moment werden in jedem Bundesland so genannte Landeskommandos aufgebaut, innerhalb denen es künftig Beauftragte für den Bereich der Zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) geben wird. Diese „Beauftragten der Bundeswehr für Zivil-Militärische Zusammenarbeit" (BeaBwZMZ) sind das Verbindungsorgan auf der Ebene der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte von der Bundeswehr zu den zivilen Katastrophenschutzstäben. Die BeaBwZMZs sind Zivilisten, meist Reservisten der Bundeswehr, die für die direkte Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verantwortlich sind.

Offiziell besteht eine der Hauptaufgaben im Katastrophenschutz, gleichzeitig wird aber bei näherer Betrachtung schnell deutlich, dass es auch oder womöglich sogar primär darum geht, zivile Strukturen in ein militärisches Gesamtkonzept mit einzubeziehen – der Militarisierung der Außenpolitik folgt nicht von ungefähr die im Inland auf dem Fuße. Wichtig ist in diesem Kontext, dass sich die Zusammenarbeit auf das so genannte Reservisten-Konzept stützt, das unlängst mit dem Ziel verändert wurde, auch die Reservisten für das auf die Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit abzielende Gesamtkonzept nutzbar zu machen (vgl. auch den Beitrag von Frank Brendle).[30]

9. Fazit: Die Bundeswehr strukturell angriffsunfähig machen

Wie aus den vorigen Passagen deutlich geworden sein sollte, zielt die Transformation der Bundeswehr auf die Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit ab. Sie ist eingebettet in die parallel ablaufende Umstrukturierung von NATO und EU. Dabei wirkt die deutsche Beteiligung an den jeweiligen Schnellen Eingreiftruppen (EU-Battlegroups und NATO Response Force) auf die Bundeswehr zurück, sie erweist sich nämlich, in den Worten des Weißbuchs (S. 31), „als Transformations-Katalysator für die kontinuierliche Verbesserung der militärischen Fähigkeiten aller beitragenden Nationen."

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass dieser Prozess in der Bevölkerung in seiner gesamten Tragweite noch nicht wirklich wahrgenommen wurde. Dies wird dadurch erschwert, dass wieder einmal keinerlei öffentliche Debatte hierüber stattfindet. Ebenso wenig wird der Bevölkerung wirklich offen mitgeteilt, dass Krieg erneut zum Mittel der Politik geworden ist, obwohl dies die Kernfrage darstellt, um die eine öffentliche Auseinandersetzung stattfinden müsste.

Eine Hauptforderung besteht deshalb darin, die sofortige Auflösung der interventionsfähigen Teile der Bundeswehr zu fordern, zuerst das Kommando Spezialkräfte und dann weitergehend die Truppenteile, die jetzt den EU-Battlegroups zur Verfügung gestellt werden: Das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm spielt als Kommandozentrale in diesem Kontext eine wichtige Rolle, aber auch die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim, die vor Kurzem auch Teil der NATO Response Force war und künftig Teil der Battlegroups werden soll. Die Auflösung dieser Einheiten wäre der notwendige erste Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Abrüstung, die natürlich noch weit darüber hinausgehen sollte.

Anmerkungen

[1] Bald, Detlef: Der Paradigmenwechsel von der Verteidigung zur Intervention, in: W&F-Dossier Nr. 53/2006.

[2] Das letzte Weißbuch wurde im Jahr 1994 veröffentlicht.

[3] Wikipedia-Eintrag: „Transformation (Militärwissenschaft)".

[4] Föhrenbach, Gerd/Wälde, Rainer: Die Transformation der Bundeswehr und die Rolle des Zentrums für Transformation, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 1/2008, S. 64-68, S. 64.

[5] Wikipedia-Eintrag: „Transformation (Militärwissenschaft)"

[6] Vgl. zur Transformation der NATO bspws. Theiler, Olaf: Die NATO im Umbruch, Baden Baden 2003.

[7] Vgl. Pflüger, Tobias: Die neue Bundeswehr. Mit neuer Strategie, Struktur und Bewaffnung in den Krieg? Köln 1997; Neuber, Arno: Armee für alle Fälle: Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, isw-report 44.

[8] Vgl. Urteil des BVerfG (2 BvE 2/07).

[9] Rambke, Karl-Heinz: Deutschland auf dem Weg zur europäischen Führungsmacht? in: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 2/2007, S. 16-26, S. 19.

[10] Föhrenbach/Wälde 2008, S. 65.

[11] Bundeswehrplan 2008 S. 35ff.

[12] Vgl. wehrtechnik 3/2007.

[13] Vgl. Hoffmann, Holger: Die maritimen Aspekte deutscher Sicherheitspolitik, in: Marineforum 10/2005, S. 10-16, S. 15.

[14] Nolting, Wolfgang: Die Marine im Einsatz. Instrument deutscher Sicherheitspolitik, in: Strategie und Technik (April 2007), S. 10-13, S. 11f.

[15] Ebd., S. 14.

[16] Was ist Transformation?, URL: http://www.luftwaffe.de/

[17] Transformation der Deutschen Luftwaffe, URL: http://gfw-vii.de/artikel/bin/TansformationLwFebr07n.pdf

[18] Vernetzte Operationsführung, URL: http://www.bundeswehr.de

[19] Ebd.

[20] „Unsere Armee braucht für ihre Auslandseinsätze eine Ausrüstung auf der Höhe der Zeit. Das ist teuer", Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn anlässlich des 50. Geburtstags der Bundeswehr, URL: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/50-jahre-koehler.html

[21] Weißbuch der Bundeswehr, S. 9. Ein nicht explizit im Weißbuch festgelegtes Interesse, das aber dennoch in sämtliche Überlegungen mit hineinspielt, ist die allgegenwärtige Annahme, die Weltmachtrolle Deutschlands hänge unmittelbar mit dem eigenen Militärpotenzial zusammen: So hieß es bereits in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1992, die Fähigkeit zur „Einflussnahme auf die internationalen Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen [ist] gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie."

22 Im Weißbuch der Bundeswehr (S. 17) heißt es hierzu etwa: „Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internationalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terroristische Organisationen. [...] Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes."

[23] Bowers, David: Nationale Bedrohungen für globale Bestrebungen, in: griephan global security, Herbst 2007, S. 8-14, S. 10.

[24] Noetzel, Timo/Schreer, Benjamin: Strategien zur Aufstandsbekämpfung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell, Januar 2008.

[25] Lange, Sascha: Falludscha und die Transformation der Streitkräfte – Häuserkampf in Städten als dominante Kernfähigkeit der Zukunft? SWP-Diskussionspapier, Januar 2005, S. 3.

[26] Did you forget Fallujah? Fallujah didn't forget, Cherifa Sirry's blog, 2007-11-20, URL: http://www.wakeupfromyourslumber.com/node/4705

[27] Lange 2005, S. 7.

[28] Marischka, Christoph: Rüsten für den globalen Bürgerkrieg, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Oktober 2007).

[29] Davis, Mike: Planet der Slums, Hamburg 2007.

[30] Vgl. Haid, Michael: Heimatschutz: „Die alte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit ist von gestern", in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (August 2007).

Milliarden für den Krieg

Die Rüstungsprojekte der Bundeswehr

von Claudia Haydt

Auslandseinsätze der Bundeswehr, egal ob Besatzungs- oder Kriegseinsätze, gibt es nicht zum Nulltarif. Je mehr es zur Selbstverständlichkeit wird, dass Bundeswehrsoldaten rund um den Globus im Einsatz sind, umso mehr schlägt sich dieser Druck auch auf den Bundeshaushalt nieder. Allein im Jahr 2008 stieg der Haushaltsansatz für den so genannten Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) um etwa eine Milliarde Euro auf 29,3 Milliarden. Im Jahr 2010 sollen dann 30 Milliarden in den Haushalt des Verteidigungsministers fließen, wenn bis dahin nicht noch weitere Erhöhungen des Haushaltsansatzes beschlossen werden. Eine solche Entwicklung scheint sehr wahrscheinlich, da sowohl die zunehmenden Auslandseinsätze im Rahmen von NATO und Europäischer Union als auch zahlreiche neue Rüstungsprojekte immer mehr Gelder verschlingen und zwar in einem Umfang, der absehbar den Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung sprengt.

Jahr	2008	2009	2010	2011
Mrd. Euro	29,3	29,6	30,0	30,3

Tabelle1: Mittelfristige Finanzplanung für den „Einzelplan 14"

Einsatzhaushalt – Kriegshaushalt

Das Bundesministerium der Verteidigung erklärte am 17. April 2007 in seinem jährlichen Bericht über die Kosten im Rahmen von internationalen Einsätzen: „Der Einzelplan 14 hat sich zum ‚Einsatzhaushalt' entwickelt". Damit wird mit großer Selbstverständlichkeit ausgesprochen, dass mit den Geldern aus dem „Verteidigungs-"Haushalt faktisch Krieg und Besatzung finanziert werden. Etwa eine Milliarde Euro verschlingen die so genannten „Einsatzbedingten Zusatzkosten" jährlich. Damit werden die Auslandsverwendungszuschläge der Soldaten, der Erhalt von im Einsatz ramponiertem Militärgerät oder auch im Einsatzland benötigte militärische Anlagen bezahlt. Ausrüstungsgegenstände und Bewaffnung, deren Bedarf vor dem Einsatz nicht absehbar war, kosten die Bundeswehr jährlich gut 100 Millionen Euro. Dieser Posten wird von Jahr zu Jahr niedriger, da sich bereits die reguläre Rüstungsbeschaffungsplanung an dem Einsatz-Bedarf der Bundeswehr ausrichtet.

Dafür wird diese, immer stärker an Kriegsführung orientierte, militärische Beschaffung immer teurer. Die Einsatzorientierung der Bundeswehr führt auch zu Mehraufwendungen für den Übungsbetrieb, also die Vorbereitung des Soldaten auf den Einsatz. So wird etwa im Gefechtsübungszentrum (GÜZ) bei Magdeburg nach Angaben der Bundeswehr „das gesamte Spektrum der wahrscheinlicheren bodengebundenen Einsätze realitätsnah, nachvollziehbar, objektiv, bedarfsgerecht und zukunftsorientiert mit Hilfe modernster Systemtechnik" geübt (dieses und folgende Zitate sind dem „Bundeswehrplan 2008" entnommen). Übungsbetrieb und hochmoderne Infrastruktur, nicht nur an diesem Standort, werden immer teurer. Dazu kommen Prestigeprojekte (aus Sicht der Bundeswehr) wie der Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritzer-Ruppiner-Heide, um den das Verteidigungsministerium seit Jahren einen erbitterten juristischen Streit gegen die Bevölkerung führt – bis jetzt hat die Regierung zwar Millionen in den Rechtsstreit investiert, darf das Bombodrom aber bis heute aufgrund verschiedenster Gerichtsurteile nicht nutzen. Um jedoch für Flächenbombardements im Rahmen von Auslandseinsätzen zukünftig noch besser vorbereitet zu sein, will das Verteidigungsministerium den Rechtsstreit fortsetzen und trotz Mahnung des Bundesrechnungshofes den Platz in Betrieb nehmen. Auf Kosten der Umwelt und der Geldbeutel der Bevölkerung.

„Investitionen" in die Rüstung

Die Lobbyisten der deutschen und europäischen Rüstungsindustrie drängen schon seit Jahren daraufhin, dass ein größerer Anteil des Militärhaushaltes für so genannte rüstungsinvestive Ausgaben bereitgestellt werden soll. Ganz offensichtlich wird ihr Wunsch erhört. Wie fast jedes neoliberale Unternehmen arbeitet auch die Bundeswehr daran, einerseits ihre Personalkosten zu senken und andererseits ihre Investitionsausgaben zu erhöhen. Im Jahr 2008 fließen etwa sechs Milliarden in den rüstungsinvestiven Bereich. Dieser Anteil soll bis 2012 kontinuierlich auf 8 Milliarden gesteigert werden. Dadurch erhöht sich die Investitionsquote im Einzelplan 14 von 25 auf 30 Prozent. Die Personalkosten sollen dabei um eine halbe Milliarde sinken. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass immer größere Teile des „zivilen" Bundeswehrpersonals in einen der zahlreichen PPP-Betriebe (private public partnership) ausgelagert werden. Beispiele dafür sind die Heeresinstandsetzungslogistik (HIL), das IT-Projekt HERKULES, das Bekleidungswesen oder der Bundeswehr-Fuhrpark (BwFPS). Insgesamt hat die Bundeswehr im beachtlichen Umfang von 1,5 Milliarden jährlich Betreiberverträge abgeschlossen. Profiteure dieser Kooperation sind bekannte Größen wie die Diehl Stiftung, Rheinmetall Landsysteme, Krauss-Maffei Wegmann (KMW) oder IBM.

Solche Sparmaßnahmen beim Personal ermöglichen es außerdem Gelder für Rüstungsmaßnahmen freizusetzen, die lediglich den Charakter einer Förderung der Rüstungsindustrie haben und nicht einmal militärisch funktional sind. Dies soll nun nicht als Plädoyer für eine militärisch effizientere Rüstung missverstanden werden, sondern lediglich erläutern, dass die Verbindung von politischen Entscheidungsträgern und Militärisch-Industriellem-Komplex so eng ist, dass gelegentlich die Rüstungsförderung Priorität vor allen anderen Erwägungen erhält. So werden in den nächsten Jahren weitere Milliarden in das Luftabwehrprojekt MEADS gesteckt, obwohl dieses Projekt aus Zeiten des Kalten Krieges für „moderne" Interventionskriege weitgehend nutzlos ist. Vergleichbares gilt für die Investitionen in die Kampfwertanpassung des Patriot-Raketenabwehrsystems mit sogenannten PAC3 Lenkflugkörpern. Beim Kostenspitzenreiter Eurofighter (21 Milliarden) war die Kritik, dass dieser als Abfangjäger wirklich nicht benötigt wird, so unüberhörbar, dass er nun für teures Geld für „Mehrrollenfähigkeit" nachgerüstet wird. Dadurch wird der Eurofighter von einem militärisch weitgehend sinnlosen zu einem äußerst gefährlichen Objekt, so werden nämlich zukünftige Flächenbombardements ermöglicht. Insgesamt spiegeln die Entscheidungen für die laufenden und anstehenden Rüstungsprojekte aber durchaus Strategien wieder, mit denen die Bundeswehr in bestimmten Fähigkeitsbereichen „handlungsfähig" gemacht werden soll. Im aktuellen „Bundeswehrplan 2008" werden die laufenden und in den nächsten zehn Jahren geplanten Aufrüstungsmaßnahmen erläutert. Die Ausrüstungsplanung orien-

tiert sich weitgehend an den Fähigkeiten, die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien und dem Weißbuch der Bundeswehr festgelegt wurden.

Der Übergang von einer Arme, deren Ausrüstung hauptsächlich an Landes- (und Bündnis-) Verteidigung ausgerichtet ist, zu einer „Armee im Einsatz", vollzieht sich auf Ebene der Beschaffungsplanung etwas langsamer als in der Realität der Bundeswehreinsätze. Die rüstungspolitische Umsteuerung hin zu einer offensiven, vernetzten und mobilen Bundeswehr ist inzwischen deutlich sichtbar. Die Bundeswehr soll durch die neuen Aufrüstungsprogramme ihren „Bedarf für die wahrscheinlicheren Einsätze" (Krieg- und Besatzung Out of Area) decken können. Welche gigantischen Summen dafür in den nächsten Jahren bereits fest eingeplant wurden, soll hier an einigen ausgewählten Projekten und sortiert nach Fähigkeitskategorien dargestellt werden. Die hier dargestellt Projekten sind keineswegs vollständig, sie sollen nur beispielhaft darstellen, welche Gestalt die Bundeswehr durch diese neue Aufrüstungswelle erhält.

Führung und Aufklärung

Um Interventionskriege in aller Welt führen zu können, rüstet die Bundeswehr in den Bereichen Führungsfähigkeit und weltweite Aufklärung kräftig auf. Dazu gehören das Führungsinformationssystem des Heeres (FüInfoSysH) und die zweite Stufe des Satellitenkommunikationssystems der Bundeswehr (SATCOM Bw Stufe 2). Dadurch sollen Bundeswehreinheiten bei ihren weltweiten Einsätzen zuverlässig an die vernetzte Operationsführung angebunden werden. Weltweite Nachrichtengewinnung und Aufklärung galten noch bis vor kurzem als defizitäre Bereiche der Militärmacht Deutschland, doch mit dem Projekt SAR LUPE, für das 2007 der erste Satellit ins All geschossen wurde, hat die Bundeswehr künftig Zugriff auf Informationen, die durch hochauflösende Radarsensoren gewonnen werden. Unbemannte Flugzeuge wie EUROHAWK, UAV HALE oder LUNA sollen die flexible, luftgestützte und weiträumige Aufklärung verbessern.

Mit unbemannten Flugzeugen soll perspektivisch auch das möglich sein, was heute schon mit dem neuen Aufklärungssystem der Marineflieger (P3C ORION) funktioniert, die Verknüpfung von Aufklärung und präzisem Beschuss von Zielen, „Waffenwirkung gegen Ziele". Für die Eingreifkräfte des Heeres wird in den nächsten Jahren deren Aufklärungsbedürfnis durch den Erwerb weiterer Spähpanzer des Typs FENNEK gedeckt. Insgesamt sollen in die Bereiche Führung und Aufklärung in den nächsten Jahren mindestens 9 Milliarden Euro investiert werden.

Kein Einsatz ohne Mobilität

Um Soldaten und Rüstungsgüter schnell und in größerer Zahl in die Einsatzgebiete zu bringen, fehlen der Bundeswehr bisher noch die entsprechenden Kapazitäten. Besonders dann, wenn es um größere Entfernungen oder um schnellen Transport innerhalb der Einsatzgebiete geht. Das Transportflugzeug Airbus 400 M wird zwar teuer werden (circa 10 Milliarden) vor dem Jahr 2011 ist jedoch nicht mit einer Auslieferung der ersten Flugzeuge zu rechnen und ob diese dann wirklich die gewünschte Nutzlast zuverlässig transportieren können, scheint ungewiss. Da jedoch weder Bundeswehr noch Regierung sich deswegen von Kriegsbeteiligungen wie in Afghanistan abbringen lassen, werden als „Zwischenlösung" für teures Geld gewerbliche Zwischenlösungen gechartert. Der strategische Lufttransport wird über die Firma RUSLAN-SALIS abgewickelt und der strategische Seetransport als ARC-Projekt über eine dänische Reederei. Für die so genannte taktische Mobilität, also den Transport von Soldaten und Gerät im Einsatzgebiet, werden der Transporthubschrauber NH90 und das gepanzerte Transportfahrzeug Boxer beschafft. Ingesamt lässt sich die Bundeswehr die Verbesserung ihrer Transportkapazitäten in den nächsten Jahren etwa 15 Milliarden kosten.

„Wirksamkeit im Einsatz"

Mobilität, Aufklärung und Führung, das alles sind Fähigkeiten, die vor allem eines ermöglichen sollen: einen erfolgreichen und möglichst wirksamen Einsatz der Bundeswehreinheiten in ihren jeweiligen Missionen. Diese Fähigkeit, der effektiven Ausübung militärischer Stärke, des Schießens und Treffens, nennt die Bundeswehr „Wirksamkeit im Einsatz". Zu diesem Bereich gehören laufende Rüstungsprojekte wie der Kampfhubschrauber Tiger oder der Schützenpanzer PUMA, inklusive des zugehörigen Lenkflugkörpersystems MELLS. Neben der schon erwähnten Ausweitung der Fähigkeiten des Eurofighters um die Möglichkeit des Flächenbombardements gehören in diese Kategorie auch die Umrüstung von längst eingeführten Systemen wie den Kampfpanzer Leopard, der durch verkürzte Bordkanonen und neue Munition fit gemacht werden soll für den Kampf im urbanen Umfeld und gegen nicht gepanzerte Ziele. Ein ambitioniertes (und teures) Zukunftsprojekt ist die Verknüpfung von drohnengestützter Aufklärung (siehe oben) mit ebenfalls drohnengestützter Angriffsfähigkeit, das deutsch israelische Projekt wird unter dem Namen WABEP (Abstandsfähiges Wirkmittel zur Bekämpfung von Punktzielen) entwickelt. Das bekämpfte „Punktziel" kann ein Gebäude, ein Fahrzeug oder auch Menschen sein.

„Wirksamkeit im Einsatz" ist auch für die Marine ein wichtiges Fähigkeitsziel, so sollen in den nächsten Jahren vier Fregatten, Kriegsschiffe im klassischen Sinn, besorgt werden. Die letzte der fünf neuen Korvetten wird noch im Jahr 2008 geliefert und auch die Feuerkraft der Marine wird deutlich verbessert. Korvetten und Fregatten erhalten die nötige Ausstattung, um auf Landziele schießen und um diese auch treffen zu können. Die Bordhubschrauber werden ebenfalls neu mit Lenkflugkörpern ausgestattet. Demnächst abgeschlossen wird die Beschaffung der insgesamt sechs U-Boote der Klasse 221 A. Diese sind wegen des neuartigen Brennstoffzellenantriebs weitgehend außenluftunabhängig, stärken „die maritimen Fähigkeiten der Eingreifkräfte", haben einen großen Radius und helfen mit den anderen hier beschrieben Rüstungsprojekten, aus der Marine eine funktionierende Kriegsflotte zu machen. Den gesamten Bereich der „Wirksamkeit im Einsatz" lässt sich die Bundeswehr in den nächsten Jahren etwa 50 Milliarden Euro kosten. In diesen Kernbereich der Kriegsführungsfähigkeit werden also bei weitem die größten Summen investiert.

Beschaffungsprojekt NH-90

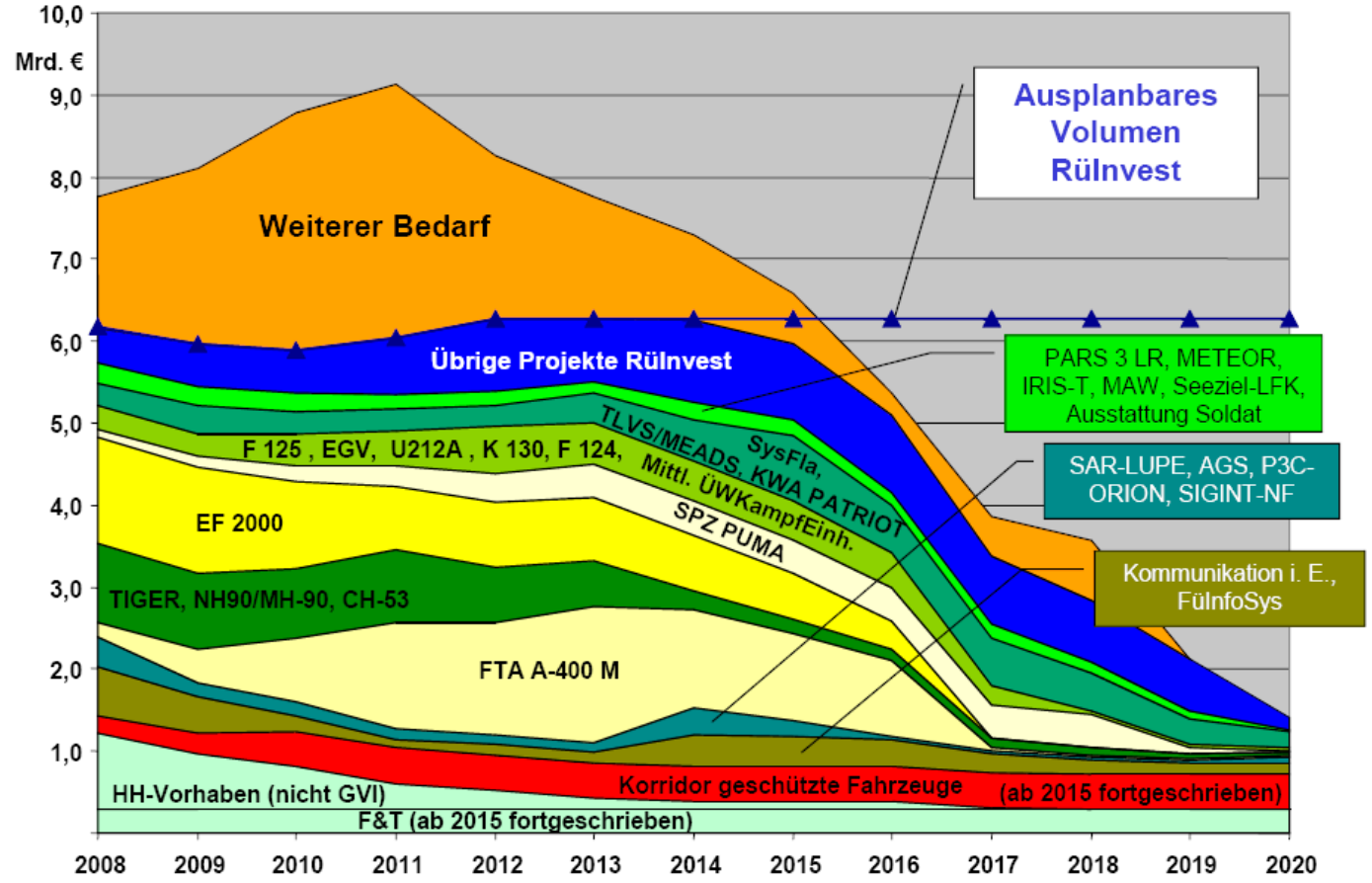


Abbildung: Mittelfristige Rüstungsplanung

„Durchhaltefähigkeit" und Schutz

Wenn Soldaten in Einsätze überall auf der Welt geschickt werden, dann braucht die Bundeswehr, um militärisch handlungsfähig zu bleiben, die Möglichkeit kämpfende und stationierte Soldaten kontinuierlich zu unterstützen, um deren „Durchhaltefähigkeit" zu gewährleisten. Für die Marine kann der Einsatzgruppenversorger Kl 702 diese Fähigkeit übernehmen, er kann so ausgestattet werden, dass er bis zu 45 Tage autarke Einsätze ermöglicht. Zwei der vier Einsatzgruppenversorger sind bereits ausgeliefert, die anderen folgen. Das Heer wird durch luftverladbare und bewegliche Feldlager flexibler einsetzbar und geschützte Transportfahrzeuge ermöglichen die Versorgung im Einsatzgebiet. Für diese Fähigkeiten zur „Unterstützung und Durchhaltefähigkeit" werden Kosten in Höhe von 3 Milliarden erwartet.

Eng damit verknüpft ist die Fähigkeit zu „Überlebensfähigkeit und Schutz". Diesen „Maßnahmen zur Abwendung von Gefahr für Leben und Gesundheit aller Angehörigen der Bundeswehr" wird in der öffentlichen Diskussion viel Aufmerksamkeit geschenkt. Immer wieder werden Forderungen nach Aufstockung des Wehretats damit begründet, dass zu wenig Geld für den technischen Schutz der Soldaten da sei. Doch ist auffällig, dass es hier auch um eine Frage der militärpolitischen Prioritäten geht, wenn für die Angriffsfähigkeit der Truppe 50 Milliarden eingeplant sind und für den Schutz der Soldaten „lediglich" 4 Milliarden, dann ist nicht einleuchtend, warum ein besserer technischer Schutz von Soldaten nur bei einem höheren Wehretat möglich sein soll. Argumentationen mit dem Schutzbedürfnis von Soldaten sind also vor allem als moralischer Hebel zu verstehen, mit dem Stimmung für höhere Militärausgaben gemacht werden soll.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass es keinen effektiven technischen Schutz für Soldaten im Einsatzgebiet gibt. Im Kontext asymmetrischer Kriegsführung stellen die Gegner sich immer wieder und meist sehr schnell auf das geänderte Schutzniveau der Besatzer ein. Es gibt nur einen wirklichen Schutz: Abzug der Truppen.

Abrüstung jetzt!

Einsätze der Bundeswehr schaffen Sachzwänge. Jeder neue Einsatz offenbart neue Ausrüstungsmängel, die dann wieder mit neuen teuren Aufrüstungsprojekten behoben werden sollen, nur um festzustellen, dass diese ebenfalls nicht ausreichen. Bereits die heute geplanten Projekte verschlingen sämtliche für die nächsten Jahre bereit gestellten Mittel, schon der jetzt absehbare „zusätzliche" Rüstungsbedarf wird wie Bugwelle in die nächsten Jahre geschoben und wird erkennbar zu weiteren Erhöhungen des Rüstungsetats führen (siehe Abbildung). Bedenkt man, dass allein die oben beschriebenen und weitgehend durch Verträge abgesicherten Projekte etwa 80 Milliarden Euro kosten werden, dann wird klar, mit welchen finanziellen Dimensionen hier zu rechnen ist.

Um Rüstungsprogramme finanzieren zu können, wird darüber hinaus durch Rüstungsexporte der Stückpreis von Rüstungsgütern gesenkt. Mögliche Rüstungsexporte werden bei den meisten neuen Rüstungsprojekten mit eingeplant, wie etwa beim Schützenpanzer PUMA, der, wie der Leopard, ein Exportschlager werden soll. Rüstungsexporte – besonders in Krisengebiete – erhöhen jedoch das Kriegsrisiko weltweit zusätzlich und schaffen wiederum neue Absatzmärkte für die Rüstungsindustrie. Durch Krieg und Besatzung werden Probleme dieser Welt nicht gelöst, sie sind selbst Teil des Problems und verschlingen die Ressourcen, die dringend benötigt werden, um Menschen in Krisengebieten faire Entwicklungschancen zu eröffnen. Da die politisch Verantwortlichen zur Zeit offensichtlich weder Willens noch in der Lage sind, aus der Kriegs- und Rüstungsspirale auszusteigen, muss der Druck für Abrüstung und Abzug aus den Auslandseinsätzen von unten kommen: national und international vernetzt, hörbar und entschieden.

Vernetzte Sicherheit?

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren

von Frank Brendle

Wolfgang Schäuble (CDU) ist scheinbar besessen: Seit Jahr und Tag predigt er den Inlandseinsatz der Bundeswehr, vom Objektschutz über die Bekämpfung von Demonstranten bis zum Abschuss „verdächtiger" Zivilflugzeuge. Doch der Bundesinnenminister ist nur der lauteste Vertreter einer Heimatschutz-Fraktion, die das Militär zum innenpolitischen Ordnungsfaktor machen will. Sie redet nicht nur, sondern handelt.

Davon, dass die deutsche Geschichte nur allzu viele und höchst abschreckende Beispiele von militärischen Inlandseinsätzen kennt, ist bemerkenswert wenig die Rede. Dabei war es im 19. Jahrhundert noch Alltag, das Militär als innenpolitisches Hilfsmittel der Herrschenden einzusetzen. „Militair- und Civilbediente sind vorzüglich bestimmt, die Sicherheit, die gute Ordnung, und den Wohlstand des Staats unterhalten und fördern zu helfen", hieß es in Paragraph 1 des Allgemeinen Preußischen Landrechts von 1794. Soldaten wurden mangels einer flächendeckenden Polizei gar als Zwangsvollstrecker für simple Verwaltungs- und Gerichtsbeschlüsse verwendet, in Sachsen bis 1868 als Steuereintreiber, in Hessen-Nassau als Wildtreiber.[1]

Im Deutschen Reich ist nach 1871 die Polizei ausgebaut worden, eine strikte Trennung zwischen Militär- und Polizeiaufgaben gab es jedoch nicht. Weiterhin agierten militärisch strukturierte Länder-Gendarmerien „im Grenzbereich zwischen Militär und Polizei",[2] und die in den Kolonien stationierten Kaiserlichen Schutztruppen waren für die gesamte Palette der „öffentlichen Sicherheit" zuständig.

Aber auch für die regulären Streitkräfte sah die bismarcksche Reichsverfassung Möglichkeiten zum inneren Einsatz vor. So zum Zwecke des „Staatsschutzes": Nach Artikel 68 konnte der Kaiser, „wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand" erklären, was bis 1914 zwar nie vollzogen, aber mehrfach erwogen wurde, um gegen Streiks vorzugehen.

Zusätzlich konnten einzelne Länder den so genannten „kleinen Belagerungszustand" verhängen, der einzelne Grundrechte lokal und zeitlich begrenzt suspendierte, etwa in Fällen des Krieges oder des Aufruhrs. Auch damals nahm man es mit dem Gesetz nicht immer genau: Zur Verhängung des „großen" Belagerungszustandes beim Streik 1885 in Bielefeld war Preußen laut Reichsverfassung gar nicht befugt, dennoch wurde die Maßnahme vom preußischen Staatsministerium gebilligt.[3]

Streikbekämpfung

Von größerer praktischer Bedeutung waren polizeiliche Verwendungen außerhalb des Staatsnotstandes. Den Anlass bildeten fast immer Streiks und Arbeiterproteste.

So marschierten im Juni 1871 frisch von den französischen Schlachtfeldern kommende Ulanen nach Oberschlesien, um den Streik von 3000 Bergabeitern in Königshütte niederzuschlagen. Laut damaliger Presse haben sie „mit staunenswerter Gewandtheit und Bravour" die Straßen „gesäubert" und dabei sieben Arbeiter erschossen.

1872 fanden Streiks im Essener und Oberhausen-Mühlheimer Revier statt, mit denen unter anderem der Achtstundentag gefordert wurde – ein Fall fürs Militär. Im gleichen Jahr gab es in Berlin Proteste gegen die miserablen Wohnungsbedingungen, auch diese wurden mit Militär eingedämmt. 1876 gingen zwei Kompanien Infanterie und eine Kavallerie-Abteilung gegen demonstrierende Landarbeiter in Ostpreußen vor, 1885 wurde wegen „öffentlicher Zusammenrottungen" und „Widerstand" durch Arbeiter der Belagerungszustand über Bielefeld verhängt. 1887 marschierte Infanterie gegen Bergleute bei Osnabrück auf, 1889 erschoss das Militär mehrere Arbeiter an der Ruhr, wo sich an der bis dahin größten Streikbewegung im Deutschen Reich über 100.000 Arbeiter beteiligten, die Achtstundentag und Arbeiterausschüsse forderten. Eine Arbeiterdelegation wurde von Kaiser Wilhelm II. mit den Worten bedroht, er werde „alles über den Haufen schießen lassen", falls die Streikenden in Verbindung mit der SPD stünden.[4] Unter dem Kommando des späteren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg marschierten Ende 1909 Soldaten bei einem Streik im Mansfelder Gebiet auf.[5] Die offiziell hieß es zur Begründung solcher Einsätze stets, das Militär wolle sich keinesfalls in Arbeitskämpfe einmischen, sondern lediglich Produktionsanlagen und Streikbrecher vor Gewalttätern „schützen".

Eine parlamentarische Kontrolle gab es weder für Militäreinsätze im In- noch im Ausland. Das Militärbudget wurde vom Reichstag beschlossen, aber dieses Kontrollmittel entschärfte er selbst, indem er es gleich für mehrere Jahre verabschiedete. Außerdem wurde die Zuständigkeit für das Militär weitgehend vom preußischen Kriegsminister auf den vom Kaiser kontrollierten Großen Generalstab übertragen. Damit gab es niemanden, der dem Reichstag Rede und Antwort stehen musste.

Polizeiaufgaben

Neben den eher außerordentlichen Anti-Streik-Einsätzen erfüllten Soldaten auch reguläre polizeiliche Aufgaben, solange die Polizei noch nicht flächendeckend aufgebaut war. Dazu gehörte Objektschutz, in Baden wurden beispielsweise die Paläste des Großherzogs, die Münzprägeanstalt, die Filialen der Reichsbank und auch Strafanstalten von Soldaten bewacht – also die Machtbasen der Obrigkeit (heute „kritische Infrastruktur" genannt).

In Städten, die über eine Militärgarnison verfügten, wachten Soldaten im Rahmen des Garnisonswachdienstes über die Sicherheit der ganzen Stadt. Das war an sich nicht verfassungsgemäß, weil Soldaten nur zeitweise auf konkrete Anforderung der zivilen Behörden solche Aufgaben erledigen durften, es wurde aber aus Zweckmäßigkeitsgründen einfach gemacht. Auch das muss man bis heute bedenken, wenn man über den Stellenwert juristischer Regelungen redet. Je mehr allerdings die zivile Polizei aufgebaut wurde, desto mehr erschien den Zeitgenossen diese Form des militärischen Regiments „befremdlich".[6]

Die damals geübte Kritik war, ähnlich wie heute, sachbezogen: Soldaten, vor allem Wehrpflichtige, seien für Polizeiaufgaben nicht ausreichend qualifiziert. Offenbar haben sie vor allem bei der Bekämpfung der Prostitution versagt, und generell ist ein übermäßig hartes Vorgehen beklagt worden.[7] Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist die sogenannte Zabern-Affäre Ende November 1913. In der elsässischen Stadt hatte ein Leutnant durch grobe Beleidigung elsässischer Rekruten heftige Proteste der Bevölkerung provoziert. Die Heeresgarnison besetzte daraufhin mehrere Tage lang gegen den Protest des Gemeinderates die Stadt und nahm Zivilisten fest. Dieses eigenmächtige Verhalten rief heftige Proteste in der Öffentlichkeit hervor. Der Kaiser bekräftigte daraufhin in einer

„Allerhöchsten Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militairs und seine Mitwirkung zur Unterdrückung innerer Unruhen“ vom März 1914, das Militär dürfe außer zur Eigensicherung nur eingreifen, wenn die Polizeikräfte nicht ausreichten und die Zivilbehörden den Militäreinsatz anforderten.

„Vorbereitung zum Bürgerkrieg“

Völlig neuartig in der deutschen Geschichte war es, dass das Grundgesetz der BRD Inlandseinsätze komplett untersagte. Selbst nachdem 1956 die Bundeswehr aufgestellt wurde, bestimmte der damalige Artikel 143: „Die Voraussetzungen, unter denen es zulässig wird, die Streitkräfte im Falle eines inneren Notstandes in Anspruch zu nehmen, können nur durch ein Gesetz geregelt werden, das die Erfordernisse des Artikel 79 erfüllt“, d. h. ein Gesetz, das seinerseits verfassungsändernd ist. Solange das fehlte, war jegliche obrigkeitliche Tätigkeit der Bundeswehr im Inland untersagt. Das zeugt vom damals herrschenden Misstrauen und der Furcht davor, das Militär könne zu einer Belastung „der demokratischen Entwicklung unseres Volkes werden“, wie der CDU-Abgeordnete Georg Kliesing im Oktober 1955 ausführte.[8]

Dennoch beauftragte der Hamburger Innensenator und spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) während der Sturmflut im Jahr 1962 die Bundeswehr, gegen Plünderer vorzugehen und den Verkehr zu lenken. Schmidt erklärte später: „Wir waren damals durchaus in dem Bewusstsein, gegen Artikel 143 zu verstoßen“.[9] Dennoch gab es keine öffentliche Kritik.

Der Sprung zu den Regelungen, die heute noch gelten, geschah 1968. Im Rahmen der Notstandsgesetze beschloss die Große Koalition aus SPD und CDU/CSU eine Verfassungsänderung, die dem Militär Einsätze zur „Hilfe“ bei Katastrophen erlaubte.

Zu den heftigsten Kritikern gehörte damals der Chef der Gewerkschaft der Polizei, Werner Kuhlmann, der vor dem Bundestags-Rechtsausschuss ausführte: „Die Gefahr steckt doch auch hier darin: Sobald es darum geht, Bundeswehreinheiten hoheitsrechtliche Aufgaben zu übertragen, taucht doch sofort die Frage der Bewaffnung auf [...] Ich meine, wir sollten einen ganz klaren Trennstrich ziehen und dafür sorgen, dass in Fällen der Naturkatastrophen und bei schweren Unglücksfällen die Bundeswehr [...] durchaus eingesetzt werden kann, aber nicht mit Waffen und ohne hoheitsrechtliche Aufgaben.“ Kuhlmann verwies auf die Gefahr der Gewöhnung. Je mehr Inlandseinsätze es gebe, desto größer werde die Missbrauchsmöglichkeit und die Gefahr, dass „unter dem Deckmantel der Legalität“ ein Staatsstreich unternommen werde. Deswegen müsse „jeder, auch jeder Soldat, [...] zweifelsfrei wissen, dass Bundeswehreinheiten, die in innere Angelegenheiten eingreifen, die Verfassung brechen.“

Auch ein Freund des Militärs im Inneren: Bismark

Der Verfassungsrechtler Helmut Ridder warnte: „Die Zurüstung der Streitkräfte auf einen sogenannten Polizeieinsatz ist – wenn an den Repressiv-Polizeieinsatz gedacht ist – Vorbereitung zum Bürgerkrieg.“[10]

Befürchtungen, allzu weite Befugnisse der Bundeswehr könnten das „demokratische Kräftegleichgewicht“ stören, gab es bis hinein in die Regierungspartien. Daher wurden die Militärkompetenzen relativ eng gehalten.

Zentral an den neuen Regelungen, die heute noch gelten, ist der Artikel 87a des Grundgesetzes, der Inlandseinsätze sowohl im Krieg als auch im Frieden zulässt. Im Spannungs- und Verteidigungsfall – die hier nur kurz gestreift werden – können Soldaten zivile Objekte bewachen, „soweit“ dies zur Verteidigung notwendig ist. Wie auch schon im Kaiserreich und der Weimarer Republik soll das Militär bei Bedarf revolutionäre Bestrebungen niederschlagen (bei „Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes“), jedoch nur subsidiär, d. h. wenn die Polizeikräfte nicht ausreichen (GG-Artikel 87a Absatz 3 und 4).

Ansonsten gilt kategorisch: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, sofern dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt“ (Artikel 87a, Absatz 2). Es genügt mithin kein einfaches Gesetz und schon gar nicht eine schlichte Regierungsverordnung, sondern es wird explizit eine Verfassungsregelung verlangt - ein „Ausdruck der Besorgnis, die Bundeswehr könnte als innenpolitisches Machtinstrument missbraucht werden.“[11]

Eine solche Genehmigung enthält Artikel 35 Absatz 2. Die Bundeswehr kann zur „Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall“ herangezogen werden und polizeiähnliche Maßnahmen durchführen, soweit es zur Erfüllung dieser Hilfe notwendig ist. Denkbar ist also, dass Soldaten den Verkehr lenken, Straßen absperren oder Platzverweise aussprechen, um Hilfsmaterial rasch ans Ziel bringen zu können – sofern die Polizei dazu nicht in der Lage ist (subsidiär). Ein Vorgehen gegen Plünderer wäre hiervon nicht gedeckt, außer wenn es unmittelbar darauf gerichtet ist, die Hilfe durchzuführen.[12] Erforderlich ist in der Regel ein Hilfeersuchen des Bundeslandes, das, anders als im Kaiserreich, das Oberkommando behält. Rechtlich möglich, aber bisher nicht erfolgt, ist ein vom Bund angeordneter Einsatz, wenn mehrere Bundesländer gleichzeitig betroffen sind.

Die in Artikel 35 Absatz 1 vorgesehene Amtshilfe, d. h. die technische und logistische Unterstützung anderer Behörden, verleiht der Bundeswehr hingegen keine polizeilichen Befugnisse.

Bundeswehr im Innern

Anfang der 1990er Jahre hat die Bundeswehr mit den Auslandseinsätzen begonnen, und für Schäuble ist der Inlandseinsatz die logische Konsequenz. Ende 1993 stellte er in einem Brief an die CDU-Mitglieder die rhetorische Frage, „ob die Bundeswehr nicht unter streng zu definierenden Voraussetzungen auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern – wie die Armeen aller anderen zivilisierten Staaten – notfalls zur Verfügung stehen sollte“[13]; er dachte dabei an Castor-Transporte, Chaos-Tage und die Abwehr von Flüchtlingen.

Damals sind die Argumente entwickelt worden, die heute gang und gäbe sind: „Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit“, sagte der damalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) am 14. Januar 1994 im Bundestag, und Johannes Gerster, Fraktions-Vize der Union, meinte, die Bundeswehr müsse das „Überschwappen“ von Kriminellen und Terroristen verhindern. Konsensfähig war das damals noch nicht. Selbst in der Union gingen viele auf Distanz, und Rudolf Scharping von der SPD, der spätere Verteidigungsminister, verglich die Schäuble-Vorstellungen mit dem spanischen Franco-Regime. Doch

Schäuble hatte sein Thema gefunden und prophezeite: „Das Thema wird so lange auf der Tagesordnung bleiben, bis es in dem Sinne gelöst wird, den ich vorgeschlagen habe."[14]

Schon der Begriff „Krieg gegen den Terrorismus" als solcher zeigt eine ungeheure Ausdehnung des Bereichs, für den Militär zuständig sein soll. Terrorismusbekämpfung ist klassischerweise eine Aufgabe der Polizei und nicht des Militärs, und sie wird mit den Vorgaben der Polizeigesetze und der Strafprozessordnung erfüllt; dabei gelten, jedenfalls rechtstheoretisch, die Unschuldsvermutung, das Verhältnismäßigkeitsgebot usw. Einen „Krieg" hingegen führt normalerweise eine Armee gegen eine andere Armee oder gegen Aufständische.

Doch solche Trennungen sollen nicht mehr gelten. Die Trennung zwischen Militär und Polizei, zwischen innerer und äußerer Sicherheit, auch die zwischen Polizei und Geheimdiensten - all das wird mit Hilfe des neu eingeführten Stichworts von der *Vernetzten Sicherheit* über den Haufen geworfen. Dieser Schlüsselbegriff taucht mittlerweile in praktisch allen strategischen Papieren auf und soll dazu dienen, die Aufrüstung der Staatsmacht zu legitimieren. Gemeint ist damit: Sicherheit zu gewährleisten ist nicht Sache voneinander strikt genannter Institutionen, sondern eine gesamtgesellschaftliche, ja globalisierte Aufgabe, die ressortübergreifend, also unter Inanspruchnahme sowohl militärischer als auch ziviler Mittel, erfüllt werden muss. Das schließt es aus, Staats- oder andere Grenzen als Zuständigkeitsgrenzen zu akzeptieren.

Im Weißbuch der Bundeswehr heißt es unter Vernetzte Sicherheit: Sicherheit könne „weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz [...] in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen". Diese Strukturen umfassen, so heißt es weiter, „neben den klassischen Feldern der Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik unter anderem die Bereiche Wirtschaft, Umwelt, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik." Man kann das kürzer ausdrücken: Praktisch alle Politikbereiche, alle Ressorts sollen ihren Beitrag zur Sicherheit leisten und dabei mit dem Militär kooperieren. So wie es in Kriegszeiten immer schon war.

Von der Verteidigung zum Schutz

Was auffällt, ist zunächst, dass der Begriff „Sicherheit" ganz offensichtlich den Begriff der Verteidigung abgelöst hat. Das Weißbuch bestätigt eindrücklich, dass es um Verteidigung gar nicht mehr geht; es wirft implizit all jenen, die das Militär auf Territorialverteidigung reduziert wissen wollen, vor, nicht die aktuellen Erfordernisse zu verstehen.

Eine der Zeitschriften, in der diese Erfordernisse erklärt, um nicht zu sagen, geschaffen werden, ist die ´Europäische Sicherheit´. Sie ist ein halboffizielles Blatt, das qua Impressum mit der bundeswehreigenen Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) kooperiert und in dem regelmäßig hochrangige Ministeriumsvertreter schreiben. Diese Monatszeitschrift hat sich zur Aufgabe gestellt, „unsere Sicherheitspolitik, die nicht allein als Verteidigung mit Streitkräften zu verstehen ist, in sämtlichen komplexen und komplizierten Zusammenhängen zu beschreiben." Sicherheitspolitik ist nicht allein Verteidigung mit Streitkräften, sondern eben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das muss geradezu darauf hinauslaufen, der Bundeswehr ein Mitspracherecht in ausnahmslos allen gesellschaftlichen Bereichen zu geben.

In der August-Ausgabe 2007 hat ein Angehöriger der BW-Akademie für Information und Kommunikation (AIK) einen Artikel publiziert, der schon fast idealtypisch zusammenfasst, was denn die neuen Aufgaben und der neue Stellenwert der Bundeswehr sein solle. (Es sei kurz darauf hingewiesen, dass das AIK die Nachfolgerin der Akademie für Psychologische Verteidigung ist. Dementsprechend ist ihre wichtigste Aufgabe, in der Bevölkerung „Informationsarbeit" zu leisten, sprich: Begründungen für die Militärpolitik zu liefern.)

Der Autor Stephan Böckenförde spricht von einem „Sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel von Verteidigung zu Schutz." Er bestätigt, dass die Gefahren heute nicht mehr in einer möglichen Verletzung der Staatsgrenzen durch einen militärischen Gegner bestehen. Stattdessen hätten wir es mit neuen Gegnern zu tun, die sich die „Verletzlichkeit" unserer technisierten und globalisierten Gesellschaft zunutze machen wollten.

Aus diesem Denkansatz ergeben sich folgende Konsequenzen: Erstens gibt es keine festgelegten bzw. begrenzenden Orte mehr – Landesgrenzen sind irrelevant. Vielmehr sollen „Bedrohungen" dort bekämpft werden, wo sie vermutet werden oder wo sie entstehen könnten. Hierzu hat BAKS-Präsident Rudolf Adam in einer Rede ausgeführt: „Deutschland ist aufgrund seiner intensiven internationalen Verflechtungen verwundbarer als die meisten anderen Länder vergleichbarer Größe. Wer Deutschland verwunden will, muss nicht in Deutschland selbst zuschlagen. Es sind nicht nur Botschaften – wie in Stockholm – deutsche Soldaten; deutsche Investitionen, deutsche Touristen – wie in Algerien, deutsche Facharbeiter – wie neulich im Irak – können Ziel von Anschlägen werden. Verkehrsrouten können blockiert, Flugzeuge entführt werden. Und der Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen – wie etwa Erdöl oder Erdgas – kann wegbrechen, weil Produzenten nicht mehr lieferfähig oder lieferwillig sind."[15] So flexibel und grenzenlos wie die Gefahren soll dann auch die deutsche Sicherheitspolitik sein. So wird die Hälfte aller Schifffahrtsrouten zum konkreten und die ganze Welt zum potentiellen Einsatzgebiet erklärt.

Zweitens gibt es keine festgelegten Zeiten mehr. „Es geht längst nicht mehr darum, punktuell auf Krisen zu reagieren. Wir müssen langfristig Krisenprävention und Krisennachsorge betreiben", erklärt der Akademiechef Adam. Böckenförde, der all das teilt, beklagt sich: Gewaltmaßnahmen seien leider „höchst umstritten, was die Frage der militärischen Prävention so schwierig macht".

Keine Orte, keine Zeiten und drittens auch keinen klaren Gegner:[16] Es geht nicht darum, wer an der Landesgrenze eine Bedrohung darstellen könnte, sondern wer mit welchen Fähigkeiten schädliche Wirkungen anrichten könne. Paradebeispiel ist wiederum der 11. September. Auch hier gibt es deutliche Parallelen zu innenpolitischen Debatten, man denke an den Besuch von „Terrorcamps", wo keineswegs konkrete Anschläge vorbereitet, aber Kenntnisse erlangt werden, die potentiell zur Bedrohung werden könnten. Ins Blickfeld soll aber schlechthin jede nur denkbare Bedrohung fallen: Reduziert man sich ausschließlich auf den „Schutz vor" und die „Wirkung von Gefährdungen" – also egal, was man eigentlich über denjenigen weiß, von dem sie (vielleicht) ausgehen – dann, so Böckenförde, „öffnet sich der Blick für die Bedrohungen allgemein bis hin zu Natur- und Umweltkatastrophen."

Wer für all diese Bedrohungen verantwortlich sein könnte – wer weiß. Böckenförde spricht von einem neuen Sicherheitsbewusstsein, dass auch solche Bedrohungen beinhaltet, die „indirekt, mittelbar durch Folgeeffekte und zeitverzögert eine Bedrohung für die eigene Sicherheit darstellen könnten." Das klingt ungefähr genauso allgemein wie die Vorschriften, wer alles in der Anti-Terror-Datei zu speichern sei. Im Zweifel herrscht der Generalverdacht.

Insgesamt, so Böckenförde, müsste ein „funktionales Denken" in der Sicherheitspolitik Einzug halten. „Funktional" muss hier als Gegensatz zu „rechtlich begrenzt" gelesen werden. Und selbstverständlich sei

es vor dem Hintergrund all der diffusen Bedrohungen „sicherheitspolitisch unsinnig, die Streitkräfte exklusiv von der Erfüllung bestimmter Aufgaben“ im Inneren fernzuhalten.

Heimatschutz

In dieser Logik liegt das von der Union geforderte „Gesamtkonzept Sicherheit“. Ein Beschluss der CDU/CSU—Fraktion vom März 2004 sieht „eine starke Heimatschutzkomponente“ aus 25.000 Soldaten vor, als Teil der „Vorsorge gegen asymmetrische und terroristische Bedrohungen“. Die Union will dafür bis zu 50 „Regionalbasen“ mit jeweils bis zu 500 Soldaten bereithalten, die mit Reservisten auf bis zu 5000 Soldaten „aufwachsen“ können.

Als Aufgaben dieser Heimatschutzverbände nennt das Fraktionspapier unter anderem die „Bereitstellung personeller Ressourcen für Bewachung, Kontrolle und Sicherung im Fall besonderer Gefahrenlagen“ und „im Rahmen der Abschreckung die Bewachung von Liegenschaften und kritischer Infrastruktur“, also klassische Polizeiaufgaben.

Der Begriff „kritische Infrastruktur“ umfasst alles, was den Kapitalismus ausmacht: Kraftwerke, Banken, Kommunikationsanlagen, Verkehrswege, Staudämme usw. Im Ausland schießt die Bundeswehr den Zugang zu Ressourcen frei, und im Inland stellt sie sich vor die Einrichtungen, die zur Profit bringenden Verarbeitung dieser Ressourcen notwendig sind. Die Union argumentiert, dies seien „allesamt Fähigkeiten, die die Bundeswehr im Spannungs- und Verteidigungsfall in großem Umfang leisten müsste“ und im Ausland tatsächlich schon leiste. Wer darauf beharrt, es mache einen Unterschied, ob nach Besatzungsrecht serbische Klöster im Kosovo bewacht werden oder mitten im Frieden der Hauptbahnhof in Berlin, dem ruft die Union entgegen: „Es muss endlich Schluss sein mit ideologischen Blockaden“.

Einige der Unions-Forderungen sind bereits umgesetzt: in Form der sogenannten Zivil-Militärischen Zusammenarbeit/ Inland (ZMZ/I), die Teil des „Heimatschutzes“ ist.

Es werden zwar nicht 25.000 Heimatschützer aufgestellt, aber im vorigen Jahr sind Dienstposten für immerhin 5500 Reservisten geschaffen worden. Die Bundeswehr hat sich an die zivilen Verwaltungsstrukturen angeglichen und das ganze Land mit Kommandos überzogen. Auf der unteren Ebene – Landkreise und kreisfreie Städte – agieren 426 Kreisverbindungskommandos, in den Regierungsbezirken 31 Bezirksverbindungskommandos. Sie bestehen aus jeweils 12 Reservisten (angestrebt: vier Stabsoffiziere, drei Offiziere und drei Feldwebel), an ihrer Spitze jeweils ein „Beauftragter der Bundeswehr für ZMZ“. Dieser hat die Aufgabe, bereits im „Grundbetrieb“ den engen Kontakt mit den örtlichen zivilen Katastrophenschutzstäben zu pflegen und ein Büro in der entsprechenden Behörde (Rathaus, Landratsamt, Regierungspräsidium) zu beziehen. Bei Bedarf werden dann die anderen elf Reservisten aktiviert. Sie werden unterstützt durch 32 mobile Regionale Planungs- und Unterstützungstrupps, die zu Beginn von Einsätzen eine Art Starthilfe leisten sollen.

Auf Landesebene sind Landeskommandos in den Hauptstädten der 16 Bundesländer installiert worden, in denen bis zu 90 Soldaten arbeiten. Die Oberhoheit hat das Streitkräfteunterstützungskommando in Köln. Bis zum Jahr 2010 sollen noch 16 ZMZ-Stützpunkte mit besonderen Kapazitäten in den Bereichen Pionierwesen, Sanitätsdienst und ABC-Abwehr hinzukommen, wofür weitere 5000 Reservistendienstposten vorgesehen sind.

Bundesweite Militär-Zivil-Kommandos

Diese Entwicklung läuft auf einen zentralisierten Katastrophenschutz-Apparat unter militärischem Oberkommando hinaus. „Führung aus einer Hand durch die erprobte Struktur der Bundeswehr“ fordert das Konzept der Unionsfraktion. Der erste Schritt zur Zentralisierung ist bereits mit dem vor drei Jahren gegründeten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erfolgt, das zur zentralen Regulierungsstelle werden soll.[17] Es arbeitet eng mit der Bundeswehr zusammen, in seiner Vierteljahreszeitschrift „Homeland Security“ räsonieren regelmäßig Generäle über „Sicherheits“-Fragen und Grundgesetzänderungen. Das Amt bietet gemeinsame Schulungen für ziviles und militärisches Personal und führt die länderübergreifende Katastrophenschutzübungen LÜKEX durch. Im vorigen November wurde eine Grippe-Pandemie simuliert. Diese Übung, so freute sich Schäuble in der abschließenden Presseerklärung, sei ein wichtiger „Beitrag zur Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Schutzmaßnahmen“ gewesen, natürlich unter Beteiligung der ZMZ-Kommandos.

Die Länder treiben die Militarisierung des Katastrophenschutzes voran. Dabei droht die Subsidiarität auf der Strecke zu bleiben. Denn wenn die Bundeswehr permanent in die Arbeit der Zivilbehörden eingebunden ist, steigt unwillkürlich ihr Einfluss. Zivilbehörden neigen bereits jetzt dazu – schon aus Kostengründen – sich zu sehr aufs Militär zu verlassen. Im Bericht eines Arbeitskreises der Innenministerkonferenz vom April 2005 wird gefordert, die Bundeswehr solle ihr gesamtes Potential „für den Schutz der eigenen Bevölkerung im Inland“ einsetzen, und zwar dauerhaft und eigenverantwortlich. Und die Bundesrats-AG „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ forderte im März 2006, zwecks „Planungssicherheit“ dürfe die Unterstützung des Heimatschutzes „nicht nur ‚subsidiär’ erfolgen, sie muss vielmehr zu einer originären Aufgabe der Bundeswehr werden.“

Nun nutzt die Bundeswehr gerne die Möglichkeit zum Imagegewinn, wenn sie sich als professioneller Akteur auf allen Ebenen in Szene setzen kann. Doch derart festlegen wie von den Ländern gefordert will sie sich nicht und erklärt: Für Katastrophenschutz im Inland stehen nur jene Kapazitäten zur Verfügung, „die nicht im Auslandseinsatz gebunden sind.“ Das zeigt, wie riskant der Kurs der Bundesländer ist, beim Katastrophenschutz aufs Militär zu bauen und die warnenden Stimmen aus Feuerwehr und anderen Hilfsorganisationen zu ignorieren.

„Lineare Eskalation“ zum Staatsnotstand

Dass Katastrophenschutzleistungen das Ende der Fahnenstange sein werden, sollte man nicht annehmen. Die ZMZ-Beauftragten der Bundeswehr erhalten regelmäßige Fortbildungen an der Schule für Feldjäger und Stabsdienst der Bundeswehr, unter anderem im Bereich „Alarmierung und Mobilmachung“. Es werden jetzt Strukturen geschaffen, die ausbaufähig sind, um von Hilfseinsätzen zur Repression überzugehen – ähnlich wie bei den Auslandseinsätzen, die mit vorgeschobenen „Hilfs“-Argumenten begannen und bald schon in völkerrechtswidrige Angriffskriege umschlugen.

Der eigentliche Sinn von Grundgesetz-Artikel 87a war, das Einnisten des Militärs in zivile Strukturen zu verhindern. Aber diese alten Regelungen entsprechen offenbar nicht mehr den Bedürfnissen eines Krieg führenden Staates. Wohin die Reise beim Heimatschutz geht, wird vom ehemaligen Bundeswehrjuristen Roman Schmidt-Radefeldt in den „Unterrichtsblättern für die Bundeswehrverwaltung“ folgendermaßen beschrieben: Das Konzept umfasse „einen Schnittmengenbereich zwischen militärischer Verteidigung, zivilem Katastrophenschutz, polizeilicher Gefahrenabwehr und – in einer linearen Eskalation – dem inneren Staatsnotstand.“[18]

Geht es nach Schäuble und Jung, dann wird dieser Staatsnotstand künftig infolge

von Terroranschlägen erklärt. Die Union will den Verteidigungsfall in der Verfassung neu definieren. Das Vorhaben geht zurück auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das im Februar 2006 das Luftsicherheitsgesetz verworfen hatte, weil der Abschuss eines „verdächtigen" Zivilflugzeuges die Menschenwürde der Passagiere verletzen würde. Das will die Union mit der Änderung des Artikel 87a Grundgesetz ändern: Nicht mehr nur bei einem kriegerischen Angriff, sondern bereits bei „sonstigen Angriffen auf die Grundlagen des Gemeinwesens" soll der Verteidigungsfall erklärt werden. In diesem Zusammenhang hat Schäuble von einem „Quasi-Verteidigungsfall" gesprochen[19]. Dieser erlaubt es seiner Logik nach, auch Zivilisten gezielt zu töten. Wie sehr „funktionales" Denken darauf hinausläuft, zentrale Grundwerte in Frage zu stellen, zeigt Schäubles Behauptung: „Ob völkerrechtlicher Angriff oder innerstaatliches Verbrechen, ob Kombattant oder Krimineller, ob Krieg oder Frieden: Die überkommenen Begriffe verlieren ihre Trennschärfe und damit ihre Relevanz."[20] Da ist es nur konsequent, dass Kriegsminister Jung im vorigen September ankündigte, im Zweifelsfall auch ohne Rechtsgrundlage seinen „Alarmrotten" den Abschussbefehl zu erteilen.

Der SPD gehen diese Notstandspläne zu weit. Sie möchte es lieber dabei belassen, das polizeiliche Instrumentarium um militärische Komponenten zu erweitern. Der Hebel soll eine Änderung der Katastrophenhilfe-Bestimmungen des Artikel 35 sein, welcher der Bundeswehr künftig den Einsatz spezifisch militärischer Mittel – also etwa Jagdflugzeuge – erlauben soll. Das wäre ein kleinerer Schritt, aber in die gleiche Richtung.

Amtshilfe und Einsatz

Eine Ahnung vom anvisierten Staatsnotstand vermittelte der Polizei- und Bundeswehreinsatz in Heiligendamm. Wie im „kleinen Belagerungszustand" des Kaiserreiches waren Grundrechte ausgesetzt und die Bundeswehr nahm teils direkte, teils indirekte Polizeimaßnahmen wahr. Die Regierung beharrt indes darauf, die Truppe habe nur technisch-logistische Amtshilfe geleistet, aber keinen „Einsatz" im Sinne des Artikel 87a. Damit steht die Frage im Raum: Was eigentlich unterscheidet einen „Einsatz" von „Amtshilfe"? Im Grundgesetz fehlen Definitionen, aber es gibt wichtige Hinweise in der Fachliteratur.

Die meisten Juristen unterscheiden zwischen einer so genannten „schlichten Verwendung" (Amtshilfe) und dem Ausüben einer „obrigkeitlichen" Tätigkeit (Einsatz). Sobald Soldaten Aufgaben erfüllen, die sonst Polizisten vorbehalten sind, sie also gegenüber zivilen Bürgern Zwang anwenden, leisten sie einen Einsatz. Sandsäcke zum Deich bringen ist eine „schlichte Verwendung", werden jedoch Passanten daran gehindert, den Deich zu betreten, handelt es sich um einen Einsatz. Oder: Aufklärungstornados nach vermissten Kindern suchen zu lassen, ist erlaubt, die Beteiligung der Bundeswehr an der Suche nach Straftätern aber nicht, weil Festnahmen nur die Polizei vornehmen darf.[21]

Nicht nur, wenn die Bundeswehr selbst in Bürgerrechte eingreift, ist sie im Einsatz, sondern bereits dann, wenn sie die Polizei in einer Form unterstützt, die es dieser erst möglich macht, obrigkeitlich zu handeln.

Diese Einsicht ist nicht neu. Bereits in den 80er Jahren lösten Berichte über ein „Amtshilfeabkommen" zwischen Bundeswehr und bayerischer Polizei betreffend der Demonstrationen an der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf heftige Kritik aus. Die Völkerrechtler Ralf Jahn und Norbert K. Riedel hielten fest: „Eindeutig Einsatzqualität besitzt die Zurverfügungsstellung von militärischem Gerät einschließlich der sie bedienenden Soldaten, wie z. B. Aufklärungsflüge von Bundeswehrhubschraubern bei Demonstrationen. Hier wird militärisches ‚know-how' in Anspruch genommen, das seinem Zweck nach innenpolitisch nicht neutral ist."[22] Auch in der Zeitschrift „Bundeswehrverwaltung" ist damals die Unterstützung „durch militärtypische Mittel, wie z. B. Hubschrauber, Mannschaftswagen, Spezialfahrzeuge usw." für verfassungswidrig erklärt worden. Die Bundeswehr müsse sich aus inneren Konflikten heraushalten, um nicht „die von ihr erwartete innenpolitische Neutralität dem ganzen Volk gegenüber" zu verlieren.[23]

In einer neueren Arbeit bestätigt der Jurist Jan-Peter Fiebig, ein Einsatz sei „gegeben, wenn Soldaten Fahrzeuge, insbesondere Luftfahrzeuge, der Streitkräfte [...] zur optischen Überwachung von Großveranstaltungen und deren Umgebung verwenden und etwaige Aufklärungsergebnisse an die für unmittelbar obrigkeitliches Vorgehen vorgesehenen" Polizeistellen weitergeben.[24]

Das lässt sich mühelos auf den G8-Gipfel übertragen. 14mal stiegen die Aufklärungs-Tornados auf, die Polizei konnte sich aus dem Bildmaterial frei bedienen und hat nach offiziellen Angaben 101 Bilder mitgenommen, die meisten von den Protestcamps. Neun Spähpanzer „Fennek" überwachten vor allem nachts mögliche Anfahrtsrouten von Demonstranten und machten bei Verdacht sofort die Polizei aufmerksam. Das macht die Bundeswehr-Tätigkeiten zum Einsatz, für den es – mangels einer Katastrophe – keine Verfassungsgrundlage gab.

Hinzu kommt der Aspekt des so genannten „show of force", also der demonstrativen Präsenz des Militärs. Wenn Soldaten in großen Gruppen auftreten, ist aus Bürgersicht „kein anderer Schluss möglich, als derjenige, dass diese Soldaten dort als Ordnungskräfte eingesetzt sind und zur Aufrechterhaltung der Ordnung [...] notfalls Gewalt und eben auch Waffengewalt anwenden werden", schreibt Fiebig. Das stelle „aufgrund des Eindrucks, der bei den Anwesenden erzeugt wird", die „Ausübung von Zwang" dar.[25]

Ein Blick zurück auf Heiligendamm: Bis zu 640 Feldjäger mit Pistolen oder dem Maschinengewehr G36 waren in der ganzen

BW-Hubschrauber über den Demonstrationen zum G8-Gipfel in Heiligendamm, Juni 2007, Foto: Michael Schulze von Glaßer

Region unterwegs, mehrfach in der Nähe der Protestcamps. Dass sich Demonstranten hiervon nichts Gutes versprachen und annehmen mussten, die Feldjäger würden einschreiten, wenn man – trotz Demonstrationsverbot – demonstrieren ginge, liegt auf der Hand, weswegen auch hier ein verfassungswidriger „Einsatz" vorliegt.

Reaktion rüstet sich

Tatsächlich nehmen, wie von der Union behauptet, Soldaten im Ausland bereits Polizeiaufgaben wahr. Feldjägereinheiten üben beharrlich „Crowd and Riot Control", sprich Aufstandsbekämpfung bzw. die Niederschlagung von Demonstrationen. Dazu erhalten sie auch die entsprechende Ausrüstung – Abwehrschilde, Pfefferspray. In Afghanistan sind Feldjäger gar als Ausbilder für afghanische Polizisten tätig.

Den umgekehrten Weg gibt es auch: Polizisten verstärkt in Kriegs- und Krisengebiete zu schicken. Die EU hat schon vor Langem die Schaffung eines 5000 Mann starken gemeinsamen Pools aus Polizeibeamten beschlossen, aus dem bei Bedarf rekrutiert wird, um militärische Einsätze zu flankieren. Parallel dazu wurde die European Gendarmerie Force gegründet, ein Verbund aus paramilitärischen Einheiten, der explizit solche Operationen durchführt, die irgendwo zwischen Kriegs- und Polizeieinsätzen liegen. Deutsche Polizisten beschränken sich bislang noch überwiegend darauf, Ausbildungsmaßnahmen und sonstige, beratende Tätigkeiten auszuführen, aber auch dabei zeichnen sich Änderungen ab. Die Bundespolizei baut Hundertschaften für Auslandseinsätze auf, der Chef der Gewerkschaft der Polizei hat angeregt, dafür auch schwere MGs anzuschaffen, und in der Bundesregierung wird überlegt, Bundespolizisten künftig zum Auslandseinsatz verpflichten zu können, statt wie bisher nur auf Freiwillige setzen zu müssen.

Seit mindestens fünf Jahren stellt die deutsche Militärdoktrin Inlandseinsätze in Aussicht - „im Rahmen der geltenden Gesetze", den die Regierungsparteien erweitern wollen. Bis sie soweit sind, laborieren Innen- und Verteidigungsminister am Rand der Verfassung bzw. übertreten ihn, wie in Heiligendamm. Gleichzeitig ist in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg der „Amtshilfeleistungen" zu verzeichnen: Von einem pro Jahr auf zehn, wie die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Ulla Jelpke (LINKE) mitteilte.[26] Wenn auch die parlamentarische Kontrolle heute besser ausgeprägt ist als im Kaiserreich und der Weimarer Republik, effektiv kann man sie kaum nennen. Beim G8-Gipfel wurde der Bundestag nach Strich und Faden getäuscht, und „Amtshilfe"-Einsätze sind weder zustimmungs- noch berichtspflichtig.

Wozu das Ganze? Bangen die Herrschenden tatsächlich um ihre Macht?

Die Frage ist müßig. Als 1968 die Notstandsgesetze eingeführt wurden, sprachen die Konservativen ständig von möglichen Aufständen und Revolutionen. Sie gaben zu, dass es keinerlei Anzeichen dafür gebe, aber man könne ja nie wissen und müsse stets vorbereitet sein. Auch heute ist eine Revolution nicht in Sicht, doch die Hetztiraden, denen wochenlang die Lokführer der GDL ausgesetzt waren, erinnern daran, dass Militäreinsätze in Deutschland immer schon im Dienste der Reaktion standen.

Die Linken hatten 1968 vor allem Sorge vor einem möglichen Putsch der Bundeswehr. Heute geht die größte Gefahr für die Demokratie wohl von Regierungspolitikern aus, die bei jeder Gelegenheit zentrale Grundrechte in Frage stellen und sich auf eine Generalität stützen können, die Befehle völlig kritiklos ausführt.

Schließlich sei die Bundeskanzlerin zitiert, die einige Monate vor ihrem Amtsantritt, auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2005, klare Worte gesagt hat:

„Die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen zunehmend. Internationale Einsätze unter Beteiligung Deutschlands und Heimatschutz sowie Einsatz der Bundeswehr im Innern sind deshalb zwei Seiten ein und derselben Medaille."

Anmerkungen

[1] Wolfgang Grubert, Verteidigungsfremde Verwendungen der Streitkräfte in Deutschland seit dem Kaiserreich außerhalb des inneren Notstandes, Frankfurt am Main 1997, S. 133.
[2] Grubert, S. 56.
[3] Pannkoke, Jörg: Der Einsatz des Militärs im Landesinnern in der neueren deutschen Verfassungsgeschichte, Münster 1998, S. 64f.
[4] Vorangegangene Zahlen und Zitate: Peter Bachmann/Kurt Zeisler, Der deutsche Militarismus vom 17. Jahrhundert bis 1917. Illustrierte Geschichte, Köln 1986, S. 296ff.
[5] Grubert, S. 77.
[6] Grubert, S. 75.
[7] Beleg z. B. bei Grubert, S. 75.
[8] Bundestagssitzung vom 2 Oktober 1955.
[9] Bundestagssitzung vom 16. 5 1968.
[10] Kuhlmann: Protokoll des Notstandshearings am 30. 11. 1967, Ridder: Hearing vom 9. 11. 1967.
[11] Pannkoke, S. 201.
[12] Zahlreiche Belege, z. B.: Erwin Beckert, Die hoheitlichen Befugnisse der Bundeswehr, in: Bundeswehrverwaltung, Oktober 1983.
[13] Zit. nach Pannkoke, S. 256.
[14] Süddeutsche Zeitung, 14. 1. 1996.
[15] Vortrag am 29. 11. 2006. www.baks.bundeswehr.de.
[16] Ausführlicher hierzu: Christoph Marischka: Rüsten für den globalen Bürgerkrieg, AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Oktober 2007).
[17] Antwort auf eine Anfrage der FDP, Bundestagsdrucksache 16/6867.
[18] Roman Schmidt-Radefeldt, Innere Sicherheit durch Streitkräfte, in: Unterrichtsblätter für die Bundeswehrverwaltung, 5/2006.
[19] Süddeutsche Zeitung, 1. 1.2007.
[20] Tagesspiegel, 5. Januar 2007.
[21] Wolfgang Speth: Rechtsfragen des Einsatzes der Bundeswehr unter besondere Berücksichtigung sekundärer Verwendungen, München 1985, S. 188.
[22] Die Öffentliche Verwaltung, November 1988. Weitere Belege für diese Rechtsauffassung u. a. in der Neuen Zeitschrift für Wehrrecht, 1973, S. 2-13.
[23] Erwin Beckert, Bundeswehr und Polizei, Bundeswehrverwaltung, Juli 1986.
[24] Jan-Peter Fiebig, Der Einsatz der Bundeswehr im Innern, Berlin 2004, S. 192.
[25] Fiebig, S. 178f.
[26] Bundestagsdrucksache 16/6159.

Anzeige

WIDERSPRUCH 53

Beiträge zu sozialistischer Politik

Weltordnung, Kriege und Sicherheit

Nukleare Abschreckung; Mittlerer und Naher Osten; Militärmacht EU, Bundeswehr in Afghanistan und Völkerrecht; Schweiz: Gesamtverteidigung, Rüstungsindustrie, Sicherheits- und Friedenspolitik; Geschlechterordnung und Militärgewalt; Terrorismusbekämpfung, Justiz, Feindstrafrecht und Folter

D. Senghaas, M. Massarat, Th. Roithner, N. Paech / K. Seifer, R. Moosmann / J. Lang, A. Cassee / T. Cassee, R. Gysin, B. Degen, R. Seifert, S. Krasmann, H. Busch, V. Györffy

Diskussion

R. Kurz: Rüstungsdollar und US-Militärmaschine
J. Wagner: Neoliberaler Kolonialismus
J. Wissel: Neuer Imperialismus
K. Majchrzak: H. Arendts Imperialismus-Kritik
N. Levine / F.O. Wolf: Kapital-Lektüren

232 Seiten, € 16.– (Abonnement € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH - 8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Deutschlands Kampf um den letzten Tropfen

Militärische Rohstoffsicherung und die kommenden Kriege

von Jürgen Wagner

Mit der Transformation der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz" hat auch die Fähigkeit und die Bereitschaft deutlich zugenommen, deutsche Interessen militärisch durchzusetzen (siehe den Beitrag von Tobias Pflüger). Dies gilt auch und gerade für den Bereich der Rohstoffversorgung, der immer weiter ins Zentrum der Strategie- und letztlich Kriegsplanung rückt.[1]

Bezeichnend ist dabei, dass dieser „Ressourcenimperialismus" selbst in den Massenmedien mit Hinblick auf Washingtons Politik teilweise durchaus kritisiert wird, man gleichzeitig auf dem deutschen Auge aber völlig blind ist. Aus diesem Grund soll in diesem Beitrag zunächst beschrieben werden, welche Faktoren für diese Aufwertung militärischer Rohstoffsicherung verantwortlich sind. Besonders hervorgehoben wird dabei die Rolle der Wirtschaft, insbesondere des „Bundes Deutscher Industrieller" (BDI). Anschließend wird dargestellt, dass nicht nur die Absicherung der Energieversorgung, sondern der Nachschub mit sämtlichen Rohstoffen innerhalb Deutschlands in den letzten Jahren aufgewertet wurde und wie sich dies auf die Ausrichtung und Praxis der Bundeswehr niederschlägt. Die Relevanz der Rohstofffrage zeigt sich dabei nicht zuletzt darin, dass sie augenblicklich im Mittelpunkt neuer Blockformierungen steht, wie abschließend aufgezeigt werden soll.

1. Eckdaten der Energiekrise

Energie - Öl und zunehmend auch Gas - ist Macht, wofür drei Faktoren maßgeblich verantwortlich sind. *Erstens* ist eine gesicherte Energieversorgung für jede Industrienation von entscheidender *ökonomischer Bedeutung*. Jede gravierende Unterbrechung der Energiezufuhr hat nahezu automatisch gravierende wirtschaftliche Negativeffekte zur Folge: „Wer also die Leistungsfähigkeit seiner Volkswirtschaft langfristig absichern will, muss ein Interesse an einer Absicherung einer preisgünstigen, ausreichenden und zuverlässigen Energieversorgung haben."[2] *Zweitens* ist vor allem Öl von *militärischer Relevanz*: „Seit der Einführung ölgetriebener Kriegsschiffe am Beginn des 20. Jahrhunderts, wird Petroleum als essenziell für Erfolge im Krieg betrachtet."[3] Und schließlich leitet sich *drittens* aus den beiden zuvor beschriebenen Faktoren die immense *strategische Bedeutung* der Energieversorgung ab. Denn wer über die Kontrolle von Rohstoffen verfügt, kann anderen Staaten im Konfliktfall buchstäblich den Saft abdrehen.[4] Daniel Yergin, der Verfasser der umfassendsten Chronik des Öls, fasste dessen Bedeutung für die modernen Industriegesellschaften folgendermaßen zusammen: „Die Kontrolle des Öls oder zumindest der Zugang zu ihm, war immer ein großes strategisches Ziel. Das Öl erlaubt den Nationen, Besitz anzusammeln, ihre Wirtschaft anzutreiben, Güter zu produzieren und zu verkaufen, Waffen zu kaufen oder herzustellen, Kriege zu gewinnen."[5]

Während diese Aspekte nicht neu sind, tragen drei Faktoren maßgeblich dazu bei, dass der militärischen Rohstoffsicherung nicht nur in den USA, sondern auch in der Europäischen Union und speziell in Deutschland immer größere Bedeutung zukommt.

a) Eine dramatisch steigende Nachfrage

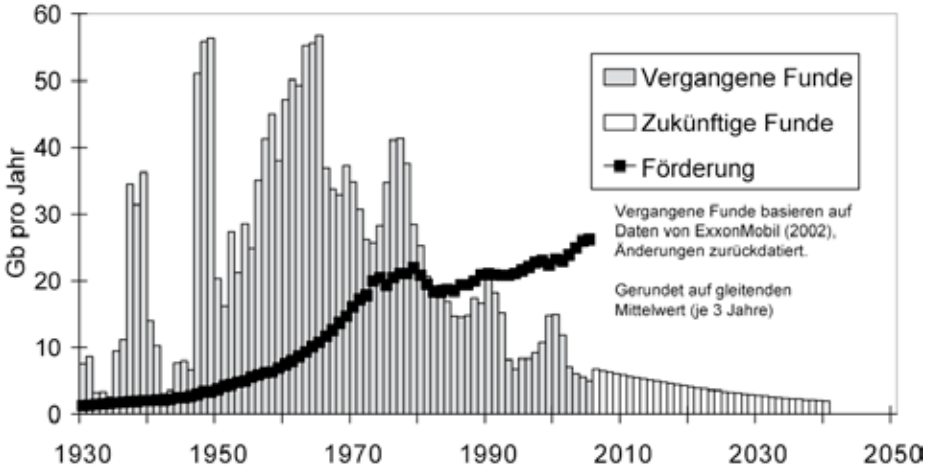
Angaben der Internationalen Energiebehörde (International Energy Adminstration, IEA) der OECD zufolge, wird sich der weltweite Ölbedarf von gegenwärtig 84 Millionen Barrel pro Tag (mb/d) auf 99 mb/d im Jahr 2015 erhöhen und bis 2030 weiter auf 116 mb/d ansteigen (ähnliche Steigerungsraten werden für den Gasbereich erwartet).[6]

b) Knappheit, Versorgungsengpässe und längerfristige Erschöpfung

Dieser steigende Verbrauch an sich wäre - abgesehen von Umweltaspekten - nicht Besorgnis erregend. Umso mehr aber die Tatsache, dass die derzeitige Reichweite der gesicherten Vorkommen (bei gleich bleibendem Verbrauch) etwa 40 Jahre (Gas: 63 Jahre) beträgt.[7] Denn gravierende Versorgungsengpässe werden schon lange vor der totalen Erschöpfung einsetzen, nämlich dann, wenn die globalen Vorkommen zur Hälfte abgebaut wurden. Spätestens von diesem Zeitpunkt an geht es auch mit der weltweiten Öl- und Gasproduktion stetig bergab - wohlgemerkt bei einer gleichzeitig rapide steigenden Nachfrage. Strittig ist allein, wann dieser „Höhepunkt" (peak) erreicht ist. Während „Optimisten", meist Politiker und Personen aus der Wirtschaft, glauben, aufgrund immer neu entdeckbarer Vorkommen, technischer Innovationen, Einsparungen bzw. Effizienzsteigerungen, Substitution mit anderen Energieträgern und Ähnlichem liege der peak in weiter Ferne, sehen die meisten Geologen die Sache deutlich pessimistischer.[8]

Ihre Argumente sind stichhaltig: Während sich viele Ölfelder ihrem Ende zuneigen, wurde zudem seit 1976 kein so genannter „Elefant" (ein Ölfeld mit mehr als 1 mb/d) entdeckt. „Vor dem Hintergrund der in den letzten drei Jahren drastisch gestiegenen Ölpreise mehren sich die Zweifel, dass Erdöl auch in Zukunft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen wird. [Es] sind bereits über 37 Prozent des erwarteten Gesamtpotenzials an konventionellem Erdöl verbraucht und unseren Berechnungen zufolge ist das Maximum der Förderung zwischen 2015 und 2020 erreicht", so die Schlussfolgerung von Hilmar Rempel von der staatlichen „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe" (BGR).[9] „Was dann passiert kann man sich ausrechnen", erläuterte EU-Energiekommissar Andris Piebalgs in einer Rede Anfang 2008. „Bis jetzt war die Ölproduktion imstande – mit Mühe, wie wir in den letzten Jahre gesehen haben – mit der Nachfrage schritt zu halten. Sobald wir das Ölförderungsmaximum erreichen, wird die Ölförderungsrate anfangen zu fallen, während die Nachfrage natürlich weiter steigen wird."[10]

Vor diesem Hintergrund ist die Schlussfolgerung der Internationalen Energiebehörde ebenso folgerichtig wie dramatisch: „Die Bedrohung der weltweiten Versorgungssicherheit ist real und nimmt weiter zu. Wird der Anstieg des Öl- und Gasverbrauchs nicht eingedämmt, erhöht sich die Anfälligkeit der Verbraucherländer im Fall einer schwerwiegenden Versorgungsstörung und eines damit verbundenen Preisschocks."[11] Spätestens zu diesem Zeitpunkt soll das Militär zum letzten Garanten der Energiezufuhr werden: „Der Markt kann hier gar nichts richten. Auch wenn der Preis in die höchsten Höhen getrieben wird, und das wird der Fall sein, dann reicht die Ölmenge gemessen an den erklärten Bedürfnissen natürlich dennoch nicht aus. Wo das Geld seine Rolle als Moderator von Angebot und Nachfrage nicht mehr spielen kann, bleibt in der kapitalistischen Logik nur noch das Medium der Waffen, in diesem Fall der möglichst totalen militärischen Kontrolle von Sicherung und Vermarktung der heutigen Hauptenergieträger Öl und Gas."[12]



Quelle: Association for Peak-Oil-Studies

c) Machtverschiebung durch wachsende Importabhängigkeit

Dieser brisante Mix aus sinkenden Vorkommen und wachsender Nachfrage wird zusätzlich dadurch verschärft, dass sich der Löwenanteil der verbleibenden Energiereserven auf immer weniger nicht-westliche Länder konzentriert. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, dass sich die Vorkommen der Europäischen Union (und der USA) rapide dem Ende zuneigen, was zu einer steigenden Importabhängigkeit führt, wie ein gemeinsames Papier des Wirtschafts- und Außenministeriums bestätigt: „Es ist davon auszugehen, dass das Nordseeöl in den nächsten Jahrzehnten zur Neige gehen wird. [...] Dies bedeutet, dass Deutschland verstärkt auf Öl aus Russland, dem Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika, dem Raum des Kaspischen Meers und Afrika südlich der Sahara zurückgreifen muss."[13]

Dies ist für die Sicherheitspolitiker u.a. deshalb problematisch, weil viele Energieproduzenten - häufig nicht zuletzt aufgrund westlicher Einmischungen - als instabil gelten, weshalb verhindert werden muss, dass regionale Konflikte den kontinuierlichen Energiezufluss bedrohen könnten. Andererseits hat die Verknappung und die Konzentration des Angebots zu einer massiven Machtverschiebung weg von den energiekonsumierenden Staaten hin zu den Produzenten geführt. Diese gilt es unter allen Umständen zu konterkarieren, will man nicht politisch „erpressbar" werden, wie es im Strategendeutsch heißt. Auf die sicherheits- bzw. militärpolitischen Schlussfolgerungen, die für die Bundeswehr aus dieser Konstellation abgeleitet werden, wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen. Zuvor soll hier jedoch auf die nicht unwesentliche Rolle der deutschen Industrie in diesem Zusammenhang eingegangen werden.

2. Die Rolle des Bundes Deutscher Industrieller

Wie bereits erwähnt, setzt sich insbesondere der BDI dafür ein, die Absicherung der deutschen Rohstoffzufuhr zunehmend auch als (militär-)politische Aufgabe zu verstehen. Hierin bestand die Kernforderung des ersten BDI-Rohstoffkongresses im Jahr 2005, einem mit erheblichem Aufwand betriebenen Treffen zwischen Vertretern der Wirtschaft und der (Sicherheits-)Politik: „Politische Instabilität der Rohstoffförderländer, politisch motivierte Lieferausfälle oder Lieferunterbrechungen sowie Verstaatlichungen von Rohstoffbetrieben in manchen Förderländern können durch unternehmerische Instrumente, wie z. B. Lieferantendiversifikation der Rohstoffabnehmer, allein nicht kompensiert werden. [...] Dies ist Grund genug zur Befassung der Außen- und Sicherheitspolitik mit den Problemen der Rohstoffversorgung."[14] Die „Befassung der Außen- und Sicherheitspolitik mit den Problemen der Rohstoffversorgung" bedeutet in diesem Zusammenhang nichts anderes, als in verklausulierter Form den Einsatz der Bundeswehr zu fordern, sollte die Versorgungssicherheit dies erfordern.[15] Als Schlussfolgerung aus dem ersten Rohstoffkongress wurde noch im Jahr 2005 die BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen" gegründet, die sich mit Fragen der Versorgungssicherheit beschäftigt und inzwischen in einen eigenen Ausschuss „Rohstoffpolitik" überführt wurde.

Der Grund, weshalb diesem Thema soviel Prominenz eingeräumt wird, liegt einerseits darin, dass sich auch die Industrie davor sorgt, dass Konflikte in den Förderländern den ohnehin extrem angespannten Weltmarkt vollends zum Kollabieren bringen: „Würden die Lieferungen aus einem wichtigen Förderland ausbleiben, hätte dies starke Auswirkungen auf die internationalen Rohstoffmärkte."[16] Andererseits führt der gestiegene Wettbewerb insbesondere mit China auch ohne einen solchen Gau zu dramatisch steigenden Preisen. Dies gilt nicht allein für Öl und Gas, sondern betrifft auch nicht-energetische Rohstoffe: „Der Rohstoffindex des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs weist aus, dass die Preise von Anfang 2003 bis Ende 2006 insgesamt um über 80 Prozent gestiegen sind. Kletterte der Preis von Rohöl zwischen Anfang 2003 und Ende 2006 um 100 Prozent, so verdoppelte sich auch derjenige für Eisenerz und Stahlschrott und der für NE-Metalle stieg um über 128 Prozent. Der Preis einzelner Metalle verfünffachte sich sogar."[17] Konkret beziffert der BDI die hierdurch verursachten „Zusatzkosten" für die deutsche Wirtschaft auf beachtliche 89 Mrd. Euro, was zum Verlust von 140.000 Arbeitsplätzen geführt und das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um 0,4 % gemindert habe. Hierdurch seien die Unternehmensgewinne und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne massiv gemindert worden.[18]

3. Öl ist nicht alles - es gibt auch noch Coltan, Zink, Kupfer...

Innerhalb des BDI spielt in diesem Zusammenhang die „Wirtschaftsvereinigung Metalle" (WVM) eine zentrale Rolle, was zusätzlich darauf hindeutet, dass von Industrieseite die Frage der Rohstoffsicherheit weit darüber hinausgeht, allein die Zufuhr von Öl und Gas zu gewährleisten: „Die Frage der Verfügbarkeit von Rohstoffen ist gerade für die Unternehmen der NE-Metallindustrie von existenzieller Bedeutung. [...] Zur Erreichung dieses Zieles engagiert sich die WVM intensiv sowohl im Rahmen ihrer ‚Task Force Rohstoffe' als auch insbesondere bei der auf maßgebliche Initiative der WVM hin ins Leben gerufenen ‚Präsidialarbeitsgruppe Internationale Rohstofffragen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)'. Deren Ziel ist es, gemeinsam mit der Bundesregierung *eine Rohstoffstrategie zu entwikkeln, die die Rohstoffverfügbarkeit sichert."*[19]

„Rohstoffsicherheit heißt nicht nur eine sichere Versorgung unserer Wirtschaft mit Öl und Gas, sondern auch mit metallischen Rohstoffen wie Kupfer, Zink, Nickel und Wolfram", so BDI-Chef Jürgen Thumann. „Ein Großteil der Produkte, mit denen Deutschland auf den Weltmärkten erfolgreich ist, basiert auf metallischen Rohstoffen. Die deutsche Wirtschaft ist bei diesen Rohstoffen fast zu 100 Prozent von Importen abhängig und auf freie Rohstoffmärkte angewiesen. Leider sind die Märkte aber nicht frei."[20] Noch plastischer fasste

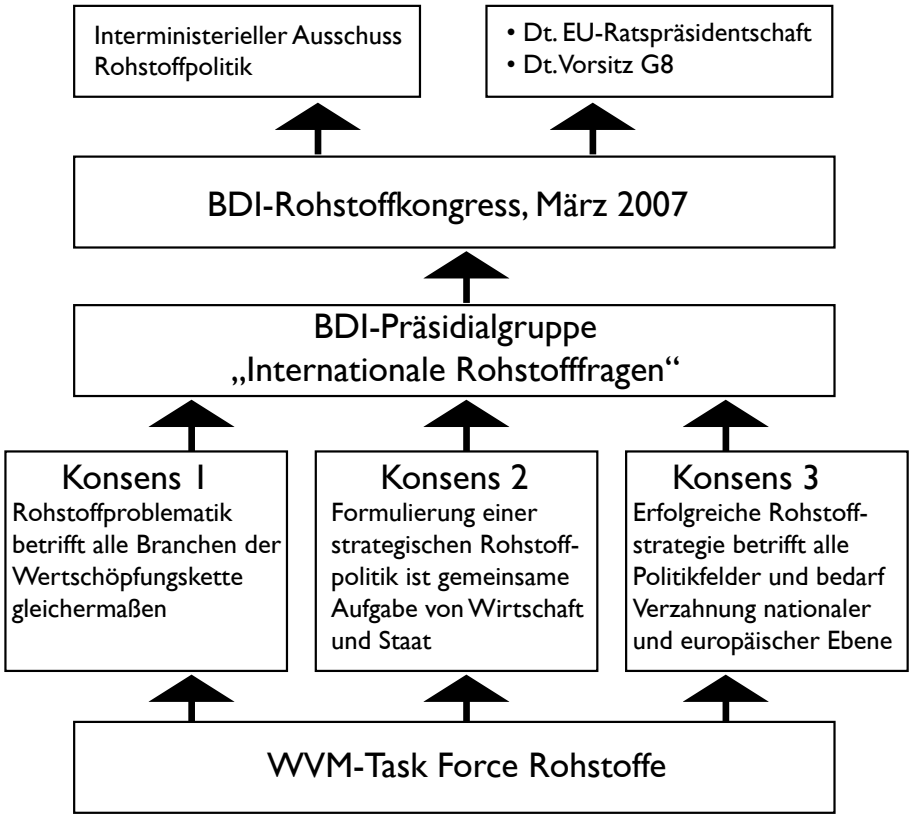
Ulrich Grillo, Leiter der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen", die Bedeutung nicht-energetischer Rohstoffe zusammen: „Wenn uns das Benzin ausgeht, bleiben die Autos stehen. Wenn uns aber die metallischen Rohstoffe fehlen, werden überhaupt keine Autos mehr gebaut."[21]

4. Vernetzte Rohstoffsicherung

Dass Rohstoffsicherung innerhalb der deutschen Politikplanung eine zentrale Rolle zukommt, steht außer Frage. Hierfür sollen künftig unter dem Stichwort der „Vernetzten Sicherheit" sämtliche zur Verfügung stehenden Kapazitäten - von der Diplomatie über die Entwicklungshilfe bis hin zum Militär - ausgerichtet werden. Schon in der entsprechenden Passage des Schwarz-Roten Koalitionsvertrags stand diesbezüglich: „Wir beabsichtigen, eine umfassende Strategie zur Energiesicherheit zu entwickeln, damit die Energieversorgung Deutschlands und Europas auch langfristig gesichert ist."[22]

Auch in diesem Bereich erweist sich der BDI einmal mehr als wichtiger Antreiber. So bestand eine Kernforderung des 2. Rohstoffkongresses im März 2007 in der Einrichtung eines „Interministeriellen Ausschusses Rohstoffpolitik", „der die politischen Kräfte bündelt und sich der Anliegen der Industrie annimmt. Seine Einsetzung wäre ein klares politisches Signal für die strategische Bedeutung der Rohstoffsicherheit des Wirtschaftsstandortes Deutschland."[23] Ziel dabei ist es, sämtliche Ministerien auf die Absicherung der deutschen Energieversorgung als vorrangige Aufgabe ihrer Tätigkeit zu verpflichten. Mitte 2007 wurde dieser Ausschuss tatsächlich eingesetzt, was von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit folgenden Worten in Richtung der Industrie kommentiert wurde: „Sie erhalten das, was Sie sich gewünscht haben, nämlich ein Forum, in dem Sie Ihre Sorgen und Initiativen mit den politischen Akteuren vernetzen können."[24]

Ein Bereich, der besonders vor den Karren der Wirtschaftsinteressen gespannt werden soll, ist die Entwicklungshilfe. Mit die wichtigsten Vordenker der „Vernetzten Rohstoffsicherung" sind der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Christian Ruck und Christian Schmidt, seines Zeichens Staatssekretär im Verteidigungsministerium: „Die Destabilisierung bestimmter Entwicklungs- und Schwellenländer kann das internationale Wirtschafts- und Finanzgeschehen und unsere Interessen als Exportnation negativ tangieren. [...] In grundlegende politische Entscheidungen zu Fragen auswärtiger Politik sollten stets unsere nationalen Interessen einfließen.



Quelle: Norddeutsche Affinerie AG – Das führende Kupferunternehmen Europas: Kongress Länderrisiken 2007 Workshop 5: Rohstoffe – Umgang mit Preisrisiken, Hans-Gerhard Hoffmann Geschäftsbereichsleiter NA-Recycling, www.laenderrisiken.de

Dies gilt nicht nur für militärische Einsätze, sondern sollte auch auf unser entwicklungspolitisches Engagement ausgedehnt werden. [...] Hierfür muss die Bundesregierung [...] endlich die Interessenlage unseres Landes im Hinblick auf die zukünftige Verknüpfung unserer Sicherheits- und Entwicklungspolitik eindeutig definieren. Deshalb ist es höchste Zeit für die Entwicklung einer nationalen Gesamtstrategie. Diese sollte Antworten darauf finden, welche Weltregionen für die Abwehr von Gefahren für unsere äußere und innere Sicherheit eine zentrale Rolle spielen;
- der Ausgangspunkt eines besonders hohen Bedrohungspotentials sind;
- der Ursprung von Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte sind;
- für die Steigerung von Deutschlands politischem und wirtschaftlichem Stellenwert in der Welt von besonderer Bedeutung sind;
- für den Zugang zu den für unsere Wirtschaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen besonders wichtig sind;
- und für die Sicherung unserer Energieversorgung eine wesentliche Rolle spielen."[25]

Mittlerweile gewinnen derartige Instrumentalisierungsversuche zunehmend an Boden. So wurde eine Rohstofffokussierung der Entwicklungshilfe in etwas verklausulierter Form Ende 2006 in ein Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion übernommen: „Energie- und Entwicklungspolitik müssen stärker miteinander verzahnt werden. Die Entwicklungspolitik muss als eigenständiges und nachhaltiges Element in eine umfassende und langfristig angelegte Energieversorgungspolitik im eigenen Interesse einbezogen werden."[26] Auch die „Rohstoffstrategie der Bundesregierung" vom März 2007 betont, man müsse „Rohstoffpolitische Ansätze in der Entwicklungspolitik stärken".[27]

5. Die „Normalisierung" deutscher Rohstoffsicherungspolitik

Spätestens mit der Veröffentlichung des „Weißbuchs der Bundeswehr" im Oktober 2006 wurde aber deutlich, dass die Absicherung der Rohstoffversorgung mehr und mehr als militärische Aufgabe erachtet wird: „[Deutschland ist] in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig. [Deshalb] muss die Sicherheit der Energieinfrastruktur gewährleistet werden."[28] In den Medien, wie bspws. in der „Welt", wurde dies als begrüßenswerte „Normalisierung" der deutschen Sicherheitspolitik kommentiert: „Die Feststellung, die Bundesregierung werde zur Wahrung ihrer Interessen auch militärische Mittel einsetzen, ist nur konsequent. Und mit der Formulierung, dass sich die Regie-

rung besonders jenen Regionen zuwenden werde, in denen Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, begibt sich Deutschland endlich auf gleiche Augenhöhe mit anderen Ländern, in denen dieses Verhalten eine Selbstverständlichkeit ist."[29]

Was dies genau für das Aufgabenfeld der Bundeswehr bedeutet, erläuterte Rudolf Adam, Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, der seinen Vortrag auf der Fachtagung „Verfügbarkeit von Rohstoffen" der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen" mit folgenden Worten beendete: „Energieversorgung ist eine viel zu ernste Sache, um sie allein den Unternehmern und Marktwirtschaftlern zu überlassen." Vor dem Hintergrund knapper werdender Energievorkommen und zunehmenden Auseinandersetzungen nicht nur mit den Förderländern, sondern auch zwischen den energiehungrigen Großmächten, gehe es für Deutschland nun prioritär um die „langfristige Sicherung von politisch-ökonomischen Zugriffsmöglichkeiten." Hierfür teilt der Bundeswehrstratege die Rohstoffproduzenten in zwei Risikokategorien ein. Einmal gelte es sicherzustellen, dass diese sich als „*lieferfähig*" erweisen: „Das bedeutet, dass in den Förderländern ein Minimum öffentlicher Ordnung herrscht. Ein Land im offenen Bürgerkrieg oder mit einer namhaften Rebellenbewegung wird sich schwer tun als zuverlässiger Lieferant. Wenn die Transportrouten blockiert sind, erlischt ebenfalls die Lieferfähigkeit." Zum zweiten sei es aber auch notwendig, die „*Lieferwilligkeit*" sicherzustellen, also, dass die Produzenten sich „von rationalen ökonomischen Motiven leiten lassen und nicht von politischen Anti- oder Sympathien."[30]

Bezeichnend für den weit gehenden Konsens zwischen Wirtschaft und Militär ist, dass der BDI diese Bedrohungsanalyse nahezu wortwörtlich übernommen hat: „Doch die Risiken gehen über die Frage der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Förderländer hinaus. Neben der *Lieferfähigkeit* der Förderländer, die voraussetzt, dass ein Minimum an öffentlicher Ordnung herrscht, ist auch die Lieferwilligkeit ein wichtiger Faktor. Bei der *Lieferwilligkeit* einzelner Staaten spielen neben ökonomischen Motiven auch politische Sympathien eine bedeutsame Rolle."[31] So besehen verwundert es nicht, dass die konkrete Militärplanung sich an diesen Vorgaben orientiert, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

6. Liefer(un)fähigkeit: Die militärische Gewährleistung der Energiezufuhr

In seinem Beitrag auf dem 1. BDI-Rohstoffkongress 2005 räumte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder offen ein, dass die „Stabilisierung" energiereicher Länder eine vordringliche Aufgabe darstellt: „Für eine verlässliche und bezahlbare Rohstoffversorgung brauchen wir sichere und politisch stabile Lieferländer. Es geht dabei vor allem um die Stabilisierung fragiler Regionen und vom Zerfall bedrohter Staaten."[32] Vor dem Hintergrund dieser und vieler weiterer Aussagen (s.u) muss die zunehmende Fokussierung der Bundeswehr auf derartige „Stabilisierungseinsätze" auch als Ergebnis der gestiegenen Bedeutung der Rohstoffsicherheit verstanden werden.

a) Nicht-energetische Rohstoffsicherung: Das Beispiel Kongo

Ein Beispiel dafür, dass Rohstoffeinsätze über den Energiebereich hinausreichen, ist die EU-Mission EUFOR RD Congo von April bis November 2006. Offiziell hatten die 2.000 Soldaten, darunter allein 780 Deutsche, „den Auftrag, die Wahlen zu sichern", wie die Homepage der Bundeswehr betont.[33] Da Joseph Kabila sich in seiner Zeit als - nicht gewählter - Übergangspräsident primär dadurch hervortat, den immensen Rohstoffreichtum des Kongo (u.a. große Mengen an Coltan, Kupfer und Kobalt) an westliche Konzerne zu verschleudern[34], liegt aber der Verdacht nahe, dass die EUFOR-Truppen als „Rückversicherung" stationiert wurden, um eine nunmehr demokratisch legitimierte Machtübernahme Kabilas gegebenenfalls militärisch abzusichern, sollte sein Herausforderer Jean-Pierre Bemba den durchaus umstrittenen „Wahlprozess" nicht akzeptieren: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft", betonte denn auch Verteidigungsminister Franz-Josef Jung.[35]

Als weiteres Motiv für das große Engagement kommt im Kongo noch hinzu, dass das Land mit seiner Größe und seinem Rohstoffreichtum eines der Schlüsselländer für das erklärte EU-Ziel darstellt, den chinesischen (und amerikanischen) Einfluss in Afrika zurückzudrängen.[36] Ganz offensichtlich ist auch der Kongo-Einsatz in diesem Zusammenhang zu sehen, wie ein Beitrag in der „Financial Times Deutschland" verdeutlicht: „Der schwarze Kontinent ist unser Hinterhof. Dort sind auch die Ressourcen zu finden, die wir in Zukunft für unsere eigene wirtschaftliche Entwicklung brauchen. Die Chinesen haben das erkannt, sie kämpfen in Afrika schon längst um Öl-Lizenzen, bauen Straßen und Eisenbahnlinien. Die EU kann es sich nicht erlauben, im Kongo zu scheitern. Deswegen muss sie klotzen, nicht kleckern: Nicht 1000 Soldaten müssen nach Kongo, sondern 10000 oder mehr."[37] Mit beeindruckender Deutlichkeit brachte Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützle das Ganze auf den Punkt: „Im Kongo ist das Problem, dass der Öffentlichkeit von der Bundeskanzlerin nicht gesagt worden ist, worum es eigentlich geht. Das konnte man in Paris sehr deutlich hören. In Paris hat man gehört, wir können Afrika nicht China und den Vereinigten Staaten überlassen, Punkt! [...] Da man das aber [in Deutschland] eigentlich nicht sagen wollte, hat man dann die Erfindung mit der Wahl gemacht."[38] Obwohl man in den meisten Fällen mit den USA eng im Bereich der Rohstoffsicherung gegen Russland, China und die OPEC-Staaten zusammenarbeitet, spielt sich demzufolge selbst diese Kooperation durchaus in einem Konkurrenzverhältnis ab (siehe hierzu weiter unten).

b) Seeseitig Rohstoffsicherung: Die Rolle der Marine und das Beispiel OEF

Besondere Aufmerksamkeit kommt mittlerweile dem Schutz von Pipeline- und insbesondere Tankerrouten zu, weshalb die deutsche Marine derzeit massiv aufgerüstet wird. Zentral hierbei ist die Kontrolle der wichtigsten Engpässe, wie Kanzleramtsminister Thomas de Maizière betont: „Von großer Bedeutung ist hier vor allem die Beobachtung und Analyse der sogenannten Chokepoints, d.h. der Nadelöhre für die internationale Seeschifffahrt, die insbesondere für die Ölversorgung eine herausragende Rolle spielen."[39]

Dass zur Kontrolle dieser Routen der Einsatz der Bundeswehr explizit vorgesehen ist bzw. bereits erfolgt, verdeutlicht Eckart von Klaeden, der Außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Es steht völlig außer Frage, dass für die Bundeswehr auch die Sicherung von Handelswegen und der Energieversorgung eine Aufgabe sein kann. Natürlich ist es auch eine militärpolitische Aufgabe der Staatengemeinschaft, zur Befreiung von Ländern mit Energiequellen beizutragen, wenn diese völkerrechtswidrig angegriffen wurden. [...] Die internationalen Missionen unter Beteiligung der Bundeswehr auch im Mittelmeer, zur Terrorismusbekämpfung, dienen im Übrigen bereits heute auch schon dem Schutz der Handelswege."[40] Gemeint ist damit vor allem die maritime Komponente der Operation Enduring Freedom (OEF), an der Deutschland mit einer Fregatte und 260 Soldaten (Stand 29. Januar 2008) beteiligt ist. Er zielt auf die Kontrolle von zwei der drei wichtigsten Nadelöhre der Tankerschifffahrt ab, denn der Einsatzraum umfasst u.a. den Ausgang des Roten Meeres am Horn von Afrika und die Straße von Hormuz (der dritte chokepoint ist die Straße Malakka). Ganz offen betont Claas

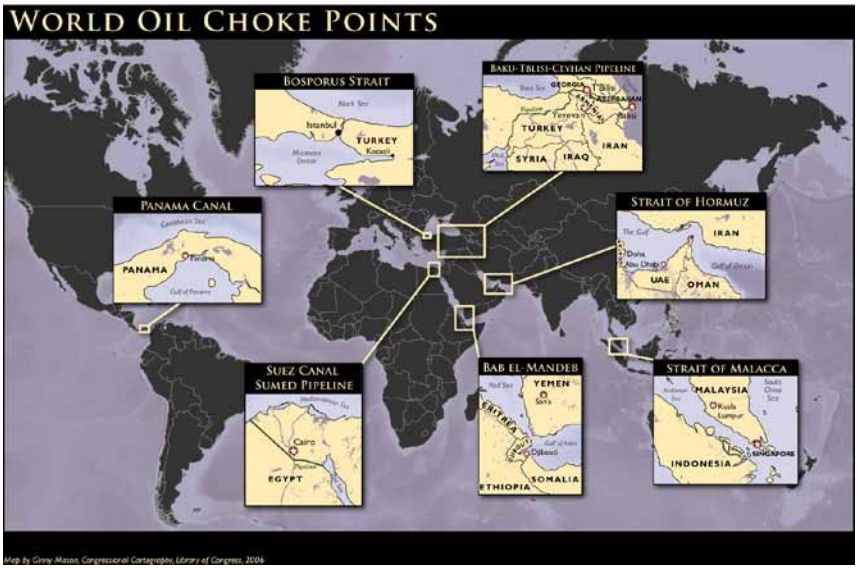
D. Knoop, der deutsche Botschafter in Dschibuti, die Rohstoffkomponente von OEF und plädiert genau aus diesem Grund für die Ausweitung des deutschen Engagements: „Am Ausgang des Roten Meeres zum Indischen Ozean kreuzen sich Schifffahrtslinien, die für die Versorgung der Industrieländer weltweit von eminenter Bedeutung sind. Die Sicherung dieser Wasserwege vor terroristischen oder kriminellen Angriffen liegt im besonderen deutschen Interesse. [...] Die Exploration von strategisch wichtigen Rohstoffen (zum Beispiel Gas, Öl, Mineralien) in dem Gebiet der vier Hornländer steckt zwar noch in den Anfängen, doch darf aufgrund erster viel versprechender Funde (z.B. in Äthiopien) vermutet werden, dass das Rohstoffpotential dieser Region zukünftig von großem wirtschaftlichen/politischen Interesse sein wird."[41] Auch wenn die Bundeswehr also offensichtlich bereits in die militärische Rohstoffsicherung verwickelt ist, deuten gegenwärtige Manöver darauf hin, dass derartige Aktivitäten künftig massiv zunehmen werden.

c) Deutschland, EU und NATO: Szenarien künftiger Rohstoffkriege

Wenn es um Regionen geht, denen aus Gründen der Rohstoffsicherheit künftig verstärkte (militärische) Aufmerksamkeit gezollt werden müsse, fehlt ein Kontinent nie: Afrika. Nachdem dort in den letzten Jahren bedeutende Ölfunde entdeckt wurden, wecken diese Vorräte nun zunehmend Begehrlichkeiten bei den Sicherheitspolitikern. So forderte Friedbert Pflüger, Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, schon im Jahr 2004: „Weil Europa nach OECD-Angaben zunehmend Energie aus anderen Regionen importieren muss, muss dem afrikanischen Ölreichtum als Potenzial zur Diversifizierung der Bezugsquellen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. [...] Anders als wir haben die USA die Bedeutung des afrikanischen Öls bereits erkannt und werden 2015 ein Viertel ihrer Öleinfuhren aus Westafrika bestreiten."[42]

In der Tat haben die USA im Jahr 2007 mit der Gründung eines eigens für den Kontinent zuständigen Oberkommandos (AFRICOM) die Kontrolle der dortigen Ölvorkommen zur militärischen Chefsache erklärt - nicht zuletzt, weil China auf dem Kontinent ebenfalls zunehmend aktiv wird.[43] Aber auch Deutschland und die Europäische Union, deren seit Januar 2007 einsatzbereiten schnellen Eingreiftruppen (Battlegroups) primär auf Kampfeinsätze in Afrika ausgerichtet sind, ziehen diesbezüglich nach: Bereits im Juli 2004 probte die Bundeswehr die logistische Unterstützung eines NATO-Einsatzes auf der fiktiven Insel „Merango" vor der Westküste Afrikas: „Dort hatte sich ein Militärputsch ereignet, der zusammengebrochen war und eine internationale Friedenstruppe erforderlich machte – viel deutlicher hätten die Parallelen zu São Tomé und Principe im Jahr 2002 kaum sein können: eine Insel, die auf einem Meer von Öl schwimmt."[44] Ähnliche Szenarien werden in der Europäischen Union durchgespielt. So wird im „Generic European Maritime Concept of Operations" (GEMCO) folgendes Einsatzszenario in einem Gebiet beschrieben, das Westafrika verdächtig ähnelt: „Seit einiger Zeit sind Kampfhandlungen zwischen den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen Klins und Therc in Poruee im Gange. Alle Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind gescheitert. [...] Ein Einsatz von Streitkräften unter EU-Führung wird nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert." Dennoch endet das Planspiel mit der faktischen Besetzung des „Unruheherdes": „Zwei Monate sind nach dem Entschluss des EU-Rats vergangen. Es sind mehr als 50.000 Soldaten an Land stationiert."[45]

Dass Washington und Brüssel sich bezüglich künftiger Kriegseinsätze in Afrika weitgehend auf derselben Wellenlänge befinden, zeigt ein Manöver der schnellen NATO-Eingreiftruppe (NRF). Mitte 2006 fand auf den Kapverdischen Inseln in unmittelbarer Nähe der westafrikanischen Küste die Übung „Steadfast Jaguar" statt, deren Szenario folgendermaßen beschrieben wurde: „Über 7.000 Soldaten, inklusive deutscher und französischer Infanterie, amerikanischer Bomberpiloten und spanischer Seeleute werden sich einer Auseinandersetzung rivalisierender Fraktionen gegenübersehen, die um die Kontrolle der Ölvorkommen der Insel kämpfen."[46] Auch hier ging es den NATO-Soldaten, darunter 2000 Bundeswehrler, um Ressourcensicherung, wie „Die Welt" verdeutlicht: „Auch die langfristige Sicherung von Energiequellen spielt hier sicher eine Rolle. Die Kapverden liegen vor der Küste Westafrikas, das als Ölfördergebiet für die USA immer wichtiger wird - die unruhigen Ölgebiete Nigerias sind nur zwei Flugstunden entfernt. Diese Übung solle die Allianz auch auf solche Einsätze vorbereiten, gibt General James L. Jones ganz offen zu, auch wenn er das nicht für die gesamte Nato sagen wollte, sondern nur in seiner Rolle als alliierter Oberbefehlshaber für Europa (Saceur). Es sei keine Frage,



Die Bedeutung der Tankernadelöhre

„Für die Industriestaaten in Nordamerika, Europa und Asien sind Langstreckentransporte via Pipelines oder Schifffahrtslinien das am meisten gefährdete Segment:
• 40 Millionen Barrel Öl befinden sich täglich auf dem Meer.
• Innerhalb von 15 Jahren wird diese Zahl auf 70 Millionen Barrel ansteigen.
• Flüssiggastransporte werden sich innerhalb der nächsten 10 Jahre höchstwahrscheinlich verdreifachen.
• Heute passieren 25% des globalen Ölbedarfs die Straße von Hormuz (mit seinen zwei 3 km-breiten Kanälen). [...]
• Offensichtliche vergrößern andere Nadelöhre, allen voran die Straße von Malacca, die ernste Verwundbarkeit des Langstreckentransportsystems für Öl und Gas."

Quelle: Nerlich, Uwe: Energy Security or a New Globalization of Conflicts? Oil and Gas in Evolving New Power Structures, in: Strategic Insights, Volume VII, Issue 1 (February 2008).

Will das Bündnis zur Energiesicherung einsetzen: NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer.

daß in Westafrika die Sicherheit der Energie-Infrastruktur wichtig sei, sagte er. ‚Ich glaube, daß dies im 21. Jahrhundert eine entscheidende Aufgabe wird.'"[47]

d) NATO-Energiekriege

Mit Blick auf die Lieferfähigkeit der Erzeugerländer ist die NATO offenbar immer gewillter, diese auch militärisch sicherzustellen. So breitet ein Beitrag im „NATO-Review", dem Hausblatt der westlichen Militärallianz, ein ganzes Bündel von Fällen aus, in denen das Bündnis - und damit auch Deutschland - militärisch aktiv werden müsse: „Da so viele der führenden Öl- und Gasförderländer mit politischer Instabilität konfrontiert sind, ergeben sich mehrere Szenarien für eine militärische Intervention, bei der die NATO einen Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten könnte. […] Das neue Sicherheitsumfeld bedeutet, dass Interventionen in Ölförderländern, Marineaktivitäten entlang strategisch wichtigen Meerengen und Terrorabwehroperationen gegen Öl-Dschihadisten, welche die Weltwirtschaft durch Angriffe auf unsere Energieversorgung lahm legen wollen, nahezu vorprogrammiert sind. Keins der Probleme, denen sich die internationale Energiewirtschaft gegenübersieht, ist vorübergehender Art, und die Herausforderung hinsichtlich der Sicherheit der Energieversorgung wird im Laufe der Zeit wahrscheinlich nur noch weiter zunehmen. […] Die Umsetzung dieses Konzepts ist mit einer Verstärkung der Seepräsenz und der Überwachungsaktivitäten in diesen für die Energieversorgung wichtigen Transitgebieten verbunden."[48] Der letzte Punkt wird mittlerweile auch von NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer als künftiges Aufgabenfeld hervorgehoben: „Ich kann mir vorstellen, dass die Nato mit ihren Seestreitkräften eine Rolle spielen könnte bei der Sicherung der Seewege für Öl- und Energietransporte."[49]

Offensichtlich ist man dazu bereit, auf militärische Mittel zurückzugreifen, sollten lokale Konflikte die Lieferfähigkeit einzelner Ölländer beeinträchtigen. Dies gilt aber selbst für den Fall, dass sich energiereiche Staaten dazu entschließen sollten, ihre Vorkommen politisch gegen die Industrienationen einsetzen zu wollen.

7. Liefer(un)willig I: Die OPEC-Staaten im Fadenkreuz

Wie bereits erwähnt, haben die Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt eine gravierende Machtverschiebung zugunsten der Rohstoffproduzenten zur Folge. So warnt der BDI: „Immer mehr Nachfrager stehen immer weniger Anbietern aus immer weniger Ländern gegenüber. Die verbleibenden Anbieter gewinnen so immer mehr Marktmacht, die sie für Preissteigerungen nutzen können."[50] Neben Russland (s.u.) sind es vor allem die OPEC-Staaten, die den westlichen Strategen aus zwei Gründen Sorge bereiten.

a. Der Vorwurf der „Preistreiberei"

Da sich „Zusatzkosten" in Form höherer Energiepreise negativ auf Unternehmensprofite und Wirtschaftswachstum auswirken, warnt die Internationale Energiebehörde explizit vor den Folgen der gegenwärtigen Machtverschiebung: „Durch die Konzentration der Ölförderung in einer kleinen Gruppe von Ländern mit großen Reserven – namentlich in den OPEC-Ländern des Nahen Ostens und in Russland – wird deren beherrschende Marktstellung gestärkt, so dass es ihnen leichter möglich sein wird, höhere Preise durchzusetzen."[51]

In der Tat zeigt die Abschaffung des OPEC-Preisbandes und die Weigerungen des Kartells, die Produktion selbst bei einem Ölpreis um die 100$ pro Barrel auszuweiten, dass sich hier ein grundlegender Richtungswandel vollzogen hat, mit dem künftig erheblich höhere Preise erzielt werden sollen. Stellvertretend hierfür sind die Aussagen von Sadad Al-Husseini, dem ehemaligen Leiter der Exploration & Förderung bei Saudi Aramco: „Es hat einen Paradigmenwechsel in der ‚Energiewelt' gegeben, wonach die Ölproduzenten nicht länger geneigt sind, ihre Ressourcen mit großer Geschwindigkeit auszubeuten, nur um die zunehmend missbräuchliche Verwendung eines kostbaren und endlichen Rohstoffes zu unterstützen. Diese Wahrnehmung setzt sich innerhalb und außerhalb der OPEC-Länder durch, muss aber von den wesentlichen Energieverbraucherländern noch verinnerlicht werden."[52]

Erschwerend kommt hinzu, dass sowohl Russland als auch die OPEC-Staaten sich massiv für westliche Investitionen in ihre Ölinfrastruktur öffnen müssten, damit überhaupt eine Aussicht besteht, den prognostizierten Nachfrageanstieg decken zu können. Hierzu existiert jedoch auf beiden Seiten keinerlei Bereitschaft, eher ist das Gegenteil beobachten, weshalb die Internationale Energiebehörde warnt: „Es gibt keine Garantie dafür, dass alle erforderlichen Investitionen getätigt werden. [...] Besonders ungewiss ist, inwieweit die großen Öl- und Gasförderer in der Lage und bereit sind, ihre Investitionen zu erhöhen, um die steigende Weltnachfrage zu decken."[53] Diese Entwicklung trägt maßgeblich zur Verteuerung der Rohstoffe in den letzten Jahren bei, wie „Deutsche Bank Research" kritisiert: „Freilich die Anbieterseite ist nicht schuldlos an dieser Verteuerung. Die Ausweitung des Angebots war arg schleppend."[54] Wenn es jedoch möglich ist, deutlich höhere Preise für die eigenen Ressourcen zu erzielen, stellt sich hier aber in der Tat die Frage, weshalb die Energieproduzenten die Schleusen aufmachen und

ihre Vorkommen zu Schleuderpreisen auf den Markt werfen sollten.

b) Politische „Erpressbarkeit“: Die Achse Chávez–Achmadinedschad

Noch gefährlicher als kontinuierlich steigende Preise, wird aber die gewachsene Möglichkeit - und Bereitschaft - der Erzeugerländer angesehen, die eigenen Ressourcen auch als machtpolitisches Druckmittel einzusetzen. So kritisiert ein gemeinsames Positionspapier des Wirtschafts- und Außenministeriums zum Energiegipfel im Juli 2007 besorgt die „zunehmende Konzentration der Öl- und Gasressourcen und -reserven auf eine geringe Zahl von Versorgungsräumen [und] Bestrebungen einzelner Länder, Lieferbeziehungen als Hebel für politische Ziele einzusetzen.“[55]

Auch Rudolf Adam von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik warnt nachdrücklich hiervor: „Wer garantiert denn, dass es nicht umgekehrt in einigen der für unsere Rohstoffversorgung unentbehrlichen Lieferländen zu einer politischen Entwicklung kommt, die in analoger Weise uns bei der Belieferung diskriminiert bzw. politische Forderungen mit der Lieferung verbindet? Wir haben jüngst erst erlebt, dass die vielleicht taktlosen, aber harmlosen Karikaturen des Propheten Mohamed in der islamischen Welt eine Boykott-Bewegung gegen dänische Waren ausgelöst haben. Lässt es sich von daher nicht vorstellen, dass bei gravierendem Anlass die westliche Welt mit Verknappung des Erdölangebotes ‚bestraft‘ wird?“[56] Exemplarisch sieht die Hans-Seidel-Stiftung bereits „Anti-westliche Energieallianzen“ heraufziehen, etwa die „Achse Chávez–Achmadinedschad“.[57]

Sollten die OPEC-Staaten, wie mittlerweile immer häufiger von einzelnen Mitgliedsländern gefordert wird, den Westen tatsächlich aufgrund der zunehmenden Konflikte mit einem Ölembargo belegen oder der Iran, wie im Falle von Sanktionen bereits angedroht, die Straße von Hormuz blockieren, scheint mittlerweile der Einsatz von Waffengewalt nicht mehr ausgeschlossen.[58] Generell unterstützten Deutschland und die Europäische Union in den letzten Jahren immer konsequenter die US-Politik, die darauf abzielt, die OPEC-Staaten soweit als möglich zu schwächen. Beispiele hierfür sind die von der EU mitgetragene Eskalationspolitik gegenüber dem Iran[59] wie auch die weitergehenden Pläne zur Balkanisierung des Mittleren Ostens.[60]

8. Liefer(un)willig II: Die NATO wird gegen Russland in Stellung gebracht

Die Sorge, dass die Produzenten ihr Machtpotenzial nutzen könnten, ist jedoch nicht auf die OPEC-Staaten beschränkt, wie eine Studie der einflussreichen „Bertelsmann-Stiftung“ mit dem bezeichnenden Titel „Europa im Wettlauf um Öl und Gas“ verdeutlicht: „Zu verlockend scheint zudem der Reiz für einige Produzentenländer, Öl und Gas als strategisches Druckmittel zu nutzen. [...] Die Befürchtung, das [sic!] Russland seine Ressourcenmacht bewusst zu politischen Zwecken einsetzt, ist in Europa deutlich gestiegen.“[61] Gleichzeitig wird der Ton zwischen der NATO und Russland immer rauer. Dies geht bis hin zu offenen Drohungen, wiederum von der „Bertelsmann-Stiftung“: „Zumindest sollte Moskau klar gemacht werden, dass es einen wirklichen politischen Preis bezahlen muss, wenn es versucht, die Europäer mit seinen Ressourcen zu erpressen.“[62]

Auch hier ist festzustellen, dass sich Deutschland in den letzten Jahren immer offener hinter die Politik der US-Regierung gestellt hat, Russlands Versuche, via seines Rohstoffreichtums seinen Wiederaufstieg als Weltmacht zu bewerkstelligen, zu konterkarieren. Vor diesem Hintergrund scheint sich innerhalb der NATO ein Konsens herauszubilden, die NATO gegen Russland (und China) in Stellung zu bringen. Schon Mitte November 2006, im unmittelbaren Vorfeld des letzten NATO-Gipfels in Riga, versendete der Wirtschaftsausschuss der Allianz an alle Mitgliedstaaten einen Expertenbericht, der angab, Russland strebe ein internationales Erdgaskartell nach OPEC-Muster mit dem Ziel an, Energielieferungen als politisches Druckmittel einzusetzen und stufte dies explizit als Bedrohung ein. Daraufhin ging der einflussreiche US-Senator Richard Lugar, der seinerzeit den wichtigsten Anstoß für die Umwandlung der NATO zu einem globalen Interventionsbündnis gab („out of area, or out of business“), beim NATO-Gipfel Ende November 2006 buchstäblich in die Offensive und schlug die Bildung einer „Energie-NATO“ vor. Hierbei soll die Allianz künftig eine Unterbrechung der Öl- und Gaszufuhr wie einen militärischen Angriff behandeln, ein Vorschlag, der zunehmend Unterstützer findet.

Russland wiederum reagiert hierauf, indem es die „Shanghaier Vertragsorganisation“ (Shanghai Cooperation Organization, SCO), eine Art „Anti-NATO“, in der u.a. auch China Mitglied ist, aufwertet. Dies geschieht etwa über die Ankündigung, künftig auch Energiefragen in diesem Bündnis, das mittlerweile auch gemeinsame Militärmanöver veranstaltet, erörtern zu wollen. Nachdem der Iran bereits Beobachterstatus erhalten hat, könnten sich hier die ersten Konturen einer erneuten Blockkonfrontation abzeichnen. So könnte die SCO durchaus der Nukleus einer „OPEC mit Bomben“ sein, einer Allianz zwischen energiereichen OPEC-Staaten und dem atomaren und konventionellen Militärpotenzial Russlands und Chinas, wie westliche Strategen warnen.[63]

9. Energie als Transmissionsriemen für das neue Blockdenken

Die sich abzeichnende Konfliktkonstellation entlang der Linie NATO-SCO (mit China als großem Rohstoffimporteur) zeigt, dass nicht nur das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten ein erhebliches Konfliktpotenzial in sich birgt. Denn, wie Kurt-Dieter Grill, CDU-Mitglied des Bundestags, betont, „auf der anderen Seite treten Industrieländer untereinander, bei steigenden globalen Wachstumsraten, in deutliche Konkurrenz.“[64] Ebenso äußert sich das bereits mehrfach erwähnte Positionspapier von Außen- und Wirtschaftsministerium: „Auch um die Öllieferungen aus Russland, Nordafrika, dem Bereich des Kaspischen Meers und Westafrika sowie Angola wird – durch sich verknappende Ölreserven und den wirtschaftlichen Aufstieg neuer Großverbraucher wie China und Indien – die Konkurrenz stärker werden.“[65]

Zusammengenommen scheint die Energiefrage also künftig mit Konfliktpotenzial in sämtliche Richtungen verwoben zu sein. Wie ernst gerade die Wirtschaft dieses Thema nimmt, zeigen Aussagen von Kurt Grillo, wie erwähnt Leiter des BDI-Ausschusses „Rohstoffpolitik“, der seine Rede auf dem zweiten BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 mit folgenden Worten eröffnete: „Herzlich Willkommen zu Beginn des ‚Zweiten Kalten Krieges‘, dem ‚Kampf um Rohstoffe‘. Diese und ähnlich dramatische Begriffe prägen zunehmend die Diskussion um unsere Rohstoffversorgung und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind es längst nicht mehr nur reißerische Schlagzeilen in den Medien.“[66]

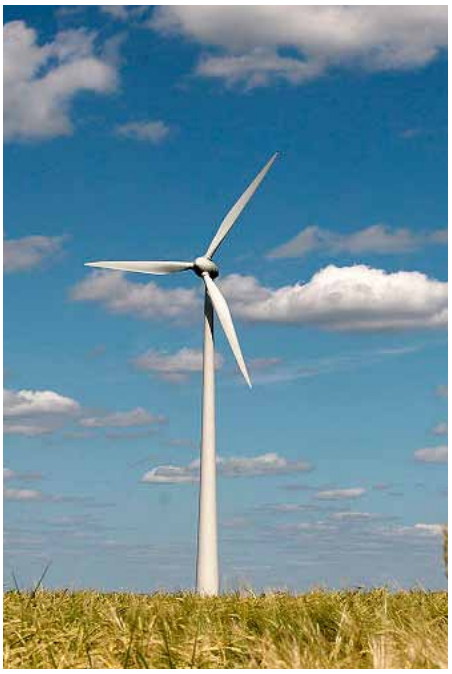
Zwar zielen solche Sätze zumeist auf Chinas wachsenden Rohstoffhunger, jedoch sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, dass es keineswegs sicher ist, dass sich die Vereinigten Staaten und die Europäische Union auf ewig „partnerschaftlich“ um die Kontrolle der schwindenden Rohstoffvorkommen bemühen werden. So kommt eine Studie der Unternehmensberatung A.T. Kearney zu dem Ergebnis, dass künftig mit heftigen transatlantischen Konflikten zu rechnen sein wird, da alle Trümpfe auf Seiten der Energieproduzenten liegen würden.[67] Ein ähnliches Szenario befürchtet offenbar die „Bertelsmann-Stiftung“, die fordert: „Europa darf nicht vor der Konkurrenz zurückschrecken. Die Vereinigten Staaten

konkurrieren ebenso um Energie. Tatsächlich […] repräsentiert Amerikas Entschlossenheit, seine Energiezukunft abzusichern beides, die Ursache und den Fakt der Konkurrenz, der sich die Europäer scheinbar so schwer stellen können. Solch ein Konkurrenzverhältnis wird mit Sicherheit die internationalen Beziehungen verändern. [...] Das Ergebnis ist eine Wiederkehr klassischer Machtpolitik, von Machtblöcken und einem engen Verständnis vitaler Interessen, das die Weltpolitik sehr wahrscheinlich in der nahen Zukunft dominieren wird, sollte sich Europa nicht für einen alternativen Ansatz entscheiden."[68] Leider deutet derzeit wenig darauf hin, dass dies der Fall ist, weshalb sich künftig Energiekriege mit deutscher Beteiligung aller Wahrscheinlichkeit nach häufen werden.

10. Alternativen

Ein Ausbruch aus dem Energiedilemma muss zwei Komponenten umfassen. Zum einen müssen alternative und zukunftssichere Energien konsequent und deutlich umfangreicher als bislang gefördert werden. Nur hierdurch kann verhindert werden, dass in absehbarer Zukunft militärisch um den letzten Tropfen Öl gekämpft wird (zumal der Klimawandel dies ohnehin dringend nahelegt).

Andererseits ist dies allein aber nicht ausreichend. Denn selbst wenn ein solcher Aufbruch in die erneuerbaren Energien gelingt, bleibt das Problem der Verfügungsgewalt. Um den Teufelskreis aus Energie, Macht und im schlimmsten Fall Krieg zu durchbrechen, muss der Zugang der Menschheit zu Energie pluralisiert und demokratisiert werden. Denn weder sollte die Verfügbarkeit von Energie von den Machtlogiken interessierter Staaten noch von denen der Großkonzerne abhängen, beide werden diese Macht jeweils zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Menschheit einzusetzen wissen. Überspitzt gesagt: ob man bspws. von Esso, Chevron oder wie sie alle heißen künftig Wasserstoff statt Öl tanken wird, wird für den Nutzer wahrscheinlich viel weniger positive Folgen haben, als viele sich erhoffen. Deshalb ist nicht nur die Abkehr von Energiedinosauriern wie Öl und Gas sowie von der Atomkraft dringend notwendig, wir müssen generell in Richtung einer Dezentralisierung und Regionalisierung Umdenken. Im wahrsten Sinne des Wortes: „Power to the People!"



Anmerkungen

[1] Vgl. Fichtner, Fabian Odysseus: Die außenpolitische Dimension der deutschen Energiepolitik, Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik, Nr. 42/2007, S. 4.

[2] Adam, Rudolf: Geostrategische Risiken der Rohstoffsicherheit, Vortrag auf der Fachtagung „Verfügbarkeit von Rohstoffen" der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen", Berlin, 30. März 2006, S. 5. Vgl. auch. Hoffmann, Catherine/Petersdorf, Winand von: Die Tage des billigen Öls sind gezählt, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 35/02.

[3] Klare, Michael: Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict, New York 2002, S. 29.

[4] Vgl. Gowan, Peter: US-Hegemonie und globale Unordnung, Supplement der Zeitschrift für Sozialismus 5/2002, S. 19; Telhami, Shibley: The Persian Gulf: Understanding the American Oil Strategy, in: Brookings Review, Spring 2002, Vol. 20, No. 2, S. 30-35.

[5] Yergin, Daniel: Der Preis, Frankfurt 1991, S. 964.

[6] Internationale Energiebehörde (IEA): World Energy Outlook 2006, Zusammenfassung & Schlussfolgerungen, S. 2, URL: http://www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2006/german_sum_06.pdf (04.02.2008).

[7] Vgl. BP Statistical Review of World Energy, June 2007, S. 6.

[8] Vgl. Deffeyes, Kenneth S.: Hubbert's Peak: The Impending World Oil Shortage, Princeton. 2001, S. 14; Campbell. Colin J./Laherrère, Jean H.: The End of Cheap Oil, in: Scientific American (March 1998), S. 78-83.

[9] Konventionelles Erdöl vor dem Aus?, URL: http://www.g-o.de/index.php?cmd=aws_basics&id=5454 (04.02.2008). Vgl. für eine Gegenposition: No Evidence of Precipitous Fall on Horizon for World Oil Production, CERA/IHS Study, January 17, 2008.

[10] Piebalgs, Andris: Die Strategie der EU in der Energie und Klimapolitik – Ist die Energieversorgung langfristig gesichert?, Speech at the Swiss Energy Congress Bern, 14 January 2008.

[11] Welternergieausblick 2006, S. 3.

[12] Schuhler, Conrad: Neoliberale Globalisierung, Rohstoffimperialismus und die neuen Militärstrategien, Referat bei der Sommerakademie des Kasseler Friedensratschlags in Oberhof, Juli 2007.

[13] BMWi / AA: Bericht der Arbeitsgruppe 1 „Internationale Aspekte" zum Energiegipfel am 3. Juli 2007, 22. Juni 2007, URL: https://www.bdi-online.de/Dokumente/AG_1_Zus_Endbericht.pdf (04.02.2008). Dieser Aspekt wird von der EU-Kommission in ihrem 2006 verabschiedeten „Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" mit aller Deutlichkeit unterstrichen: „Unsere Importabhängigkeit nimmt zu. Wenn wir die heimische Energieerzeugung nicht wettbewerbsfähiger machen, wird der Energiebedarf der Union in den nächsten 20 bis 30 Jahren zu 70 % (statt wie derzeit zu 50 %) durch Importe gedeckt werden, wobei einige aus Regionen stammen, in denen unsichere Verhältnisse drohen." Vgl. Kommission der Europäischen Union: Grünbuch: Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, Brüssel, den 8.3.2006 KOM(2006) 105 endgültig.

[14] Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik, Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe »Internationale Rohstofffragen«, 16.03.2007, URL: http://www.bdi-online.de/Dokumente/BDI_Ergebnisber_Rohstofffr.pdf (04.02.2008), S. 21.

[15] Vgl. auch ähnlich Sebastian Brökelmann, der beim BDI für Rohstofffragen zuständig ist: „Der Ausfall eines Förderlandes auf den Weltmärkten, zum Beispiel durch wirtschaftliche Instabilität oder durch Krieg und Bürgerkrieg, kann gravierende Folgen für die deutsche Industrie haben. Daher hat die deutsche Industrie ein großes Eigeninteresse an einer stabilen und friedlichen Entwicklung der Rohstoffförderländer, zum Beispiel in der rohstoffreichen zentralafrikanischen Region. [...] Die Aspekte der Ressourcen- und Energieeffizienz strahlen in den Zuständigkeitsbereich der Umweltpolitik. Und die Sicherheit der Rohstoffversorgungswege kann im Extremfall Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik haben." Vgl. Deutsche Wirtschaft braucht Rohstoffsicherheit, e.velop - das Entwicklungsmagazin, Nr. 47 12/2006, URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/EMagazines/evelop/047/s4-bdi-deutsche-wirtschaft-braucht-rohstoffsicherheit.html (03.02.2008).

[16] Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik 2007, S. 5.

[17] Henning, Klaus/Meienreis, David: Die Rohstoffstrategie der BRD, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 71 (September 2007).

[18] Vgl. Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik 2007, S. 1.

[19] http://www.wvmetalle.de/welcome.asp?page_id=219&sessionid= (04.02.2008).

[20] BDI: Rohstoffpolitik ist Daueraufgabe zur Zukunftssicherung! Interministerieller Ausschuss Rohstoffpolitik gefordert, BDI-Pressemitteilung, 20. März 2007.

[21] 2. Forum Bessere Rechtsetzung am 06.07.2007. Statement von Herrn Ulrich Grillo Vorstandsvorsitzender der Grillo-Werke AG und Präsident der WirtschaftsVereinigung Metalle e. V., URL: http://www.europa.nrw.de/de/home/mediadatabase/vortrag_grillo_070706.pdf (03.02.2008).

[22] Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag von CDU,

CSU und SPD, 11.11.2005, S. 160; Vgl. auch: Beschluss des 20. Parteitages der CDU Deutschlands „Deutschlands Verantwortung und Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.“, URL: http://www.dresden2006.cdu.de/download/Beschluss_A_End.pdf (04.02.2008), S: 7: „Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingebettet in eine integrierte Sicherheitsstrategie, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst.“

[23] Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik 2007, S. 1.

[24] Henning/Meienreis 2007.

[25] Gemeinsames Thesenpapier von Christian Schmidt und Christian Ruck: Vertrauen - Zukunft - Sicherheit. Für eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik, 08.02.2005. Hervorhebung JW.

[26] Energie- und Entwicklungspolitik stärker verzahnen, CDU/CSU-Positionspapier, 18.10.2006.

[27] Die Bundesregierung: Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung, Stand: März 2007.

[28] Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, S. 17f.

[29] Leersch, Hans-Jürgen: Deutsche Interessen, Die Welt, 12.05.2006.

[30] Adam 2006, S. 4.

[31] Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik 2007, S. 10.

[32] Henning/Meienreis 2007.

[33] Kongo: Auftrag erfolgreich abgeschlossen, bundeswehr.de, 30.11.2006.

[34] Vgl. Hantke, Martin: Kriegsökonomien und ihre Profiteure - Die Beispiele Kongo und Afghanistan, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2007); Henken, Lühr: Bundeswehr am Kongo - Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?, IMI-Studie 2006/06b.

[35] Pflüger, Tobias: Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen, in: Wissenschaft & Frieden 3/2006.

[36] EU to relaunch ties with Africa amid rising Chinese influence, AFP, 28.06.2007.

[37] Financial Times vom 09.03.2006, URL: http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2006-03/artikel-6107319.asp (13.07.2007).

[38] PHOENIX Runde vom 07.11.2006.

[39] „Unsere Energieversorgung ist keineswegs gesichert“, 12.10.2006, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Rede/2006/10/2006-10-12-rede-chefbk-bnd-symposium.html (04.03.3008).

[40] Interview mit Eckart von Klaeden in der Leipziger Volkszeitung, 31.12.2006. Vgl. auch Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, anlässlich der Kommandoübergabe über die deutsche Marine von Vizeadmiral Feldt an Vizeadmiral Nolting, Flensburg, 25.04.2006: „Deutschland mit seiner enorm im- und exportabhängigen Wirtschaft ist auf einen freien Warenverkehr über See angewiesen. Einschränkungen des Seeverkehrs und damit der Rohstoff- und Warenströme werden unsere Bürgerinnen und Bürger sofort an den Preisen für Waren aller Art ablesen können. Der freie Handel über See ist daher der größte Schatz des Meeres!“

[41] Knoop, Claas D./Roell, Peter: Die politische Lage am Horn von Afrika, Hans Seidel-Stiftung, Oktober 2006. Ähnlich deutlich wird eine Studie der CDU-nahen Konrad Adenauer Stiftung, die u.a. folgende deutschen Interessen am Horn von Afrika benennt: „Die Sicherung der Wasserwege vor terroristischen oder kriminellen Übergriffen, um die Exportwege nach Asien zu sichern und die eigene Rohstoffversorgung zu garantieren. [...] Die Stärkung europäischer Energiesicherheit, die durch Diversifizierung von Importanteilen u.a. beim Erdölimport auch auf Ressourcen der Region am Horn von Afrika zugreifen sollte (derzeit gehen etwa 90% der dort lagernden Ressourcen, insbesondere Öl, nach China).“ Vgl. Dehéz, Dustin/Franke, Benedikt: Den Wandel fördern: Für eine kohärente Strategie deutscher Außenpolitik am Horn von Afrika, Analysen und Dokumente aus der Konrad Adenauer Stiftung 30/2006, Juli 2006.

[42] Pflüger, Friedbert: Deutschlands Interessen in Afrika, in: Die Politische Meinung, 419/2004, S. 69-73, S. 70f.

[43] Vgl. Wagner, Jürgen: Afrikanische Ölkriege und die Rolle des „Westens“, in: : Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 71 (September 2007).

[44] Nassauer, Otfried: Afrika – Objekt der Begierde, in: Blätter für deutsche und int. Politik, 10/2004.

[45] Die Zitate stammen aus: Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Marine (Hrsg.): Ein europäisches Konzept maritimer Operationen – Die maritime Dimension streitkräftegemeinsamer Operationen im europäischen Rahmen. Mai 2003. Das Papier wurde inzwischen aus dem Netz genommen. Eine ausführliche Analyse findet sich bei Plotzki, Johannes: „Weltweit führen und handeln“ - Deutsche Marine, Flottenkommando und EU-Militärpolitik, in: AUSDRUCK – Das IMI-Magazin (Juni 2006).

[46] Hallinan, Conn: Into Africa, Foreign Policy in Focus, 15.03.2007.

[47] Buck, Christiane: Kriegsspiel auf den Kapverden, Die Welt, 27.06.2006.

[48] Christophe Paillard in: Debatte: Sollte die NATO eine bedeutende Rolle hinsichtlich der Sicherheit der Energieversorgung spielen?, in: NATO-Review (Frühjahr 2006).

[49] „Nato muss im Süden Afghanistans leider kämpfen“, Interview mit Jaap de Hoop Scheffer, Der Tagesspiegel, 01.11.2006.

[50] Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik 2007, S. 9.

[51] Weltenergieausblick 2006, S. 3. Auch ein Artikel im CSU-Organ „Politische Studien“ konstatiert „eine machtpolitische Verschiebung der Gewichte zwischen Erdöl produzierenden und importierenden Staaten zugunsten der OPEC“ Vgl. Meier-Walser, Reinhard C.: Energieversorgung als außen-, sicherheits- und europapolitische Herausforderung, in: Die Politische Studien (November/Dezember 2006), S. 5-14, S. 7.

[52] Sadad Al-Husseini, ehemaliger Leiter der Exploration & Förderung bei Saudi Aramco, in einer Kommunikation an ASPO-USA im Juni 2007, URL: http://www.energybulletin.net/9498.html (02.04.2008).

[53] Weltenergieausblick 2006, S. 5.

[54] Reflexionen zum Ölpreis, Deutsche Bank Research, Aktueller Kommentar, 29.10.2007. Vgl. auch BDI-Kongress Rohstoffsicherheit – Herausforderung für die Industrie 8. März 2005 in Berlin – Dokumentation, S. 82.

[55] BMWi / AA 2007, S. 1.

[56] Adam 2006, S. 3.

[57] Meier-Walser, Reinhard C.: Zur Einführung: Energieversorgung als politische Querschnittsaufgabe, in: ders. (Hg): Energieversorgung als Sicherheitspolitische Herausforderung, Hans Seide Stiftung, BERICHTE & STUDIEN 88/2007, S. 7-19, S. 12.

[58] Rudolf Adam interpretiert in diesem Kontext Aussagen des heutigen SPD-Fraktionschefs Peter Struck in seiner Zeit als Verteidigungsminister folgendermaßen: „Ich lege es für mich persönlich so aus, dass er damit schon Szenarien im Auge hat, dass es zu Handelsbarriere kommt und dass das erfordert, dass militärische Kräfte eingesetzt werden, um bestimmte Handelsrouten freizuhalten, um die Sicherheit bestimmter Transportwege zum Beispiel von Pipelines zu sichern.“ Vgl. Rumpf, Matthias: Der globale Kampf um Ressourcen, Deutschlandfunk, 0401.2006. Im European Defence Paper (S. 83), dem Entwurf für ein Weißbuch auf europäischer Ebene, wird diesbezüglich folgendes Einsatzszenario beschrieben: „In einem Land x, das an den indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ Ziel sei es dann, „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“ Die EU solle dabei 60.000 der von Washington geführten Truppe mit einem Gesamtumfang von 250.000 Soldaten stellen.

[59] Vgl. Fathollah-Nejad, Ali: „Don't blame the messenger for the message“? Wie die EU-Diplomatie den Weg für einen US-Angriff auf Iran ebnet, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Juni 2007).

[60] Wagner, Jürgen: „Geburtswehen des Mittleren Ostens“. Die US-Strategie zur Transformation der Region, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Juni 2007).

[61] Europa im Wettlauf um Öl und Gas Leitlinien einer europäischen Energieaußenpolitik, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, Mai 2007, S. 4ff.

[62] The Venusberg Group: Beyond 2010. European Grand Strategy in a Global Age, Bertelsmann-Stiftung, Guetersloh, July 2007, S. 22.

[63] Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Der Russisch-Europäische Erdgaskrieg: NABUCCO, die Gas-OPEC und die Konturen des Neuen Kalten Krieges, in: AUDRUCK - Das IMI-Magazin (August 2007).

[64] BDI-Rohstoffkongress. Dokumentation 2005, S. 81.

[65] BMWi / AA 2007, S. 13.

[66] Die Erwartungen der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik, Rede von Ulrich Grillo, Vorsitzender der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“ am 2. BDI-Rohstoffkongress 20. März 2007.

[67] Vgl. EU und USA eifern um Gas, Der Standard, 06.06.2007.

[68] The Venusberg Group 2007, S. 21f.

Mit der Bundeswehr um die Welt

Podium zu den Hintergründen aktueller Kriegseinsätzen der Bundeswehr

Das Podium begann mit einer Weltkarte der Bundeswehr, auf welcher die aktuellen Einsätze verzeichnet waren: Zwei Einsätze auf dem Balkan (Bosnien-Herzegowina und Kosovo), Militärberater in Georgien, zwei Einsätze in Afghanistan, ein Einsatz vor der Küste Libanons, einer im Umfeld des Horns von Afrika, einer an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea zwei Einsätze mit zumindest nomineller deutscher Beteiligung im Sudan und ein Marineinsatz im Mittelmeer. Nimmt man die abgeschlossenen Missionen der Bundeswehr in der DR Congo, Ost-Timor und Indonesien hinzu, scheint der Titel des Podiums „mit der Bundeswehr um die ganze Welt" durchaus gerechtfertigt.

Tobias Pflüger: Völkerrechtswidrige Grenzziehungen um Kosovo

2470 BW-Soldaten beteiligen sich an der NATO-Mission KFOR in Kosovo. Dabei handelt es sich um eine „Folge-Folge-Operation" des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien. Geplant ist gegenwärtig deren Ergänzung durch eine „zivile" EU-geführte ESVP-Einsatz, die überwiegend aus Polizisten bestehen und die bislang größte ESVP-Mission darstellen wird. Der Einsatz soll nach gegenwärtiger Planung 1824 ausländische Einsatzkräfte umfassen, die gemeinsam mit 1939 einheimischen Beamten „für Sicherheit sorgen" sollen. Unter den 1395 internationalen Polizeikräften sollen 767 „Spezialpolizisten" sein. Damit sind paramilitärische ausgerüstete Gendarmerie-Einheiten gemeint, deren Kernfähigkeit in der Crowd and Riot Control (CRC), also der Niederschlagung von Demonstrationen und Aufständen besteht. Dass die Mission dennoch unter „zivilem" Etikett stattfindet, hat zweierlei Gründe: Erstens soll sie aus dem EU-Haushalt finanziert werden und der sieht explizit kein Budget für Militäreinsätze vor. Zweitens haben auch paramilitärische Polizeieinheiten gegenüber den Soldaten den „Vorteil", dass sie, beispielsweise in Deutschland, ohne Zustimmung des Parlaments entsandt werden können.

Dieser Einsatz ist eingebettet in die geplante Übernahme der zivilen Verwaltung - die im Kosovo z.B. jeden Parlamentarier feuern und jedes Gesetz annullieren darf - von der UNMIK durch eine von der EU gestellte Behörde (EULEX). Diese internationale Verwaltung hat auch die außenpolitische Vertretung des Kosovo übernommen. Wer mit ihm diplomatischen Kontakt aufnehmen will, trifft also auf Vertreter der UN bzw. EU, deren Chef gegenwärtig der ehemalige Oberbürgermeister von Sindelfingen, Joachim Rücker, ist. Er war zuvor verantwortlich für die wirtschaftliche Umstrukturierung des Kosovo innerhalb der UNMIK und hat dort sehr umfangreich Minen und Betriebe privatisiert, was zu einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit geführt hat.

Hintergrund dieser faktischen Truppen-Verstärkung und der Übernahme der zivilen Verwaltung durch die EU ist das Scheitern der Verhandlungen der internationalen Kosovo-Kontaktgruppe, die eine einvernehmliche Lösung der Kosovo-Statusfrage herbeiführen sollten. Mittlerweile haben die USA, Deutschland und Frankreich angekündigt, den Kosovo anzuerkennen, wenn er durch die kosovo-albanische Führung für unabhängig erklärt wird und fest steht, dass er dann als EU-Protektorat weitergeführt wird. Dies ist ein völkerrechtswidriger Vorgang, da Serbien der Abtrennung eines Teiles seines Territoriums widerspricht und Russland diese Position in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht unterstützt. Dennoch entspricht dies dem Interesse der EU und der USA, weshalb eine einvernehmliche Lösung auch incht wirklich angestrebt wurde. Folgendes Szenario zeichnet sich ab: Als Erstes wird die USA den Kosovo anerkennen, anschließend sollen Frankreich und dann Deutschland sowie weitere EU-Staaten folgen. Bislang stellen sich noch zwei Staaten quer: Zypern und Griechenland, weil sie davon ausgehen, dass im Anschluss das von der Türkei besetzte Nordzypern den Fall Kosovo für sich nutzen wird. Auch Spanien und die Slowakei sind aus ähnlichen Gründen skeptisch.

Es ist absehbar, dass die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zu einer weiteren Eskalation in der Region führen wird. Im Norden des Kosovo, um Mitrovica herum, lebt eine serbische Mehrheit, die sich wiederum als Unabhängig erklären und den Anschluss an Serbien fordern könnte. Um diese Eskalation gewaltsam unter Kontrolle zu halten, werden nun also die Gendarmerie-Einheiten entsandt. Zusätzlich wurde auch das deutsche KFOR-Kontingent aufgestockt.

Gleichzeitig bot die EU Serbien als Zeichen des Entgegenkommens spezielle Kooperationsabkommen an, um bei den anstehenden Wahlen - erfolgreich, wie sich inzwischen gezeigt hat - den pro-EU-Mann Tadic zu unterstützen. Dies mag zwar nützlich sein, um die so genannten „gemäßigten Kräfte" in Serbien zu unterstützen, doch auch diese sind gegen die Unabhängigkeit des Kosovo und werden eine Eskalation nicht vermeiden können.

Christoph Marischka: Manöver am Congo

1999 wurden zwar auf dem Papier die Strukturen einer ESVP geschaffen, bis 2003 fanden jedoch keine Einsätze statt, was sich langsam zu einem Glaubwürdigkeitsproblem entwickelte. Die erste ESVP-Mission war eine Polizeimission im Januar 2003 in Bosnien und Herzegowina, darauf folgte Concordia in Mazedonien zwar als erste EU-Militärmission, allerdings unter Rückgriff auf NATO-Strukturen. Bis hierhin konnte man eigentlich nicht von einer existierenden, eigenständigen EU-Militärpolitik sprechen und es war unklar, ob diese überhaupt funktionieren könnte. Dies änderte sich Mitte 2003 mit der Mission Artemis in der DR Congo, die insofern zu Recht als Geburtsstunde der ESVP bezeichnet wurde. Heute wird dieser Einsatz von Seiten der EU-Offiziellen auch nur noch unter diesem Gesichtspunkt bewertet, dass die EU hier Handlungsfähigkeit demonstriert, nicht, dass sie eine humanitäre Notlage beseitigt hätte, was sie auch nicht hat. Sie hat während eines langfristigen Konfliktes kurzfristig eine Stadt besetzt, während die in Misskredit geratenen aber wesentlich stärkeren UN-Truppen ausgewechselt und mit einem neuen Mandat versehen wurden. Noch bevor die letzten Soldaten aus der DRC zurückgezogen wurden, hatte das PSK allerdings mit den UN ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, aus dem ein EU-UN Lenkungsausschuss und ein Implementierungsprogramm hervorgingen, in denen sich die EU mit verschiedenen Einsatzformen für Einsätze unter UN-Mandat anbietet, zugleich aber deutlich macht, dass sie keine Soldaten unter UN-Kommando stellen wird.

2005 gab es die nächsten Übungen in der DRC, diesmal zwei „zivile" Missionen, den Aufbau einer Polizeieinheit in der Hauptstadt und eine Sicherheitssektorreform,

acht ranghohe EU-Offiziere, welche in der DRC die Reform der offiziellen Armee begleiten sollen. 2006 gab es eine weitere Militärmission zur Absicherung der Wahl des Präsidenten Kabila. Deutschland übernahm die Führung und stellte ca. 780 Soldaten, da Frankreich befürchtete dieser Eingriff würde unter französischer Führung als koloniale Politik wahrgenommen werden. Die Mission fand lediglich in der Hauptstadt statt, wo die Mehrheit gegen Kabila war. Patrouillen in den Armenvierteln wurden nach erheblichen Anfeindungen deutlich reduziert und die Soldaten harrten überwiegend am strategisch wichtigen Flughafen in Kinshasa und dem nahe gelegenen Gabun aus. Die EU-Soldaten kamen damals nur zum Einsatz, als Kabila die Residenz seines größten Konkurrenten angreifen ließ. Mittlerweile wird das meist so interpretiert, dass Kabila damit gegenüber seiner Bevölkerung signalisieren wollte, eben nicht der Kandidat zu sein, der von den ehemaligen Kolonialmächten als Stellvertreter installiert wird.

Wie sieht die Lage nun, ein knappes Jahr nach der Bildung einer neuen Regierung und dem Abzug der Kampfverbände aus? Dominic Johnson von der taz beschreibt sie folgendermaßen:

„Seit dem Wahlsieg Kabilas am 29. Oktober 2006 hat es im Kongo mehr bewaffnete Konflikte und Tote gegeben als in den drei Jahren Friedensprozess davor. Nicht nur die Konflikte im Osten des Landes haben sich verschärft. In der westlichen Provinz Bas-Congo töteten Armee und Polizei Ende Januar über 100 Demonstranten bei der Niederschlagung von Protesten gegen eine umstrittene Gouverneurswahl. In der Hauptstadt Kinshasa starben Ende März weit über 200 Menschen bei Kämpfen zwischen der Präsidialgarde und der Garde des Oppositionsführers Jean-Pierre Bemba, Kabilas Gegner bei der Präsidentschaftswahl und inzwischen im Exil. In Kongos Bergbau strömen Auslandsinvestitionen." Seit zwei Monaten ist im Osten der DRC wieder ein richtiger Krieg entfacht, die EU hält sich aber mit diplomatischen Initiativen und jeglicher Kritik an Kabila zurück. Ich vermute, sie muss dass, da ihr Engagement für Kabila sich sonst als Hilfe für einen Diktator entpuppen würde.

Stattdessen sorgt sie sich weiterhin um die Bezahlung und die biometrische Erfassung der Regierungsarmee und baut Polizeikräfte auf. Deutschland richtet gegenwärtig einen Militärattachéstab an der Botschaft in der DRC ein. Dieser hat den Auftrag, ein verbessertes Lagebild und einen verbesserten Kontakt zu Militärs in der gesamten Region zu ermöglichen. Gegenwärtig sind weitere EU-Einsätze in Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und Guinea-Bissau geplant. Die EU kann hierbei nicht nur auf ihre Erfahrungen bei den Einsätzen in der DRC zurückgreifen, sondern auch auf die engen Abstimmungsmechanismen mit den UN, die sich in diesem Rahmen ergeben haben.

Jürgen Wagner: Nation-Building und Aufstandsbekämpfung in Afghanistan

Es lässt sich ein eindeutiger Trend in deutscher und westlicher Interventionspolitik erkennen: durch ein militärisch abgesichertes Nation-Building soll ein Export des westlichen Staats- und Wirtschaftsmodells durchgesetzt werden. Dies geschieht am Congo über kurzfristigere Einsätze und Militärberater, in Kosovo und Afghanistan hingegen ganz direkt über militärische Besatzung. Es entwickeln sich somit Protektorate und Quasi-Kolonien, aus denen komplett neue Staaten aufgebaut werden sollen. Dabei ist Afghanistan eines der Vorzeigeprojekte.

Allerdings treffen diese Projekte auf Widerstand in der Bevölkerung und dieser ist insbesondere in Afghanistan auch äußerst militant. Zwischen 2005 und 2006 gab es einen sprunghaften Anstieg, nahezu eine Verdreifachung der bewaffneten Auseinandersetzung. Selbst NATO räumte 1.000 zivile Opfer im Jahr 2006 ein, und wir wissen, dass die Dunkelziffer hier sehr hoch ist und die US-geführte OEF vermutlich noch viel mehr Opfer fordert.

Die einzige Lösung wäre ein sofortiger Abzug, der - je nach Schätzung - mittlerweile von 60% bis 70% der Bevölkerung gewünscht wird. Es geschieht aber das genaue Gegenteil. Der Bundestag hat bereits das Mandat der ISAF-Truppen verlängert und um den Einsatz von Tornado-Aufklärern erweitert. Es gibt dort aber zwei Kriegsmissionen mit deutscher Unterstützung, wobei in Deutschland der Mythos einer Trennung zwischen dem „gutem" ISAF- und „bösen" US-geführten OEF-Einsatz besteht. Deutschland beteiligt sich mit bis zu 3500 Soldaten an der etwa 40.000 Soldaten starken ISAF-Truppe und mit bis zu 100 KSK-Soldaten bei OEF, die 12.000 Soldaten umfasst. Offiziell sind allerdings seit 2005 keine KSK-Soldaten mehr in Afghanistan im Einsatz.

Die Eskalation zwischen 2005 und 2006 hat damit zu tun, dass ISAF mittlerweile auch in umkämpften Gebieten zum Einsatz kommt. ISAF darf zwar nicht an der Terrorbekämpfung teilnehmen, hat aber seit 2006 ein Mandat zur „offensiven Aufstandsbekämpfung" und ist spätestens seit dem eine aggressive Aufstandsbekämpfungsmission. In der Konfliktlage in Afghanistan lassen sich Aufständische von Terroristen in der Praxis aber nicht unterscheiden, weshalb faktisch Hand in Hand gekämpft wird. Die beiden Missionen sind auch institutionell verzahnt, beispielsweise ist der OEF-Kommandeur gleichzeitig Befehlshaber des Regionalkommandos Ost der ISAF. Die Bombardierungen durch OEF finden allesamt in Rücksprache mit der NATO statt.

Deutschland betont seine Führungsrolle im Norden, die Verbündeten sind aber mit dem deutschen Engagement unzufrieden. Die Bundesregierung sieht sich also einerseits einem zunehmender Druck durch die NATO-Partner ausgesetzt, hat aber angesichts der geringen Zustimmung in der Bevölkerung Angst vor robusteren Einsätzen und eigenen Gefallenen im größeren Maßstab, die damit einhergingen. Der Kompromissversuch war der Einsatz deutscher Tornados zur Aufklärung. Offiziell dürfen diese eigentlich keine Daten an OEF übermitteln, aber selbst Verteidigungsminister Jung hat indirekt bestätigt, dass sie dies doch tun. Damit wurde Deutschland endgültig integraler Bestandteil des War on Terror. Dennoch geht dies den Verbündeten offenbar nicht weit genug, wie die Forderung von US-Verteidigungsminister Gates zeigt, deutsche Truppen in den umkämpften Süden zu entsenden.

Zuletzt gibt es noch einen Dritten Beitrag Deutschlands zum Krieg in Afghanistan, nämlich eine führende Rolle bei der Ausbildung von afghanischen Polizisten im Rahmen der EU. Bis 2010 sollen 82.000 Polizisten, und zwar von den eher robuste Einheiten, ausgebildet werden, deren Aufgabe letztlich ist, die auf dem Petersberg eingesetzte Warlord-Regierung zu schützen. Wir finden in Afghanistan letztlich die außenpolitische Umsetzung der „Vernetzten Sicherheit": Unter militärischem Kommando findet eine Besatzung statt, die zugleich allerlei zivile Komponenten bis hin zu Brunnenbauern integriert und damit die zivilen Helfer der Besatzungslogik unterwirft. Diese werden deshalb auch massenweise zu Anschlagszielen und einige Organisationen, wie beispielsweise die DWHH im April 2007, haben deshalb mittlerweile ihre Arbeit eingestellt.

Die Einzigen, die hingegen mit der Entwicklung in Afghanistan zufrieden zu sein scheinen, sind die Wirtschaftsinstitutionen. So bezeichnete die Deutsche Agentur für Außenwirtschaft Afghanistan als „die liberalste Volkswirtschaft der Welt". Unter deutscher Federführung wurde mit dem Land ein Investitionsschutzabkommen (dasselbe Modell wie im Irak) abgeschlossen, das 100prozentigen Firmenbesitz

von Ausländern, Schutz vor Enteignung, Steuerbefreiung in den ersten acht Jahren, Zollreduzierung und 100prozentigen Gewinntransfer ins Ausland vorsieht.

Claudia Haydt: Die deutsche Marine zeigt Präsenz

Zwar ist die deutsche Marine im öffentlichen Bewusstsein und der öffentlichen Diskussion kaum präsent, dafür aber umso mehr auf den Weltmeeren. Obwohl sie nur 10% der deutschen Streitkräfte ausmacht, stellt sie etwa 17% der Kräfte im Einsatz, ist also überproportional im Ausland vertreten.

Zum Beispiel am Horn von Afrika im Rahmen von OEF, ein Einsatz, der am 15. November 2007 verlängert wurde. Zwar wurde das Mandat dabei verkleinert, praktische Relevanz hat diese Reduzierung jedoch keine. Bislang konnten 1.800 Soldaten im Rahmen von OEF zum Einsatz kommen, zukünftig werden es nur noch 1.400 See- und Seeluftstreitkräfte inklusive 100 Sanitätskräften, 100 Unterstützungskräfte sowie 100 Angehörige von Spezialkräften (also KSK-Soldaten) sein. Letztere können im Rahmen von OEF nicht nur jederzeit in Afghanistan, sondern auch an den verschiedenen an das Mandatsgebiet grenzenden Küstengebieten, beispielsweise vor Somalia zum Einsatz kommen. Es handelt sich bei diesem Mandat für Spezialkräfte sozusagen um eine „Multioptionswaffe personeller Art". Das ursprüngliche Mandat mit einer Obergrenze von 1800 Soldaten wurde nie ausgeschöpft, nicht einmal 1000 waren je gleichzeitig im Einsatz, meist waren es 200-500, im Moment sind es 260. Das ist durchaus beabsichtigt, denn hierdurch bestehen weite Spielräume für die Regierung, Truppen im riesigen Mandatsgebiet zu verschieben und nach belieben bei Krisen einsetzen zu können.

Konkret sieht der OEF-Marine-Einsatz folgendermaßen aus: Fregatten, Korvetten und Schnellboote der Bundeswehr pendeln vor Somalia, können aber auch das gesamte Rote Meer bis zum Suez-Kanal und den Golf von Akaba bis Jordanien patrouillieren. Damit kontrollieren sie zugleich wichtige Handelsrouten und die Küsten von Krisengebieten.

Tatsächlich wurden die Transportwege in letzter Zeit unsicherer, aber nicht wegen des Terrorismus, bislang zielte der Terrorismus auf See, wenn überhaupt, nur auf militärische Schiffe ab, sondern durch Piraterie, die sich vereinzelt sogar schon gegen Kreuzfahrtschiffe richtete.

So meint zum Beispiel der Inspekteur der Deutschen Marine, Vizeadmiral Wolfgang E. Nolting: „die Sicherheit der Seeverbindungen [ist] in weiten Teilen der Welt nicht selbstverständlich". Dies führe zu erhöhten Versicherungspreisen und zur Verteuerung der transportierten Waren. Die deutsche Präsenz sichert Handelswege und verhindert so noch höhere Kosten für die Wirtschaft, aber mit Terrorbekämpfung hat das nichts zu tun. Gleichzeitig ist die deutsche Marine in einer geopolitisch wichtigen Region unterwegs, also präsent vor dem Iran und dem Libanon und zwar mit einem Mandat, welches es kurzfristig erlaubt, ohne weiteren Bundestagsbeschluss die Zahl der eingesetzten Soldaten zu verfünffachen. Hier können Truppen von der Regierung nach Gutdünken zwischen mehreren Konfliktregionen verschoben werden.

Dasselbe gilt für das UNIFIL-Mandat vor dem Libanon und um Zypern (dort ist das deutsche Hauptquartier). Das Mandat umfasst ebenfalls 1.400 Soldaten, eingesetzt ist zur Zeit etwa die Hälfte.

Kriegerische Auseinandersetzungen spielen dabei eine untergeordnete Rolle, aber das Zeigen von Präsenz ist kaum zu überschätzen. Offensichtlich geht es genau darum, denn der eigentliche Auftrag, den Waffenschmuggel zu unterbinden, ist eine Farce. Zwischenfälle gab es bislang lediglich zwischen deutschen und israelischen Schiffen. Dadurch ging das Engagement von UNIFIL vor der israelischen Seegrenze deutlich zurück. Die deutsche Marine ist vor Ort mit 2 Fregatten, 2 Schnellbooten, einem Einsatzgruppenversorger, zwei Minenjägern und einigen Hubschraubern. Sie funken zivile Schiffe an und befragen sie nach Route und Ladung und teilen Ergebnisse den libanesischen Hafenbehörden weiter, mit Empfehlungen, falls ihnen ein Boot verdächtig vorkommt. Solche Abfragen gab es bislang 9.000, Kontrollen durch die libanesischen Behörden genau 36, Waffen wurden dabei keine gefunden. Der Zigarettenschmuggel ging hingegen deutlich zurück, dafür verursacht der Einsatz aber auch zwischen 75 und 100 Mio. Euro einsatzbedingter Mehrkosten im Jahr.

Tobias Pflüger auf dem Podium

Die deutsche Marine ist stolz darauf, bei dem Einsatz Lead-Nation zu sein und ist dies bereits länger als vorgesehen. Bislang hat nur die Türkei Ablösung angeboten, aber der Einsatz wird von Zypern aus geleitet, deshalb ist das kaum realistisch (nun soll die EU mit der Marineeinheit EUROMARFOR das deutsche Kommando übernehmen).

Für zukünftige weltweite Ordnungseinsätze werden die küstennahen Gewässer eine große Rolle spielen und die deutsche Marine wird gerade dafür aufgerüstet, diese kontrollieren zu können. Dafür soll die Marine die Fähigkeit erhalten aus 70 bis 200 Kilometer Entfernung Küstenregionen bis tief ins Landesinnere hinein unter Beschuss nehmen zu können. Zum Beispiel könnte sie von der Küste des Libanon aus zukünftig Damaskus beschießen. Man kann die heutigen Marineeinsätzen auch als Übungen für zukünftige Kriegsszenarien verstehen, die im Falle UNIFIL sogar von den UN teilfinanziert werden.

Die Bundeswehr beteiligt sich zudem immer wieder an dem Einsatz Active Endeavour, das ist der Ergänzungseinsatz zu OEF im Mittelmeer. Er wurde ebenfalls nach dem 11. September 2001 ins Leben gerufen, um im Mittelmeer die Handelsschifffahrt vor Terrorismus zu schützen. 2003 wurde das Mandat ausgeweitet um Begleitschutz durch die Straße von Gibraltar, weil dort von einer erhöhten Gefahr von Selbstmordanschlägen mit Schlauchbooten ausgegangen wird.

Beide Einsätze, Active Endeavour und UNIFIL, können auch U-Boote umfassen und hier dienen die so genannten „British Sovereign Bases" auf Zypern als maritime Stützpunkte mit Tiefseehäfen. Die sind weder Teil der EU, noch unter zypriotischer Herrschaft, sondern exterritoriale britische Basen.

Die Aktionen der deutschen Marine zeigen deutlichen den Anspruch, zukünftig weltweit auch maritim Druck ausüben zu wollen. Angesichts der Bedeutung der See für die Energieversorgung ist das ein äußerst konfliktträchtiges Szenario und eines der vielen Anzeichen, dass künftig Kriegseinsätze Deutschlands und der Bundeswehr weiter zunehmen werden.

„Mit der Lizenz zum Töten“

Zum Kommando Spezialkräfte

von Claudia Haydt

Über keinen anderen Teil der Bundswehr ist so wenig bekannt, wie über das Kommando Spezialkräfte (KSK) mit Standort in Calw. Normalerweise werden Einsätze des KSK von Seiten der Bundesregierung weder bestätigt noch dementiert. Erst der Skandal um eine mögliche Misshandlung des Gefangenen Murat Kurnaz in Kandahar (Afghanistan) durch Kommandosoldaten zwang die Bundesregierung wenigstens in kleinen Teilen ihr Schweigen zu brechen – ohne dass sich die grundsätzliche Verschwiegenheit geändert hätte. Spezialkräfte gibt es in fast jeder Armee und sie gehören meist als integraler Teil zu den Einsatzszenarien. Im Folgenden soll beschrieben werden, welche Funktion das KSK im Rahmen der Bundeswehr hat und warum diese als „Armee im Einsatz“ für ihre „Handlungsfähigkeit“ Spezialeinheiten braucht, die „in der Tiefe des feindlichen Raumes agieren können.

Transformation der Bundeswehr

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Bundeswehr konsequent von einer Massenarmee, deren Aufgabe überwiegend in territorial definierter Verteidigung bestand, umgebaut zu einer „Armee in Einsatz“. Seit 2002 ist dieser Prozess zur Steigerung der militärischen Effizienz institutionalisiert als „Transformation der Bundeswehr“ (Siehe Beitrag von Tobias Pflüger). Für diese Aufgabe wurde 2004 eigens ein „Zentrum für Transformation der Bundeswehr“ geschaffen. Die Streitkräftestruktur wurde so verändert, dass die verschiedenen Truppenteile nun entsprechend ihrer Verwendbarkeit für Auslandseinsätze in drei Gruppen eingeteilt werden. Die Speerspitze bilden die 35.000 Soldaten (inklusive weniger Soldatinnen) der Eingreifkräfte. Diese sind für Kampfeinsätze hoher Intensität und meist kürzerer Dauer vorgesehen. Die Stabilisierungskräfte (70.000 Soldaten) sollen „Operationen niedriger und mittlerer Intensität und längerer Dauer“ durchführen, dabei handelt es sich meist um Besatzungseinsätze. Für Logistik der Einsätze, den Grundbetrieb der Bundeswehr sowie die Ausbildung sind 147.500 die Unterstützungskräfte zuständig. Die Bundeswehr ist durch diesen Pyramiden- oder Speerspitzenförmigen Aufbau bereits heute am Einsatz Out of Area ausgerichtet, dies soll jedoch in Zukunft noch weiter optimiert werden. Ganz vorne an der „Speerspitze“ der Bundeswehr ist das Kommando Spezialkräfte. Das KSK ist organisatorisch eingebunden in die Division Spezielle Operation (DSO). In der DSO werden die verschiedenen luftbeweglichen Kräfte der Bundeswehr zusammengefasst. Die DSO wird zur Zeit massiv umorganisiert, Standorte werden verlegt und zusammengefasst, Konzepte werden verändert. So wird im Laufe des Jahres 2008 die Zentrale des DSO von ihrem Stammsitz in Regensburg nach Stadtallendorf verlegt. Eine der wenigen Konstanten im Rahmen der DSO ist das Kommando Spezialkräfte, das in seiner Konzeption bereits zu Beginn wesentliche Elemente der Transformation der Bundeswehr vorwegnahm. Es wurde aufgestellt mit einer klaren Kampf- und Einsatzorientierung, wodurch die Konzeption des KSK in ihren wesentlichen Elementen seit seiner Gründung im Jahr 1996 Bestand hat. Das KSK kann also als Speerspitze für die Einsatzorientierung bezeichnet werden. Entsprechend fanden die ersten Einsätze des KSK auch recht schnell statt.

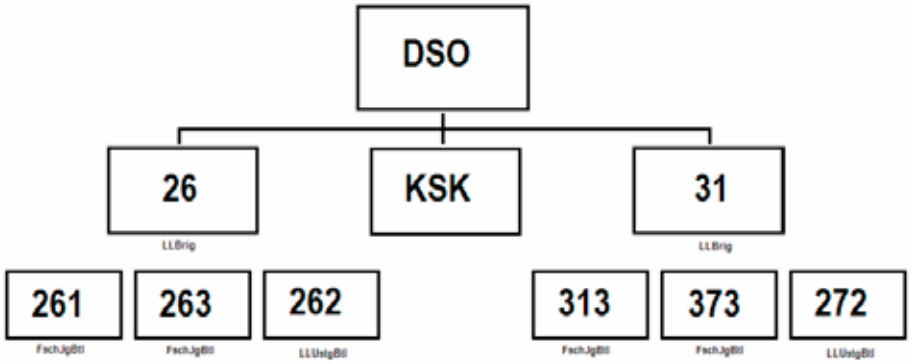
In der Calwer Graf Zeppelin Kaserne stehen zur Zeit etwa 1100 KSK-Soldaten bereit. Die Zielgröße beträgt 1300. Diese Zielgröße könnte längst erreicht sein, wenn die Bundeswehr all diejenigen, die sich für den Dienst im KSK bewerben, akzeptieren würde. Allerdings sorgen die harten Auswahlkriterien dafür, dass nicht alle Dienstposten besetzt sind. Die Vorläufer des KSK waren Fallschirmjäger-Kompanien, „Beta 1“-Kompanien bzw. Fernspähtrupps, die bereits in den 1960er Jahren aufgestellt worden waren. Deren Konzeption enthielt bereits viele Elemente des heutigen KSK. Auch sie sollten „in der Tiefe des feindlichen Raumes“ agieren. Diese „Tiefe“ war damals jedoch der Ostblock und da nur wenige davon ausgingen, dass im Rahmen atomarer Kriegsszenarien wirklich noch ein Sinn in Einsätzen hinter dem Frontverlauf bestehen könnte, war die Einsatzrelevanz der Fallschirmjäger begrenzt. Dennoch hat das KSK im Rahmen der Bundeswehr – und darüber hinaus – bereits eine längere Tradition, auf die bewusst aufgebaut wird.

Das Alter der meisten eingesetzten Kommandosoldaten liegt über dem Durchschnitt der üblicherweise im Ausland eingesetzten Soldaten. Die Elitesoldaten sind meist zwischen 25 und 32 Jahre alt, was an ihrer längeren Ausbildung liegt, die bis zu vier Jahre dauert. Die Soldaten werden aber gemessen an ihrer Ausbildung nicht besonders gut bezahlt. Die Einstufung der meisten Kommandosoldaten liegt bei Besoldungsstufe A7 oder A8. Netto bedeutet dies meist zwischen 1600 und 1800 Euro, dazu kommen 350 Euro KSK-Zulage und 150 Euro Fallschirmzulage. Die meisten Soldaten gehen also nicht zum KSK wegen des Geldes, sondern wegen des Elitebewusstseins, welches damit verbunden ist, Teil des KSK zu sein. Dazu kommt zwischenzeitlich für viele eine attraktive Berufsperspektive nach ihrer Dienstzeit beim KSK. Viele der Elitesoldaten können zwischen verschiedenen Angeboten privater Sicherheitsfirmen auswählen und sind anschließend als gut bezahlte Söldner bzw. „Sicherheitsberater“ tätig.

Einsatz mit Kommandotrupps

Die Einsatzführung liegt – wie für alle anderen Truppenteile die im Ausland eingesetzt sind – in Potsdam. Allerdings wird das KSK – ebenso wie die Marine-Spezialkräfte – über eine spezielle Abteilung befehligt, über das so genannte „Kommando Führung Operationen von Spezialkräften“. Die Einsätze des KSK bestehen im Kern aus vierköpfigen Kommandotrupps, in denen jeweils Pionier-, Waffen-, Sanitäts- und Fernmeldespezialisten zusammenarbeiten. Die Trupps sind jeweils Teil von Kommandozügen mit speziellen Fähigkeiten zum „Eindringen“ in das Einsatzgebiet. Es gibt Spezialisten für das Einsickern über Land, für das „vertikale“ Eindringen, für Amphibik sowie für Gebirge bzw. Arktis. Dazu kommen noch Fernspäh- und Scharfschützenelemente. Kommandokompanien sind jeweils autarke Einsatzelemente. Das „Eindringen“ in feindliches Territorium ist fester Bestandteil des Berufsbildes eines Kommandosoldaten, z.B. durch Fallschirmsprung, über Gebirge oder über diverse maritime Techniken, wie das Tauchen in feindlichen Häfen oder das Anlanden mit Schnellbooten.

Zur Ausbildung der Kommandosoldaten gehört „unconventional warfare“. Eine beschönigende Bezeichnung für Kampftechniken, die man auch als „List und Heimtücke“ bezeichnen könnte. Es geht um die Antwort der Bundeswehr (unter anderer Armeen) auf asymmetrisch organisierte Gegner. Die Bundeswehr agiert in ihren gegenwärtigen Einsätzen überwiegend in einem Umfeld, in dem sie meist keinem klar militärisch organisierten und sichtbaren Gegner gegenübersteht. Zivilisten können



Gliederung Division Spezielle Operationen (DSO)

sich plötzlich als Kombattanten verhalten und es ist oft völlig unkalkulierbar, wann eine friedlich Situation zur Kampfhandlung eskaliert. Mit Kommandosoldaten haben Armeen ein Instrument, mit dem sie ebenso unkonventionell und überraschend agieren und somit eine strukturelle Antwort auf diffuse Bedrohungslagen geben wollen. „Unconventional warfare" beinhaltet deswegen vieles, was man umgangssprachlich als „dreckige Kriegsführung" (wenn es denn überhaupt etwas anderes gibt) bezeichnen könnte. Zur Ausbildung gehört das gezielte Üben des Tötens. Der Oberstleutnant der Bundeswehr Jürgen Rose äußert in einem Artikel mit der Überschrift „Kommando Spezialkiller"[1] die Befürchtung, dass sich die KSK-Soldaten als Todesschwadronen betätigen könnten. Kommandosoldaten werden darauf vorbereitet, im Ernstfall gezielt töten zu können. Dazu ist es nötig, die Hemmschwelle für Gewalt abzusenken.

Es gibt für die Ausbildung von Kommandosoldaten so genannte „Killing Houses". Auch in der Calwer Kaserne gibt es eine solche Einrichtung. Es handelt sich um mehrräumige und mehrstöckige Schießplätze, in denen beinahe jede beliebige Häuserkampfsituation nachgestellt werden kann. In der hochmodernen Anlage wird mit scharfer Munition geübt, was bei den Soldaten durch den dadurch erhöhten Adrenalinpegel eine große Realitätsnähe der Übungssituation suggerieren soll.

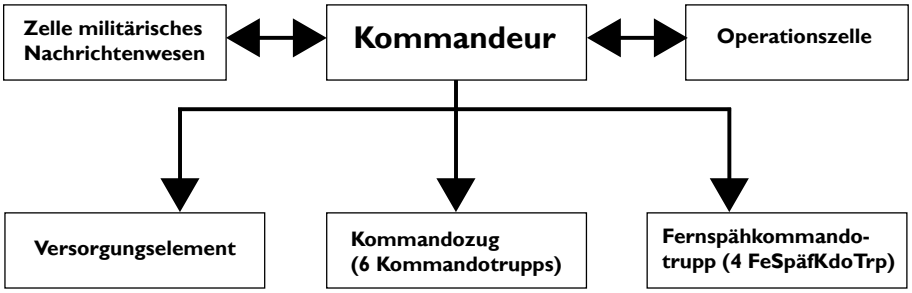
Zur Ausbildung gehört auch die Vorbereitung auf die Situation, dass Kommandosoldaten in die Hände feindlicher Kräfte fallen. Die Soldaten lernen dafür auch „resistance to interrogation", das bedeutet, sie lernen Techniken des Widerstandes gegen Befragung. Einige dieser Soldaten, die gelernt haben selbst Verhörprofis auszutricksen, müssen nun vor dem KSK - Untersuchungsausschuss des Bundestages Rede und Antwort stehen. Doch ob diese gut geschulten Spezialisten je die Wahrheit sagen, bezüglich dessen, was bei ihrer Begegnung mit Murat Kurnaz im Januar 2002 im US-Gefangenenlager in Kandahar passiert ist, das darf ernsthaft bezweifelt werden. „Sie wirken wie gut orchestriert."[2] kommentiert die Monitorredakteurin Sonia Mikich am 13.7.2007 die Aussagen der KSK-Soldaten vor dem Untersuchungsausschuss. Der ermittelnde Tübinger Oberstaatsanwalt Walter Vollmer klagt: „Es bleibt für mich das Gefühl, dass die Aussagen abgestimmt waren."[3] Um also überhaupt Anhaltspunkte zu haben für das, was Murat Kurnaz durch deutsche KSK-Soldaten eventuell angetan wurde, sind wir darauf angewiesen, uns ein Gesamtbild dessen zu machen, was überhaupt zu ihrem Aufgabenprofil gehörte und auf Informationen von anderen Augenzeugen, die vor Ort waren. Aussagen von Mitgefangenen stützen denn auch wichtige Teile von Kurnaz' Aussage.

Laut Auskunft der Homepage der Bundeswehr[4] gehören folgende Szenarien zum Aufgabenprofil des KSK: „Schutz von Personen in besonderen Lagen" sowie „eigener Kräfte auf Distanz". Es geht hierbei um mehr als Personenschutz von Soldaten und Diplomaten, es geht auch darum, etwa im Hinterland von Bundeswehrstandorten im Ausland (z.B. in Afghanistan) „offensiven Kampf gegen subversive Kräfte" zu führen. Im Bundeswehrjargon heißt diese Form des Kampfeinsatzes dann weiter „Reaktionsschnelle Abwehr feindlicher Kräfte, bevor sie eigene Kräfte und Einrichtungen erreicht und bedroht haben." Aus militärischer Sicht ist diese Form der Standortsicherung offensichtlich eine wichtige Fähigkeit. Mindestens ebenso wichtig ist die Fähigkeit zum „Retten und Befreien". Es geht dabei nur am Rande um die Fähigkeit zur Retten bedrohter deutscher Zivilisten sondern vor allem um das „Aufspüren, Befreien und Rückführen deutscher Soldaten, die bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr in Gefangenschaft oder Geiselsituationen geraten sind."

Noch wichtiger ist die Aufgabe der „Spezialaufklärung" für das KSK. Es geht dabei darum, „Schlüsselinformationen" zu beschaffen und so die „Informationsüberlegenheit" der Bundeswehr herzustellen. Aufgabe ist es also, hinter den feindlichen Linien (wobei das gar nicht zu einfach zu definieren ist, da z.B. in Afghanistan alles außerhalb der eigenen Kasernen hinter feindlichen Linien liegt) aufzuklären, festzustellen, wo feindliche Kräfte ihre Führungssysteme haben. Ein „Führungssystem" kann in der Praxis auch ein Gästehaus sein, in dem sich verschiedene Reisende treffen, die keineswegs alle Teil des organisierten Widerstandes sein müssen, aber dennoch immer wieder als solche bekämpft werden. Ziel ist das Erkennen und „Ausschalten" von Knotenpunkten von Personenbewegungen, es können aber auch technische Knotenpunkte wie Funkstationen sein. Selbstverständlich geht es auch um die Bekämpfung von „militärischen Zielen in der *Tiefe des gegnerischen Raumes*". Dieser „Kampf in der Tiefe" wird mit großer Härte durchgeführt.

Die Koordinaten von Zielen, die das KSK mit seinen eigenen Mitteln nicht bekämpft kann, werden anderen Teilen der Bundeswehr oder befreundeten Streitkräften übermittelt, das KSK ist dann zuständig für die „Lenkung weitreichenden Feuers, dabei auch die Lenkung von Kampfflugzeugen", damit, etwa von einem Kampfhubschrauber aus, die anvisierten Ziele zerstört werden können. Die Bundeswehr beschreibt dies wie folgt: „Wegnahme, Lähmung oder Zerstörung von für die gegnerische Operationsführung entscheidenden Waffensystemen, Einsatzmitteln, Infrastruktur und Anlagen."

Um solche, aus militärischer Sicht für die Auslandseinsätze notwendigen Operationen erfolgreich durchführen zu können, wird das KSK relativ gut mit neuer und teurer Rüstungstechnologie versorgt.



Kommandostruktur des KSK

„Saubere Kriege" gibt es nicht

Wenn ein Kommandosoldat „in der Tiefe des feindlichen Raumes" unterwegs ist, um etwa herauszufinden, wo gekidnappte Kollegen versteckt gehalten werden, dann ist jeder Zivilist, der den Soldaten dabei entdeckt, ein möglicher Gegner. Der Kommandosoldat kann nie wissen, ob er einen einfachen Hirten getroffen hat oder es sich um jemanden handelt, der zum organisierten Widerstand gehört. Aber selbst wenn es „nur" ein Hirte ist, wird dieser wahrscheinlich zu einem späteren Zeitpunkt anderen Personen begegnen und diesen von seinem Zusammentreffen mit den feindlichen Soldaten erzählen. Dadurch wäre der Auftrag des Kommandosoldaten gefährdet. Jeder Zivilist ist also ein potentieller Feind, wobei es dabei durchaus wahrscheinlich ist, dass ein solcher eliminiert wird. Dies findet natürlich nicht in jedem Fall statt. Immer wieder werden Kommandounternehmen auch abgebrochen. Kommandosoldaten beschließen durchaus immer wieder, ihre potentiellen Gegner nach einem so genannten „soft compromise"[5] nicht zu eliminieren sondern die Aktion abzubrechen. Dennoch stehen die Soldaten regelmäßig im Zwiespalt zwischen erfolgreicher Durchführung ihrer Operation oder moralischen (und völkerrechtlichen) Erwägungen. Jenseits der Frage nach individueller Schuld und Verantwortung stellt es ein gravierendes politisches Problem dar, wenn Soldaten vor solche Entscheidungssituation gestellt werden.

Die „unkonventionelle Kriegsführung in der Tiefe des generischen Raumes" gehört für beinahe alle modernen Armeen zu ihren Einsatzszenarien. Alliierte, die ihre Truppen im Auslandseinsatz haben, wollen selten auf solche Elite-Einheiten verzichten. Deswegen habe auch Länder wie Dänemark, Norwegen oder die Niederlande neben ihren regulären Streitkräften auch Kommandosoldaten im Einsatz. Für die meisten scheinen Auslandseinsätze ohne Spezialkräfte nicht denkbar. Der internationale Austausch zwischen den verschiedenen Spezialkräften funktioniert gut, so wird häufig zusammen trainiert und es findet ein reger Austausch über neue Waffentechnologien und Einsatztechniken statt.

Problemzone KSK

Waffenfetischismus und Elitebewusstsein sind nur ein Teil dessen, was das KSK als „Problemzone" auszeichnet. Es gibt zusätzlich eine Grauzone zu den Nachrichtendiensten. Der Arbeitsalltag der Elite-Einheit im Auslandseinsatz hat viel mit Aufklärung und Informationsbeschaffung zu tun. Ähnliche Aufgaben haben auch die Nachrichtendienste. Im Jahr 2002 arbeitete etwa das KSK in Kandahar eng zusammen mit einem Verbindungselement des ZNBw/ANBw (Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr; *bis 2002* Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr). Die Mitarbeiter des ZNBw/ANBw arbeiteten dort meist mit den BND-Repräsentanten in den gleichen Räumlichkeiten. Wie sich die Zusammenarbeit der KSK-Soldaten in den Jahren 2001-2003 in Afghanistan mit den Nachrichtendiensten gestaltete, wird nur noch schwer nachvollziehbar sein, da durch die so genannte Jasmin-Panne wesentliche Aufzeichnungen des Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr angeblich versehentlich zerstört wurden. Durch Veröffentlichungen des DSO-Kommando-Soldaten Achim Wohlgethan[6], wurde immerhin dokumentiert, dass es 2002 in Afghanistan Kooperationen gab zwischen dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) und der Bundeswehr – obwohl der MAD überhaupt erst seit 2004 im Ausland eingesetzt werden durfte und das auch nur innerhalb von Bundeswehrliegenschaften. Von einer Trennung zwischen Armee und Geheimdiensten kann wohl definitiv nicht die Rede sein.

Die Parole der Kommandosoldaten lautet: „Klagt nicht, kämpft!" Diese Haltung als entschlossene und zähe Kämpfer ist ein wichtiger Teil der Identität der KSK-Soldaten. Zum Elitebewusstsein kommt ein spezielles Traditionsbewusstsein. Zu den Traditionslinien des KSK gehören die Brandenburger, eine Sondereinheit innerhalb der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges. Die Brandenburger waren während des Zweiten Weltkrieges unter anderem auch in Afghanistan, im Iran und in vielen Teilen Zentralasiens aktiv. Das Aufgabenprofil der Brandenburger damals und des KSK heute ist zwar nicht vergleichbar, es gibt aber Elemente, die Traditionslinien aus Sicht mancher Kommandosoldaten offensichtlich attraktiv machen. Auch die Brandenburger waren ebenfalls „in der Tiefe des feindlichen Raumes" aktiv. Es ging damals darum, sowohl Stellungen des Gegners auszuspähen als auch Operationen gegen diesen anzustoßen, was damals vor allem gegen die Britische Präsenz in der Region gerichtet war. Es gibt Berichte darüber, dass innerhalb des KSK die Aktionen der Brandenburger kriegsgeschichtlich aufgearbeitet werden, um aus deren Erfolgen und Niederlagen Schlussfolgerungen für eigene Taktiken ziehen zu können. Das spezielle Traditionsbewusstsein mancher KSK-Soldaten führte gelegentlich auch zu offenen Skandalen. So brachten KSK-Soldaten während der Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz in Masirah im Oman auf einem Jeep Rommels Afrikapalme an. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt – der Positivbezug auf die Wehrmachtstradition war dennoch eindeutig. Die Jeeps, mit denen Spezialkräfte (nicht nur des KSK) im Einsatz unterwegs sind, sehen aus der Entfernung den Fahrzeugen der Hilfsorganisationen oft täuschend ähnlich. Die Präsenz von Spezialkräften in neutral gefärbten Fahrzeugen gefährdet massiv die Arbeit der Hilfsorganisationen. Da so nicht auf den ersten Blick zwischen ziviler Hilfe und Spezialeinheiten im Kampfeinsatz unterschieden werden kann.

Von 2000 bis 2003 war Reinhard Günzel Kommandeur des KSK. Er wurde entlassen, da er einen Brief zur Unterstützung des CDU-Abgeordneten Hohmann verfasst hatte, der in einer Rede „die Juden" mit dem Begriff „Tätervolk" zusammenbrachte.* Anfang 2007 veröffentlicht Günzel das Buch „Geheime Krieger" gemeinsam mit dem GSG-9-Gründer Ulrich Wegener und dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Wilhelm Walther. In diesem Buch erläutert Günzel:

„Die Kommandosoldaten wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen", um dann fort zu fahren: „Die Einsätze der ‚Brandenburger' (…) gelten der Truppe geradezu als legendär." Und weiter präzisiert Günzel sein KSK-Berufsbild: „Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert." All das sind Äußerungen des Mannes, der drei Jahre Chef der Kommandosoldaten in Calw war, genau während der Zeit, in der die ersten Afghanistaneinsätze und auch die möglichen Übergriffe gegen Murat Kurnaz stattfanden. Es gibt viele Hinweise darauf, dass diese Einstellungen „Papa Günzels" im KSK bekannt waren und von einigen geteilt wurden. Da die Brandenburger nicht Teil der SS sondern Teil der Wehrmacht waren, wurde auch an dem Mythos gearbeitet, dass dieser Truppenteil „kein Blut an den Händen" gehabt hätte und dass deswegen ein positiver Bezug möglich sei. Es ist Aufgabe der Bundeswehr hier intern klar gegenzusteuern.

Ein mögliches Szenario …

Es ist nicht völlig von der Hand zu weisen, dass Elitebewusstsein, gekoppelt mit gefährlichen Traditionsbezügen, das KSK auch für junge Männer mit rechtem Gedankengut attraktiv macht. Wenn wir eine Erklärung suchen für das, was vermutlich Murat Kurnaz in Kandahar zugestoßen ist, dann könnte das folgende Szenario eine mögliche Erklärung liefern:

Die stolze Elitetruppe wurde Ende 2001

* Diese Passage mußte 2012 aufgrund einer Abmahnung durch den Anwalt von Herrn Hohmann geändert werden - siehe hierzu den IMI-Standpunkt „In eigener Sache" 2012

KSK-Einsatzwagen Serval

zur Vorbereitung ihres ersten „großen" Einsatzes nach Oman geschickt, um dort zu trainieren. Das Training fand in der Wüste statt – Bedingungen, die ähnlich für Kandahar gelten. Allerdings ist es in Kandahar deutlich kälter als in der warmen omanischen Wüste. Aus dieser Region kamen dann im Dezember 2001 und Januar 2002 KSK-Soldaten mit sommerlicher Wüstentarnuniform ins klirrend kalte Kandahar, dort wurde ihnen von den US-amerikanischen Verbünden anfangs keine „befriedigende" Aufgabe zugewiesen, die dem Ausbildungsprofil und dem Selbstbewusstsein der KSK-Soldaten entsprochen hätte. Die Elitesoldaten waren also anfangs mehr oder weniger arbeitslos und eine ihrer ersten Aufgaben war Wachdienst im Lager im US-Gefangenenlager in Kandahar. Es ging dabei vor allem darum, US-amerikanische Soldaten zu entlasten und freizustellen für die eigentlichen Kampfhandlungen. Es ist möglich, dass die hervorragend ausgebildeten Kommandosoldaten es als beleidigend empfanden, zu Gefängniswärtern degradiert zu werden. In dieser Situation wurden Kommandosoldaten darüber informiert, dass da eine „Deutscher" im Lager sei, es handelte sich um den Gefangenen Nr. 50, den aus Pakistan verschleppten Murat Kurnaz. Für möglicherweise frustrierte und eventuell auch

nationalistisch beeinflusste Soldaten könnte es eine Provokation gewesen sein, dass ihnen ein ungewaschener Gefangener (es gab kaum Möglichkeiten zur Körperpflege im Lager) mit einem türkischen Namen von den amerikanischen Kollegen als Landsmann vorgestellt wurde. Es ist zumindest denkbar, dass zu diesem Zeitpunkt nicht Empathie mit dem Gefangenen, sondern das Bedürfnis, diesen vor den US-Amerikanern zu demütigen, bei zwei Soldaten die Oberhand gewann. Der von Kurnaz berichtete Übergriff könnte so entstanden sein – endgültig beweisen wird man dies wohl nie können.

Der programmierte Rechtsbruch

Fakt ist jedoch, dass deutsche Soldaten ein Lager bewacht haben, in dem die Genfer Konvention und andere völkerrechtliche Schutznormen für (Kriegs-)Gefangene nicht angewandt wurden. Nachweisbar ist auch, dass deutsche Soldaten beteiligt waren an der Durchführung von Aufnahmeprozeduren (so genanntes „in-processing") für die Gefangenen. Dieses in-processing stellte eine demütigende und erniedrigende Behandlung dar. Menschen wurden mit Sack über dem Kopf[7] in einen Raum geführt, in dem zahlreiche uniformierte Soldaten und Soldatinnen(!) saßen. Nacktheit – besonders vor Angehörigen des anderen Geschlechts – ist für viele Muslime ein Tabu. Die Gefangenen mussten sich vollständig ausziehen und wurden mit Sack auf dem Kopf nach vorne gebeugt. In dieser Haltung wurden dann Rektal-Untersuchungen durchgeführt, die dokumentierten Schilderungen dieser Vorgänge machen klar, dass die betroffenen Gefangenen Vergewaltigungsängste hatten. Durch diese und weitere Aktionen sollten die Gefangenen für anschließende Befragungen gefügig gemacht werden.

Welche Rolle die anwesenden deutschen Soldaten gespielt haben, ist nicht abschließend zu klären, sie waren jedoch Teil der Maschinerie und haben nichts dagegen unternommen. Deutsche Soldaten haben sich also mindestens der Beihilfe zum Völkerrechtsbruch schuldig gemacht. Es geht hier jedoch nicht nur um die mögliche individuelle Schuld von KSK-Soldaten, sondern auch um die Verantwortlichkeit derjenigen, die den politischen und militärischen Rahmen des Einsatzes festgelegt haben. Es geht konkret um das Einsatzführungskommando, das Verteidigungsministerium und die gesamte rot-grüne Regierung. Die KSK-Soldaten hatten keine verbindlichen Vorgaben dazu, wie sie mit Gefangenen umgehen sollten, weder mit eigenen, noch denen der Verbündeten. Das ist allein deswegen ein fundamentales Versäumnis, weil die Soldaten explizit die Aufgabe hatten, Gefangene zu machen. Am 16.11.2001 beschloss eine Mehrheit im Bundestag ein Mandat mit den folgenden Aufgaben: „Führungs- und Ausbildungseinrichtungen von Terroristen auszuschalten, Terroristen zu bekämpfen, gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen sowie Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten."

Wer Gefangene nimmt und sie vor Gericht stellen will, der ist auch dafür verantwortlich, dass dies nach rechtsstaatlichen Regeln abläuft. Anfang 2002 war bereits klar, dass die Gefangenen von Kandahar nach Guantanamo Bay überstellt werden würden und es war klar, dass der exterritoriale Status dieses Standortes bewusst gewählt wurde, um einen rechtsfreien Raum zu konstruieren. Weil all dies klar war, ist es zuallererst ein politisches Problem, wenn Soldaten losgeschickt werden mit einem Auftrag, der rechtskonform nicht erfüllbar ist.

Jeder Soldat hat normalerweise bei seinen Einsätzen eine Taschenkarte dabei, in der die „Rules of Engagement" (Einsatzregeln) festgelegt werden, dazu gehört auch eine rechtliche Belehrung zu den Inhalten und Grenzen des Mandats sowie zu den relevanten völkerrechtlichen Regelungen. Die Kommandosoldaten hatten während der ersten Monate ihres Einsatzes keine schriftlichen „Rules of Engagement". Es gibt meines Wissens nur einen weiteren Zeitraum in dem bundesdeutsche Soldaten ebenfalls keine „Rules of Engagement" für ihren Einsatz hatten, das waren 1999 die ersten 14 Tage der Bombardierung Serbiens im Rahmen des so genannten Kosovokrieges. Offensichtlich fällt es nicht leicht, für völkerrechtswidrige Kriege auch nur annähernd rechtskonforme Einsatzregeln zu definieren. Da ist es politisch bequemer, die Verantwortung für Rechtsverstöße auf die eingesetzten Soldaten abzuwälzen. Erst am 26. April 2007(!) erließ das Verteidigungsministerium Weisung an seine Soldaten über die „Behandlung von Personen, die bei Auslandseinsätzen von deutschen Soldatinnen oder Soldaten in Gewahrsam genommen werden".

KSK auflösen!

Der Einsatz des KSK wurde – wie bereits erwähnt – vom „Kommando Führung Operationen von Spezialkräften“ in Potsdam geführt. Es gab beinahe täglich Video- oder Telefonkonferenzen aus dem Einsatzgebiet in Afghanistan nach Potsdam. Wenn Einsätze liefen, trug häufig ein Soldat eine Kamera am Helm, deren Bilder live nach Potsdam übermittelt wurden. Solche Einsätze, inklusive der deutschen Beteiligung an der Operation Anaconda, wurden bis zu 48 Stunden lang von dem Potsdamer Publikum als eine Art „Battle-TV“ verfolgt. Interessanterweise sind die Bänder mit den entsprechenden Aufzeichnungen größtenteils nicht mehr auffindbar. Auch die Protokolle dieser Videokonferenzen sind verschwunden oder auffällig kurz und – welch Zufall – die Mitarbeiter im Einsatzführungskommando erinnern sich nicht mehr so genau, was damals alles geschah.

Das Ergebnis dieser erstaunlichen Menge an Informationslücken und vernichtetem Beweismaterial ist, dass die Einsätze des KSK nicht in ihrer tatsächlichen tragweite beurteilt werden können. Das Wenige, was über den Afghanistaneinsatz zu Beginn der Operation Enduring Freedom bekannt ist, ist jedoch widerwärtig genug. KSK-Soldaten beteiligten sich an einem Völkerrechtsbruch und sie agierten ohne verbindliche Vorgaben. Eine politische Kontrolle fand – politisch gewollt – nicht statt. Es war ein Einsatz, der sich nicht an internationales Recht hielt und der sich wohl auch nicht an internationales Recht halten sollte.

Allein die mangelhafte Kontrollmöglichkeit, die selbst ein Untersuchungsausschuss des Bundestages dieser Truppe gegenüber hat, wäre ein ausreichender Grund, ihre Abschaffung zu fordern. Grundsätzlich gilt jedoch: Die Einsätze von Spezialkräften sind sowohl die Speerspitze als auch ein integraler Teil von militärischen Auslandseinsätzen. Wenn es uns gelingt, die Einsätze des KSK zu stoppen, dann könnte dies auch den Einstieg in den Ausstieg aus Auslandseinsätzen erleichtern. In diesem Sinne:

Stoppt die Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Keine deutsche Kriegsunterstützung![8]

Anmerkungen

[1] Freitag 29, 22. Juli 2005.
[2] Markus Schmidt: Problemfall KSK – Deutschlands Eliteeinheit in Verruf, MONITOR Nr. 567 am 13. September 2007.
[3] Ebenda.
[4] „Der Auftrag des KSK“, URL: www.bundeswehr.de (Stand 6.10.2006).
[5] Mit „Soft Compromise“ wird die (vermutete) Entdeckung durch gegnerische Kräfte bezeichnet, mit „Hard Compromise“ wird ein potentiell tödliches Gefecht mit den gegnerischen Kräften bezeichnet.
[6] Achim Wohlgethan, Endstation Kabul, 2008.
[7] Christopher Mackey, Greg Miller: The Interrogators: Inside the Secret War, 2005.
[8] Mehr zur entsprechenden IMI-Kampagne: http://www.imi-online.de/seite.php3?id=11

Militarisierung durch die Hintertür:

Der EU-Reformvertrag

Neues Flugblatt der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. zum EU-Reformvertrag mit den grundlegenden Informationen zur fortgesetzten Militarisierung Europas.

Zu beziehen über des Büro der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
imi@imi-online.de

Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung können den Flyer bei uns gratis bestellen. Alle anderen bitten wir um Portoersatz, sowie wenn möglich, um ein kleine Spende zur Unterstützung unserer Arbeit.

Nein zum EU-Verfassungs-/Reformvertrag!

Nein zur Militarisierung EUropas!

Perspektiven des Widerstands

Der Kampf gegen Militärstandorte in Deutschland

von Hannelore Tölke

Am 17. Februar 2007 protestierten im italienischen Vicenza mehr als 200.000 Menschen gegen den Bau eines neuen US-Militärstützpunkts am Dal Molin Flughafen. Im Aufruf zur Demonstration hieß es „Wir demonstrieren aus kulturellen, sozialen und aus Umweltgründen gegen den Ausbau der Militärbasis aber auch, weil wir gegen den Krieg sind. Wir demonstrieren für das aktive Beteiligungsrecht der Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinden an den Entscheidungen." Hierzulande gehen mittlerweile weit weniger Menschen gegen Militärstandorte auf die Straße, dennoch gibt es auch bei uns Widerstand an Militärstandorten. Dieser Widerstand ist hartnäkkig, mutig und fantasievoll.

Jericho in der Eifel

Am 2. September 2007 trafen sich Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten aus der Region und aus ganz Deutschland zur Umrundung des Nato-Flugplatzes Büchel. Organisiert wurde die Aktion vom Initiativkreis gegen Atomwaffen in Cochem. Es war bereits das 6. Mal, dass Friedensaktivisten den Nato -Flugplatz Büchel umrundeten. Bereits seit 2002 findet - am dem Sonntag, der dem Antikriegstag am nächsten liegt - eine Umrundung als zivile Inspektion statt. Auf dem Nato-Flugplatz in Büchel, 60 km westlich von Koblenz, ist das Jagdbombergeschwader 33 der Bundesluftwaffe stationiert.

Doch der Nato-Flugplatz Büchel ist kein „normaler" Militärflugplatz. Hier lagern, von 80 amerikanischen Soldaten bewacht, 20 US-amerikanische Atombomben. Jede dieser Bomben vom Typ B-61 verfügt über die etwa 15fache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe.

Auf ihrer Friedenswanderung waren die Friedensaktivisten niemals allein. Bewacht wurden sie von mehr als 300 Bundeswehrsoldaten, die mit ihren Maschinenpistolen über die Köpfe der Demonstrierenden hinwegzielten. 2006 aber hatte sich etwas geändert. Mehr Menschen aus der Region waren gekommen und auch die Bewachung des Nato-Flugplatzes während der Umrundung hatte sich geändert, weniger Bewacher als in den vergangenen Jahren waren eingesetzt.

Besetzung des Bombodroms 2007

Bereits seit Langem ist für 2008 die 7. Umrundung geplant. Vor der 7. Umrundung Ende August 2008 jedoch soll die Bundeskanzlerin Merkel aufgefordert werden, bis zum Hiroshimatag 2008 zweifelsfrei zu erklären, dass Deutschland die nukleare Teilhabe beendet und von den USA verlangt, alle Atomwaffen bis spätestens 2010 aus Deutschland abzuziehen. 2010 findet die nächste Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages statt und auf dieser Konferenz soll Deutschland erklären können: „Wir sind atomwaffenfrei."

Zur 7. Umrundung, die am Sonntag, den 31. August 2008 stattfinden wird, erwartet der Initiativkreis gegen Atomwaffen in Cochem 100 Teilnehmer für jede der 20 Atombomben, die auf dem Nato-Flugplatz in Büchel lagern. Im Anschluss an die 7. Umrundung wollen die Organisatoren erklären, dass es von diesem Zeitpunkt an mit Hilfe gewaltfreier Aktionen keinen ungestörten Betrieb des Atomwaffenlagers mehr geben wird. Schon in der Woche vorher, vom 25. bis 30. August 2008, wird an jedem Tag, also 6-mal, eine Gruppe den NATO-Flugplatz Büchel umrunden.

Gewaltfrei – so die Erzählung im Alten Testament - gelang es den Israeliten eine Großmacht aus dem Weg zu räumen, das damalige Jericho, indem die Mauern von Jericho sieben Mal, begleitet von Trompetentönen, umkreist wurden, bis sie schließlich fielen. Aber anders als in der Bibel, in der nach dem Fall der Mauer fast alle Bewohner getötet wurden, setzt sich der Initiativkreis gegen Atomwaffen dafür ein, dass die ganze Menschheit von dem Schrekken der Atomwaffen befreit wird: Soldaten und Zivilisten.

Von der Heide bis zum Strand

Die Kampagne „Von der Heide bis zum Strand", die während des G8-Gipfel im Juni 2007 stattfand, sollte das Bombodrom in der Kyritzer Heide mit dem Militärflughafen in Rostock-Laage und der dortigen Ankunft von Gipfelteilnehmern miteinander verknüpft werden, um dadurch die zentrale Rolle Deutschlands bei der Militarisierung und den Kriegen, die von den G8-Staaten betrieben werden, sichtbar zu machen.

Die Aktionstage am 1.6. in der Kyritzer Heide und am 5. Juni 2007, dem Ankunftstag von G.W. Busch am Flughafen Rostock-Laage wurde von einem breiten Bündnis aus lokalen Friedensinitiativen, Antimilitaristinnen und Antimilitaristen sowie von überregionalen Friedensorganisationen vorbereitet.

Auf zum Bombodrom im Heidesand...

80km nördlich von Berlin, zwischen den Städten Wittstock und Neuruppin, liegt ein 142 Quadratkilometer großes Gelände, das die Sowjetarmee 40 Jahre lang als Bombodrom benutzt hat.

Seit 1992 versucht die Bundeswehr, dieses Gelände weiter zu nutzen und dort einen Luft-Boden-Schießplatz für EU- und NATO-Truppen einzurichten. Auf diesem Truppenübungsplatz sollen multinationale Truppen das Zusammenwirken von Luftwaffe und Bodentruppen üben. Seit nunmehr 15 Jahren streitet in breites Friedensbündnis unter dem Motto „Nicht hier und nirgendwo" für die friedliche Nutzung der Heide auf. Die Bürgerinitiative FREIe HEIDe hat mittlerweile über 100 Protestwanderungen durchgeführt und rund um das Militärgelände Mahnsäulen errichtet. Bisher haben Klagen der Anwohner die militärische Nutzung verhindert.

Am 1. Juni wurde das Gelände des Bombodroms unter dem Motto „Jedes Ziel ist ein Zuhause" in einer Aktion zivilen Ungehorsams wiederbesiedelt. Ziel war es, ein deutliches Zeichen der Ablehnung von Kriegsübungen und Militäreinsätzen zu setzen.

... und dann weiter zum Flughafen Rostock-Laage!

Am 5. Juni dann begannen mit einem antimilitaristischen Aktionstag die Kundgebungen und Blockaden am Flughafen Rostock-Laage.

Der Flughafen Rostock-Laage wurde 1979 als Fliegerhorst der NVA gegründet und 1990 von der Bundeswehr übernommen. Seit 1993 ist dort das Jagdgeschwader 73 stationiert. Durch einen Mitnutzungsvertrag wird der Flughafen seit 1992 auch zivil genutzt und entwickelte sich schnell zu einem wichtigen Flughafen in der Region für Billigflieger und für Luftfracht. Heute sind dort Eurofighter stationiert, die nach dem Willen der Bundeswehr schon in wenigen Monaten zu Übungsflügen zum Bombodrom starten sollen.

3 von 4 Kundgebungen wurden schon Wochen vorher von der Polizei verboten und die Friedensaktivisten mussten sich ihr Recht, am Flughafen Rostock-Laage zu protestieren, erst noch gerichtlich erstreiten. Die Aktionen sollten ein deutliches „Nein" zu einem Gipfel, auf dem die G8 über das Schicksal der Welt entscheiden, und zu Militarisierung und Krieg sein.

Die Militarisierung des Flughafens Leipzig/Halle muss sofort aufhören!

Seit März 2006 sind auf dem Flughafen Leipzig/Halle zwei Transportflugzeugen vom Typ Antonow 124-100 stationiert. Im Auftrag der Bundeswehr transportieren die Antonows Hubschrauber, Fahrzeuge, Verpflegung und Trinkwasser. Angeflogen werden Afghanistan, Pakistan, Tadschikistan, Gabun, Demokratische Republik Kongo, Kap Verde, Djibuti und Zypern. Allein für die EU-Militärmission EUFOR DRCongo gab es 27 Flüge zwischen Deutschland und der Demokratischen Republik Congo und Gabun. Die Antonows 124-100 stehen aber nicht nur für die Bundeswehr bereit, sondern sie stehen auch der Nato und der EU zur Deckung ihres strategischen Lufttransportbedarfs zur Verfügung. Die USA nutzen den Flughafen Leipzig/Halle, um Angehörige ihrer Streitkräfte in den Heimaturlaub oder aus dem Heimaturlaub zurück an ihre Stationierungsorte im Irak zu fliegen.

Atomwaffenstützpunkt Fliegerhorst Büchel in der Eifel

Die Nutzung des Flughafen Leipzig/Halle zur Be- und Entladung militärischen Gerätes und Personals ist eine Verletzung des 2+4 Abkommens von 1990, das die Stationierung militärischer Einheiten und die Nutzung von militärischen Standorten in den neuen Bundesländern regelt. Die Bundesregierung findet nichts dabei, wohl aber die Aktionsgemeinschaft „Flughafen - natofrei!", die in der Region Halle / Leipzig aktiv ist. Sie ist ein offenes Netzwerk aus Personen, Betroffenen, Organisationen und Vereinen, das sich für die friedliche Verwendung des Flughafen Leipzig/Halle einsetzt. Es wendet sich gegen eine militärische Nutzung und die Stationierung von Großraumtransportern für weltweite NATO-Einsätze. Die Aktionsgemeinschaft kritisiert, dass die militärische Nutzung gegen den Artikel 26 des Grundgesetzes und den „2+4 Vertrag" verstößt. Durch die hohe Lärm- und Umweltbelastung, die durch die Antonows entsteht, wird die Lebensqualität im Flughafenumfeld schwer beeinträchtigt. Mit Aktionen und Aufklärungsarbeit macht die Aktionsgemeinschaft „Flughafen - natofrei!" auf die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle aufmerksam. Sie will die Menschen der Region anregen, sich an den Aktionen zu beteiligen. Und so war die Aktionsgemeinschaft auch am Ostersonntag mit vielen anderen Friedensfreundinnen und Friedensfreunden unterwegs und forderte „Die Militarisierung des Flughafens Leipzig/Halle muss sofort aufhören!"

Diese Friedensaktivitäten stehen für viele andere. Der Widerstand gegen Militäreinrichtungen verbindet sich oft mit dem Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt und für Partizipationsrechte der Bürger. Vielfach tragen örtliche Friedensgruppen, Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde gemeinsam mit Friedensorganisationen diesen Widerstand.

Die Beispiele zeigen auch, dass Militäreinrichtungen inzwischen multinational genutzt werden und Teil einer multinationalen militärischen Vernetzung sind. Grund genug, dass sich auch Friedensaktivisten an Militärstandorten, Wissenschaftler und Friedensorganisationen in Netzwerken zusammenschließen, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen, von einander zu lernen und über Schritte zu einer friedlichen Welt beraten.

Die Armen in den Krieg?

Sozialabbau als Rekrutierungshilfe der Bundeswehr

von Jonna Schürkes

Die Transformation der Bundeswehr wirkt sich massiv auf das Personal der Bundeswehr aus. Die Tatsache, dass aus der „Verteidigungsarmee" eine „Angriffsarmee" geworden ist, hat den faden Beigeschmack, dass damit auch Soldaten der Bundeswehr in verschiedene Länder und Regionen geschickt werden, dort Krieg führen und damit ihre Gesundheit und ihr Leben in Gefahr bringen. Bis heute sind fast 70 Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen gestorben, viele kehren mit psychischen Problemen nach Deutschland zurück. Der Wehrbeauftragten der Bundesregierung erklärt in seinem Bericht 2006: „Nach aktuellen Erkenntnissen hat sich die Zahl der an Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) erkrankten Soldatinnen und Soldaten seit dem Jahr 2003 nahezu verdreifacht."[1]

Die Anzahl der Auslandseinsätze und vor allem die Anzahl der im Ausland eingesetzten Soldaten steigt weiter an, obwohl die Zustimmung der Bevölkerung ebenso wie die Zufriedenheit der Soldaten mit ihrem Beruf – vor allem bei denjenigen, die an Auslandseinsätzen teilnehmen – abnimmt.[2]

Auch wenn der Umfang der Streitkräfte seit 2000 kontinuierlich abnimmt, hat die Bundeswehr dennoch Probleme ausreichend Nachwuchs zu rekrutieren.[3] Im Mai 2007 zitierte die Hannoversche Allgemeine Zeitung einen Bericht des Verteidigungsministeriums an den Bundestag, wonach der Bundeswehr nicht ausreichend Bewerber zur Verfügung stünden. Dies gelte sowohl für die Anwerbung von Soldaten auf Zeit (SaZ) als auch für Freiwillig Wehrdienstleistende (FWDL), die sich für mindestens 10 Monate bei der Bundeswehr verpflichten.[4]

Als Ursache für die Nachwuchsprobleme werden vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) der demografische Wandel und die zunehmenden Auslandseinsätze genannt. Vor allem in Ostdeutschland, wo aufgrund der allgemein höheren Jugendarbeitslosigkeit die Rekrutierungsquote höher liegt als in Westdeutschland, ist mit einem Rückgang der Anzahlen an Jugendlichen im wehrpflichtigen Alter zu rechnen. Bezüglich der abschreckenden Wirkung der Auslandseinsätze schreibt das SOWI in einer Studie, die zur Verbesserung der Nachwuchswerbung vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben wurde: „[Es] ist damit zu rechen, dass den Jugendlichen immer mehr bewusst wird, dass es sich bei der Bundeswehr um eine Armee im Einsatz handelt und dass der Beruf des Soldaten erhebliche Risiken mit sich bringt. Diese Erkenntnis wird zumindest bei einem Teil der jungen Männer und Frauen die Bereitschaft verringern, zur Bundeswehr zu gehen."[5]

Ein weiterer Dorn im Auge der Strategen der Nachwuchsgewinnung ist eine mögliche Verbesserung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, da vor allem in der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen die Chance liegt, ausreichend Soldaten zu rekrutieren. Aus diesem Grund sucht die Bundeswehr nach immer neuen Möglichkeiten, Jugendliche anzuwerben: die massive Werbung auf öffentlichen Plätzen, in Schulen und Universitäten, im Fernsehen und Internet, die Absenkung der Einstellungskriterien, das Festhalten an der Wehrpflicht und die schamlose Ausnutzung der Situation arbeitsloser Jugendlicher und des auf sie ausgeübten Drucks durch die Hartz IV Gesetzgebung.

Herabsenken der Einstellungskriterien und Festhalten an der Wehrpflicht

Diejenigen, die sich über die Zeit des Grundwehrdienstes hinaus verpflichten, müssen sich zusätzlich einem Test unterziehen, nicht zuletzt deswegen, weil sie an den Auslandseinsätzen teilnehmen. Gerade aus diesem Grund ist die Absenkung der Kriterien geradezu skandalös: „Ab dem Dienst-eintrittstermin 1. Oktober 2006 können Wehrpflichtige dieser Sondergruppe auch im Falle einer Unterschreitung der Mindestvoraussetzungen im Hinblick auf ‚soziale Kompetenz' und ‚psychische Belastbarkeit' bis Bewertungsstufe 6 und ‚Verhaltensstabilität' bis Bewertungsstufe 5 verpflichtet werden."[6] Gleichzeitig betont die Bundeswehr immer wieder, dass gerade die soziale Kompetenz der Soldaten bei „Friedensschaffenden Maßnahmen" im Ausland von hoher Bedeutung sei. Das Absenken der Kriterien psychische Belastbarkeit und Verhaltensstabilität ist hinsichtlich der zunehmenden Anzahl an Soldaten, die mit „Posttraumatischen Belastungsstörungen" von Auslandseinsätzen zurückkehren, verantwortungslos. In erster Linie zeigt sich daran, wie groß die Not der Bundeswehr ist, ausreichend junge Menschen für Auslandseinsätze verpflichten zu können. Das Absenken genau jener Anforderungen zeigt jedoch auch, auf welche Eigenschaften von Soldaten die Bundeswehr am ehesten verzichten kann.

Auch das Festhalten an der Wehrpflicht ist vor allem vor dem Hintergrund der Nachwuchsrekrutierung zu sehen. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhahn erläutert die Unabkömmlichkeit der Wehrdienstleistenden für die Bundeswehr: „Nur über die hohe Zahl der Grundwehrdienstleistenden, die freiwillig ihren Wehrdienst verlängern, kommen wir mit vertretbaren finanziellen Mitteln an ein Reservoir gut qualifizierten Personals. Ohne sie wäre die hohe Zahl der Auslandseinsätze nicht dauerhaft durchzuhalten."[7]

Doch weder das Absenken der Kriterien noch der Zwang der Wehrpflicht können das Bedürfnis der Bundeswehr nach einsatzfähigem Nachwuchs befriedigen. Daher wirbt die Bundeswehr massiv in der Öffentlichkeit um neue Rekruten.

Karrieretruck, Girlsday und BW-Beachen: Wie die Bundeswehr Jugendliche umwirbt

Mit einem Karrieretruck zieht die Bundeswehr durch Deutschland, um sich auf öffentlichen Plätzen an Jugendliche heranzumachen. Im Karrieretruck gibt es Kino, gleich neben ihm eine Kletterwand und vor dem Karrieretruck werden Interessierte über die Karriere bei der Bundeswehr informiert. Die Bundesregierung schätzt die Bedeutung der mobilen Werbung als sehr hoch ein: „Nur durch diese mobilen Einsätze können die aus Sicht der Bundesregierung attraktiven Karrieremöglichkeiten in der Bundeswehr flächendeckend präsentiert werden. Für die Sicherstellung der personellen Regeneration und damit Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr haben die mobilen Einsätze daher eine hohe Bedeutung."[8] Die Bundeswehrwerbung ist der Bundesregierung viel wert: Alleine der Einsatz der Karrieretrucks 2007 kostete fast 1 Millionen Euro.[9]

Mehrmals jährlich werden auch Sport-Veranstaltungen organisiert, wie die „BW-Olympix", das „BW-Beachen" oder „BW Aventure Games", bei denen die Teilnehmer bei simulierten Marine-Übungen das „Überleben auf See" trainieren können. Der Hauptpreis der letzten „BW-Olympix" war die Teilnahme an einer Übung für Piloten der Luftwaffe. Das Ziel der Veran-

Bundeswehrwerbeveranstaltung in Köln, Foto: Bundeswehr Wegtreten

staltungen ist klar: „Als Informationsforen bieten die Veranstaltungsformate erstmalig eine Plattform für einen gemeinsamen Auftritt der Streitkräfte und Wehrverwaltung mit Schwerpunkt ‚Personalgewinnung'."[10] Auch in der bereits zitierten Untersuchung zur Verbesserung der Rekrutierung ist die Einschätzung zu lesen: „Die vorhandenen Angebote, wie beispielsweise die Sport- und Musik-Events der Bundeswehr (BW-Beachen, BW-Olympix), Girlsday, Tage der offenen Tür („Open Ship" der Marine) etc., sollten weiter ausgebaut und weitere geeignete Möglichkeiten entwickelt werden."[11]

Die Bundeswehr betreibt im Internet verschiedene Seiten, die in erster Linie dem Anwerben von Jugendlichen dienen. Auf der Seite „www.treff.bundeswehr.de" können Jugendliche, sobald sie sich mit vollständigem Name, Adresse, Telefonnummer, (angestrebtem) Schulabschluss, Nationalität etc. angemeldet haben, Bildschirmschoner, Handy-Klingeltöne etc. herunterladen, mit anderen Jugendlichen oder Bundeswehrangehörigen chatten und an Gewinnspielen teilnehmen. Die Richtigkeit der Angaben wird soweit kontrolliert, als dass die Zugangsdaten per Post geschickt werden. Mit diesen Angaben – so ist zu vermuten – können die Jugendlichen konkret angesprochen und angeworben werden. Auch mit den auf der Internetseite beworbenen Veranstaltungen werden spezielle Gruppen von Jugendlichen angesprochen. So sind nur diejenigen zu den „discovery days" eingeladen, „die sich für die Laufbahn der Unteroffiziere bzw. Feldwebel des allgemeinen Fachdienstes, oder der Feldwebel des Truppendienstes interessieren."[12]

Neben diesen direkten und offensichtlichen Werbeveranstaltungen produziert die Bundeswehr auch Sendungen mit staatlichen und privaten Fernsehsendern. „Die Rettungsflieger" sind eine Co-Produktion von Bundeswehr und ZDF. Auf der Homepage zur Sendung kann man sich ausführlich über die Bundeswehr informieren. Unter der Überschrift „Es wirkt nicht nur echt - es ist auch echt" ist nachzulesen, dass die Orte, an denen die Serie gedreht wird, „echte" Einsatzzentralen, Hubschrauberlandeplätze etc. der Bundeswehr sind. Zudem kann man auf der vom ZDF und der Bundeswehr gemeinsam gestalteten Internetseite erfahren, dass die Darstellungen so authentisch sind, weil die Bundeswehr direkt am Drehbuch mitschreibt und die Piloten der Hubschrauber echte Bundeswehrpiloten sind. Neben der Verbesserung des Images der Bundeswehr im Allgemeinen dient auch diese Sendung der Rekrutierung von Nachwuchs. Auf einer Extraseite können sich Interessierte informieren, wie man Rettungsflieger bei der Bundeswehr werden kann.[13]

Bei der RTL-Sendung „Sonja wird eingezogen", durfte die Moderatorin „Sonja" einen Monat Soldat bei der Bundeswehr spielen, nicht in Afghanistan aber in Hammelburg. Diese Sendung sollte einen Einblick geben „Wer ist die Bundeswehr und was bedeutet es, seinen Dienst in den Streitkräften zu versehen."[14]

Doch diese Einflussnahme auf die Medien reicht den Rekrutierungsstrategen der Bundeswehr nicht aus. Vor allem die Negativberichterstattung, also die Meldung von Anschlägen auf Bundeswehrsoldaten bei Auslandseinsätzen oder die Skandalgeschichten (im In- und Ausland) wirken sich laut SOWI-Autor Thomas Bulmahn negativ auf die Anzahl der Bewerber aus. Daher sollten: „für den Fall, dass die Negativberichterstattung über einen längeren Zeitraum anhält und das Image des Soldatenberufs nachhaltig zu beinträchtigen droht, […] geeignete Kommunikationsstrategien auch für den Bereich der Nachwuchswerbung entwickelt werden."[15]

Früh übt sich: Die Bundeswehr an Schulen

Auch an den Schulen ist die Bundeswehr massiv präsent. Dabei gibt es mehrere Möglichkeiten auf den Inhalt des Unterrichts Einfluss zu nehmen: die Verteilung kostenlosen Unterrichtsmaterials, der Besuch von Jungendoffizieren, der Schulausflug in eine Bundeswehreinrichtung und die Fortbildung von Lehrern.

Tendenziell ist das Interesse an Besuchen von Jugendoffizieren an Schulen in den letzten Jahren gestiegen[16], auch wenn der Bericht der Jugendoffiziere von 2005 beklagt, dass die Schulausflüge in Bundeswehreinrichtungen und gemeinsamen Veranstaltungen von Bundeswehr und Schulen, die über den Besuch von Jugendoffizieren hinausgehen, nachgelassen haben.[17] Inzwischen sei es jedoch möglich, Lehrerfortbildungen anzubieten, die auch von den jeweiligen Kultusministerien als fachliche Fortbildungen anerkannt und von Jugendoffizieren geleitet werden. Das Kultusministerium Thüringens weist „seine Schulämter ausdrücklich auf die Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren [hin]."[18] Auch an Universitäten werden bereits Kurse für Lehramtsstudenten von

Foto: Bundeswehr Wegtreten

der Bundeswehr angeboten, die teilweise auch mit „Scheinen", also als offizieller Teil des Studiums anerkannt werden.[19]

Die Aufgabe der Jugendoffiziere ist es, die Öffentlichkeit im Sinne der Bundeswehr über Themen der Sicherheitspolitik zu informieren. Dabei ist klar zwischen Information und Nachwuchsrekrutierung zu unterscheiden. Dennoch ist im Jahresbericht der Jugendoffiziere zu lesen, wie eng sie mit den Wehrdienstberateroffizieren zusammenarbeiten: „So werden gemeinsame Auftritte vor Schulklassen genauso geplant und durchgeführt wie Besuchsanfragen weitergeleitet werden, […] oder es werden Schulanschreiben von beiden zusammen ausgestaltet und versandt."[20]

Eine andere Möglichkeit auf den Unterrichtsinhalt Einfluss zu nehmen, ist die Verteilung kostenlosen Unterrichtsmaterials. Dazu entwickelte das Verteidigungsministerium gemeinsam mit der „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung" verschiedene Materialien für den Unterricht. Die Lehrer werden dazu angehalten, ihren Unterricht (vorgeschlagen für die Fächer Politik, Sozialkunde, Geografie, Ethik, Religion und Geschichte) vollständig an diesem Material auszurichten, Jugendoffiziere in den Unterricht einzuladen und Bundeswehreinrichtungen zu besuchen. Das Ziel der Bereitstellung dieser Materialien ist es, den Unterricht dahingehend zu beeinflussen, dass die Position des Bundesverteidigungsministeriums und der Bundeswehr in Fragen der Auslandseinsätze und der Einsätze der Bundeswehr im Innern vermittelt wird. So wird den Kindern und Jugendlichen in einem Artikel mit dem reißerischen Aufhänger: „New York, Bali, Madrid, Beslan, London – und demnächst vielleicht Frankfurt oder Berlin? […] Sie [die Terroristen] sind überall und doch kaum fassbar" Angst gemacht, um dann zu dem Schluss zu kommen, dass dieser Terrorismus sowohl im Ausland, als auch im Inland militärisch zu bekämpfen sei, da man dem Problem sonst nicht Herr werde: „Ein demokratischer Staat darf es sich nicht erlauben, Menschenrechte und Bürgerfreiheiten zu verletzen, weil es damit seine eigenen Ideale verraten würde. Trotzdem darf eine demokratische Gesellschaft gegen den Terrorismus kämpfen, um die Werte der freiheitlichen Welt zu schützen."[21] Die Bundeswehr sei im Ausland unterwegs, um: „Konflikte zwischen und innerhalb von Staaten zu beenden. Sie sollen eine sichere Umgebung für die Menschen in der betroffenen Region schaffen und sich am Wiederaufbau beteiligen. Damit schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass eine politische Lösung des Konflikts überhaupt möglich wird."[22] Hierüber wird suggeriert, die Funktionen der Auslandseinsätze lägen zum einen in dem Schutz der deutschen Bevölkerung vor terroristischen Angriffen und zum anderen an der Durchführung humanitärer Aktionen. Dies führt zu der absurden Aussage im Begleitheft: „Aus dem ‚Soldaten für den Frieden', dem ‚Staatsbürger in Uniform', der zu Zeiten des ‚Kalten Krieges' zur Landesverteidigung bereitstand, ist ein ‚Soldat für den Weltfrieden', ein ‚Weltbürger in Uniform' geworden, der in entfernten Regionen und Erdteilen zum Einsatz kommt."[23]

Auch an Universitäten versuchten Jugendoffiziere Fuß zu fassen und dort die Version der Bundeswehr zu Krieg und Frieden zu verbreiten. Dies war jedoch wenig erfolgreich.[24] Doch seit dem Wintersemester 2006/07 gibt es in Potsdam den Studiengang „Military-Studies", der gemeinsam vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und dem Institut der Soziologie und Militärgeschichte der Uni Potsdam veranstaltet wird. Das Drängen in zivile Universitäten dient wohl vorrangig der Beeinflussung der Studien zur Militärsoziologie und Militärgeschichte, kann aber auch im Zusammenhang mit der Not der Bundeswehr Personal mit Universitätsabschlüssen zu gewinnen, erklärt werden. In Ingolstadt ist eine Studiengang „Luftfahrttechnik" an einer FH geplant. Werbung für diesen Studiengang macht die FH gemeinsam mit der Bundeswehr. So landete zu Semesterbeginn im Oktober 2007 ein Hubschrauber der Bundeswehr auf dem Gelände der FH. Dazu standen Bundeswehrangehörige zur Verfügung, um Fragen zu beantworten: „Die wollen auch wissen, wie sie an Jobs in dieser Branche kommen."[25]

Der Rettungsanker: Jugendarbeitslosigkeit

Doch all die genannten Werbemaßnahmen haben das Problem der Nachwuchsgewinnung nicht lösen können. In einem Artikel des Hamburger Abendblattes vom Februar 2007 heißt es: „Um an Nachwuchs zu gelangen, verfeuerte die Bundeswehr jahrelang viel Geld - unter anderem mit Werbefilmen wie ‚Bundeswehr - eine starke Truppe'. ‚Wir haben Fehler gemacht', räumt Christian Louven (39) vom Zentrum für Nachwuchsgewinnung Nord ein. Doch mit der Arbeitslosigkeit kamen immer mehr junge Menschen, die sich freiwillig meldeten. Die Bundeswehr profitiere von der schlechten Wirtschaftslage. ‚Und das nutzen wir auch aus', gibt Louven zu."[26]

Die Studie des SOWI „Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr" kommt zu dem Ergebnis, dass ein Großteil derjenigen Jugendlichen, die eigentlich nicht zur Bundeswehr wollen, sich vor allem aufgrund fehlender Alternativen auf dem zivilen Arbeits- und Ausbildungsmarkt, der relativ guten Bezahlung und der vermeintlichen Sicherheit des Arbeitsplatzes verpflichten würde. Auch

wenn – anders als bei den Ergebnissen der Studie von 2004 zum gleichen Thema[27] – keine Zahlen genannt werden, so ist die Tendenz deutlich[28]. Zudem hat sich gezeigt, dass die Rekrutierung in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wesentlich einfacher ist, als in Regionen, in denen die Jugendlichen zwischen einer Ausbildung auf den zivilen Arbeitsmarkt und einer Ausbildung bei der Bundeswehr wählen können.[29]

Nina Leonhard und Heiko Biel vom SOWI bringen es auf den Punkt: „Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. […] Wer über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht."[30]

Auch die Studenten der Bundeswehr-Universitäten geben an, sie hätten sich nicht für mindestens acht Jahre verpflichtet, wenn ihnen damit nicht das Studium ermöglicht worden wäre.[31] Diese Tendenz hat sich durch die Einführung der Studiengebühren noch weiter verstärkt. Auch wenn schon vorher vor allem Jugendliche mit schlechterem Schulabschluss und aus sozial benachteiligten Familien an den Bundeswehr-Universitäten studierten, wirbt die Bundeswehr inzwischen offensiv mit „Studieren ohne Gebühren, Studieren mit Gehalt – Studium bei der Bundeswehr"[32] und das Studenten- und Schülermagazin Unicum warb 2006 mit dem Slogan „Sold statt Studiengebühren" für das Studium an einer der Bundeswehr-Universitäten.

Die Werbestrategen der Bundeswehr schrecken nicht einmal zurück, die offensichtlich negativen Seiten des Soldatenberufs als Vorteile zu verkaufen. So wird die Verpflichtungszeit einfach in „Beschäftigungsgarantie" umdefiniert: „ […] die Zeit, in der diese Verpflichtungen eine Hürde war, gehört längst der Vergangenheit an […] Wo in der Wirtschaft bekommt man heute schon so eine Beschäftigungsgarantie?"[33] Auch die Gefahren, die Soldaten im Auslandseinsatz am eigenen Leibe erfahren und die hohe psychische Belastung seien später positiv bei der Suche nach einem Arbeitsplatz bei zivilen Unternehmen. So ist auf der Homepage des Magazins der Bundeswehr „Y" zu lesen: „[die Soldaten] sind auch hohem psychischen Druck ausgesetzt, denn im Einsatz geht es um das eigene Leben. ‚Mehr noch als Berufstätige in der Wirtschaft, wo Entlassung, Mobbing und Reorganisation, persönliche Krisen und Leistungsdruck die Berufstätigen heutzutage belasten', sagt [die Psychologin] Simone Petersen und bringt es auf den Punkt: ‚Das verschafft den ehemaligen Soldaten einen Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt von großem Wert'."[34] Angesichts der bereits erwähnten steigenden Anzahl an Soldaten mit Posttraumatischen Belastungsstörungen, die aus diesem Grund keinerlei Chancen mehr auf dem zivilen Arbeitsmarkt haben, ist dies besonders zynisch.

Die Bundeswehr profitiert vor allem auch von der Hartz IV-Gesetzgebung und der Verschärfung der Auflagen für jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren. Diese Personengruppe, die für die Bundeswehr besonders interessant ist, unterliegt noch drastischeren Auflagen. So bekommen jugendliche Arbeitslose generell einen geringeren Regelsatz (276 statt 345 €) und erhalten zudem keinen Mietzuschuss, sollten sie eine eigene Wohnung beziehen wollen. D.h. faktisch ist ein Auszug aus dem Elternhaus finanziell nicht machbar. In dem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass schon bei der Umfrage der SOWI 2004 38% der Jugendlichen als Grund für eine Verpflichtung bei der Bundeswehr angaben, sie könnten endlich von Zuhause weg. In der Umfrage von 2007 taucht diese Antwortmöglichkeit leider nicht mehr auf. Doch die so genannten U25 Regelung beschränkt sich nicht nur auf die „Stallpflicht". Bei einmaligem Verstoß gegen die Auflagen der Arbeitsagenturen können 100% des Regelsatzes gekürzt werden. Damit werden vor allem Jugendliche einem enormen Druck ausgesetzt, möglichst schnell eine Ausbildungs- und Arbeitsstelle zu finden – sei es bei der Bundeswehr.

Die ARGEs als Rekrutierungshelfer

Arbeitslose Jugendliche findet man vor allem in den Arbeitsagenturen, die wiederum der Bundeswehr Raum für Rekrutierungsveranstaltungen bieten und für sie werben. Die Arbeitsagentur Leipzig hat Anfang November 2007 einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr geschlossen. In der Presseerklärung der ARGE unter dem Titel „ARGE + Bundeswehr = Job" heißt es: „Die Zusammenarbeit verfolgt zwei primäre Ziele. Zum einen hat die Bundeswehr weiterhin einen hohen Bedarf zur Einstellung von Soldaten. Diesen Bedarf soll auch die Kooperation mit der ARGE Leipzig decken, denn viele junge Menschen werden erstmals im Zusammenhang mit ihrer Arbeitslosigkeit auf den Arbeitgeber Bundeswehr aufmerksam."[35] Damit die Mitarbeiter der ARGE auch überzeugend für den Beruf des Soldaten werben können, sollen sie direkt in Bundeswehreinrichtungen auf die Beratungsgespräche mit jugendlichen Arbeitslosen vorbereitet werden. Die Linke-Fraktion im sächsischen Landtag nahm den Kooperationsvertrag zwischen Bundeswehr und ARGEs und einen Bericht der Dresdner Morgenpost zum Anlass, die Rekrutierungspraxis über die ARGEs zum Thema einer Anfrage zu machen.

Die Dresdner Morgenpost hatte im Dezember 2007 über den Kooperationsvertrag berichtet und den Sprecher der ARGE Leipzig, Ronny Schleicher, mit den Worten zitiert: „Ein Angebot für einen Job beim Bund werten wir als normale Wiedereingliederungshilfe. Allerdings werden wir in jedem Einzelfall prüfen, ob das Angebot zumutbar war und somit Sanktionen fällig werden."[36] Trotz dieser eindeutigen Aussage wollte die Landesregierung diese Praxis jedoch nicht bestätigen und sieht hierin demzufolge auch kein Problem: „Da seitens der ARGE Leipzig keine Verpflichtung von langzeitarbeitslosen Jugendlichen zum freiwilligen Dienst als Soldat auf Zeit bei der Bundeswehr erfolgt, besteht keine Notwendigkeit, gegen die Zusammenarbeit der ARGE Leipzig mit dem Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost der Bundeswehr vorzugehen."[37] Sie macht auch deutlich, dass sie die Bedenken, die die Links-Fraktion aufgrund der „Amtshilfe" der ARGEs hat, nicht teilt: „Der Dienst bei der Bundeswehr (einschließlich der damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten) kann eine berufliche Perspektive darstellen."[38]

Auch wenn nicht alle ARGEs Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr geschlossen haben, so wird auch in ihnen massiv für den Beruf des Soldaten geworben. So heißt es in einer Pressemitteilung der ARGE Magdeburg: „Diese Karrierechance [als SaZ] bietet Ihnen für vier Jahre ein gesichertes Einkommen, erweitert ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen und entlastet andererseits den Arbeitsmarkt."[39]

Unabhängig davon, ob die Jugendlichen zu der Teilnahme an Rekrutierungsveranstaltungen gezwungen werden oder ob sie sich vermeintlich „freiwillig" bei der Bundeswehr verpflichten, die Arbeitsagenturen sind inzwischen einer massiven Kritik ausgesetzt. Initiativen wie „Bundeswehr –Wegtreten" nutzen die Rekrutierungsveranstaltungen in den Arbeitsämtern zum Protest gegen die Zusammenarbeit zwischen ARGEs und Bundeswehr. Auf Protest vor dem Berufsinformationszentrum Köln reagierte die Bundeswehr in ihrer eigenen Logik. Sie brachte zur nächsten Rekrutierungsveranstaltung bewaffnete Feldjäger mit, was jedoch unter den Mitarbeitern der ARGE für Missmut sorgte, weswegen diese Form der Veranstaltungen zunächst ausgesetzt wurden.[40] Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht auch heute in zahlreichen ARGEs Jugendliche als Soldaten angeworben werden. Lothar Meyer, Leiter der Agentur für Arbeit Leipzig, freut sich über

die gute Zusammenarbeit von ARGE und Bundeswehr. Die hohen Anwerbezahlen von Zeitsoldaten über die Arbeitsagenturen seien „ein prima Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Arbeitsagentur."[41]

Ausblick

Offenbar wird mit allen Mitteln versucht, Jugendliche dazu zu bewegen, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten, um „deutsche Interessen" überall auf dieser Welt zu „verteidigen". Effektiv ist jedoch nur die Ausnutzung der Perspektivlosigkeit und dem durch die Hartz IV Regelungen ausgeübter finanzieller und sozialer Druck. Hieran zeigt sich, dass Sozialabbau und Militarisierung zwei Seiten derselben Medaille sind, womit sich gleichzeitig die Chance und die Notwendigkeit für die Friedensbewegung und die zahlreichen Initiativen gegen Hartz IV und Sozialabbau ergibt, zusammen zu arbeiten.

Doch auch wenn Werbeaktionen im öffentlichen Raum und an Schulen/ Universitäten sich als weniger erfolgreich bei der Jagd auf Nachwuchs erweisen, so gilt es auch hier der Bundeswehr nicht den Raum zu lassen, den sie sich derzeit nimmt. Wie Aktionen von „Bundeswehr-Wegtreten" in verschiedenen Städten gezeigt haben, reagiert die Bundeswehr sehr empfindlich auf eine Korrektur ihrer Darstellung in der Öffentlichkeit.

Man kann zudem hoffen, dass der Soldatenberuf auch weiterhin einen Sonderstatus genießt und sich die Gesellschaft nur schwerlich damit anfreunden wird, dass Jugendliche de facto dazu gezwungen werden zu töten und sich in die Gefahr begeben, getötet zu werden.

Es muss jedoch auch verdeutlicht werden, dass die Perspektivlosigkeit und der durch Hartz IV ausgeübte Druck dazu führt, dass die Jugendlichen sich nur vermeintlich freiwillig verpflichten und eventuell mit Posttraumatischen Belastungsstörungen von Auslandseinsätzen zurückkehren, was ihre Perspektivlosigkeit weiter zementiert. Hier liegt es an der Friedensbewegung und den Initiativen gegen Hartz IV und Sozialabbau an Schulen Schüler vor der einfältigen und doch effektiven Rhetorik der Wehrbeauftragten und Mitarbeitern der ARGEs zu warnen und ihnen zu verdeutlichen, dass eine Verpflichtung bei der Bundeswehr keinesfalls ein Ausweg aus Ausgrenzung und Chancenlosigkeit ist.

Anmerkungen

[1] Bericht der Wehrbeauftragten 2006, S.42; URL: http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604700.pdf

[2] Den Ergebnissen von Allensbach-Umfragen zufolge, waren 2005 noch 46% der Bevölkerung der Meinung, die Bundeswehr solle sich auch künftig an Auslandseinsätzen beteiligen, 2007 waren es nur noch 34% („Der Preis der Freiheit und der Sicherheit"; FAZ.net 16.10.07; URL: http://www.faz.net). Einer Umfrage des Bundeswehrverbandes zufolge würden 70% der heutigen Berufssoldaten Verwandten und Freunden davon abraten, sich bei der Bundeswehr zu verpflichten: „Alarmierendes Stimmungsbild der Streitkräfte", in: Tagesschau, 26.04.2007; URL: http://www.tagesschau.de/inland/meldung36700.html

[3] 2003 bestand die Bundeswehr aus ca. 300.000 Soldaten, 2006 waren es nur noch 250.000 Soldaten.

[4] Der Bundeswehr gehen die Rekruten aus, Spiegel Online 15.05.07; URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,482909,00.html

[5] Bulmahn, Thomas (2007): Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr. Ergebnisse der Jugendstudie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Forschungsbericht 81, Straussberg; S.16.

[6] 1: besonders ausgeprägt, 7: ungenügend ausgeprägt; Bericht des Wehrbeauftragten 2006.

[7] Schneiderhahn, Wolfgang (2007): Bei der Wehrpflicht soll es bleiben, in: Bundeswehr Aktuell, 02.04.2007; S.7; URL: www.bmvg.de

[8] Drucksache 16/4768; URL: http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604768.pdf

[9] ebd. Die Summe der durch Bundeswehrwerbung entstehenden Kosten ist leider nicht bekannt.

[10] Einmal Deutschland, Y-Magazin 09.03.07; URL: http://www.y-punkt.de

[11] Bulmahn, Thomas 2007

[12] http://treff.bundeswehr.de/C1256FC400421173/CurrentBaseLink/BF1DDFEF9391E039C12573D0004CDE4F

[13] http://www.rettungsflieger.bundeswehr.de/

[14] www.deutschesheer.de

[15] Bulmahn, Thomas 2007

[16] Bundesdrucksache 16/7374; URL: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/073/1607374.pdf

[17] Jahresbericht der Jugendoffiziere 2005; URL: http://www.bmvg.de/

[18] ebd.

[19] ebd.

[20] ebd.

[21] Frieden und Sicherheit (2006): Wir alle tragen Verantwortung. Schülerheft 2006/07; S. 6; URL: http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/134/Schuelerheft_2006_07.pdf

[22] ebd. S. 10

[23] Frieden und Sicherheit (2006): Wir alle tragen Verantwortung. Lehrerhandreichung 2006/07; S.5; URL: http://www.frieden-und-sicherheit.de/uploads/134/Lehrerheft_2006_07.pdf

[24] Bericht der Jugendoffiziere 2005

[25] Faszination Luftfahrttechnik, in: Donaukurier 30.10.07; URL: http://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/art599,1772495

[26] Wir sind lieber Soldaten als arbeitslos, in: Hamburger Abendblatt 06.02.2007; URL: http://www.abendblatt.de/daten/2007/02/06/683523.html

[27] Bulmahn, Thomas (2004): Berufswunsch Soldat, in: Sowi-News April 2004.

[28] Bulmahn 2007

[29] Apelt, Maja (2002): Die Integration der Frauen in der Bundeswehr ist abgeschlossen; URL: http://www.hsu-hh.de.

[30] Leonhard, Nina/ Biehl, Heiko (2005): Soldat: Beruf oder Berufung?, in: Leonhard, Nina/ Werkner, Ines-Jaqueline (Hrsg.): Militärsoziologie – Eine Einführung, Wiesbaden, S. 260.

[31] Vgl. Posner, Christine (2004): Untersuchung der Studenten der Helmut-Schmidt-Universität und der Universität der Bundeswehr München; Erhebung und Datengrundlage; Regionale und soziale Herkunft, Berufswahl, URL: http://www.hsu-hh.de

[32] Presseninfo der Agentur für Arbeit Düsseldorf, 22.10.07; URL: http://www.arbeitsagentur.de/nn_170612/Dienststellen/RD-NRW/Duesseldorf/AA/Presse/Presseinformationen/2007/098-07-Studium-bei-der-Bundeswehr.html

[33] Vorbilder mit sicherem Arbeitsplatz; Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.02.05, URL: www.arbeitsagentur.de

[34] Kompetent – Kampf an neuer Front; URL: http://www.y-punkt.de/

[35] Presseinfo Agentur für Arbeit Leipzig, 30.11.07; URL: http://www.arbeitsagentur.de/nn_172558/Dienststellen/RD-S/Leipzig/AA/Presse-und-Oeffentlichkeitsarbeit/Presseinformationen/2007/Kooperationsvertrag-zwischen-ARGE-und-Bundeswehr.html

[36] Ab in den Krieg, sonst wird die Stütze gekürzt, in: Dresdner Morgenpost am Sonntag 16.12.07.

[37] Drucksache: 4/10764.

[38] Drucksache: 4/10763.

[39] Soldat auf Zeit: Eine Alternative für arbeitslose Jugendliche, Presseinfo Agentur Magdeburg 28.03.07; URL: http://www.arbeitsagentur.de/

[40] Bundeswehr bekommt zunehmend Probleme in der ARGE, in: Neue Rheinische Zeitung 28.03.2007; URL: http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10686

[41] Bundeswehr sucht Soldaten auf Zeit – Bewerbungsaktion erfolgreich, Pressemitteilung der Bundesagentur für Arbeit, 25.07.05.; URL: www.arbeitsarbeitsagentur.de.

IMI Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154